

Kolonialismus-Imperialismus

- **ökonomischer Globalismus** -

„...zahlreiche Verträge [...] wirken wie Hebel für prosperierende Staaten, die nahen und fernen Märkte zu öffnen und zu erobern.“

Paech/Stuby: Völkerrecht und Machtpolitik i.d. internationalen Beziehungen, 2001, S.722

„Wenn der britische Premierminister Tony Blair überrascht feststellt, er wisse gar nicht, was an der Globalisierung schlecht sei und wogegen die Menschen demonstrieren, kann das eigentlich nur eines bedeuten: Die Kämpfe gehen weiter.“

EBERHARD SEIDEL, taz

Der Reader enthält ein Text-Sammelsurium und eine Dokumentation der Gruppenaktivitäten.

Die hier gesammelten Texte sind allerdeings eine lose Bestandsaufnahme, denen kein Aus-sagewert zum Selbstverständnis der Gruppe beigegeben werden kann! Vielmehr handelt es sich um Impulsgeber für die inhaltliche Auseinandersetzung, z.T. selbst als kontroverser Ge-genstand, anderenteils lediglich als Mittler.

Diese „Lesemappe“ stellt gleichzeitig eine Aufforderung zum Mittun dar und will daher auch nicht Schlußpunkt, sondern allenfalls Anstoß sein...

In diesem Sinne,

„Arranca!“ – „Venceremos!“ – „hoch die internationale Solidarität“ und was der Regsamkeit noch so dienlich sein mag

Inhalt:

0 - die Praxis – f/Formen

1 - „mehr wissen“

2 - gemeinsame Wissensaneignung...

3 - insbesondere Genua...

4 - gegen Polizeigewalt und Staatsterrorismus –
die andere Gewaltdebatte!!

5 - der neo-liberale weltgeist ...

0-die Praxis - Formen

Wer wir sind und was wir tun

Wir treffen uns in regelmässigen Abständen, 2 Wochen turnus. Der Treffpunkt kann bei Interesse über e-Mail mitgeteilt werden!

Wir sind eine Gruppe von Erwerbstätigen, Sozialhilfeempfängern und Studenten. Unser politisches Anliegen ist es, die Folgen der einseitigen ökonomischen Globalisierung aufzuzeigen und durch einen Ansatz zu erweitern, der sich eindeutig internationalistisch, solidarisch positioniert und gegen die herrschende Verwertbarkeitsideologie wendet. Wir bieten die Mitgestaltung von Projekttagen an, bisher wurden von uns verschiedene Veranstaltungen initiiert.

Veranstaltung/Aktion Titel

Herbst '99 "Sind wir schon globalisiert?" Vortrag zu Globalisierung im Eine Welt Laden

Mai '00 Themenstand zu EXPO auf dem 1-Mai-Fest in "privatisiertes" Frankfurt/Oder

Herbst '00 Flucht und Migration in Zeiten der Globalisierung ;" neue Mauern in und um Europa"

Januar '01 „gedenken? aber wie“ Teilnahme am Gedenkspaziergang in Ff0

Frühling '01 Hermesbürgschaften am Beispiel des Ilisu-Staudamm-Projekts mit der Kurdistan AG an der FU Berlin

Juni '01 Bewegungen im Globalisierungsprozeß am Beispiel von ATTAC

Juni '01 Filmabend"die Macht der Kredite"

Juli '01 Filmabend"wie das grosse Geld die Frauen arm macht"

EXPO2000 HANNOVER

Privatisiertes

Frankfurt

Gentechnologie

Patentierung von Leben

Bevölkerungskontrolle

Verwertungsideologie

Anpassungsdruck

Armut

Das EXPO Motto: Mensch – Natur – Technik , der Anfang vom Ende der Wahrhaftigkeit!

Mit einigen Seitenblicken auf die Effekte vor Ort und Einbettung in die allgemeine Erscheinung: Globalisierung "von oben", statt weltbürgerlichen Bewußtseins "von unten". Fragwürdigkeiten und Denkanstösse zur EXPO, die Weltausstellung als Leistungsschau der globalen Akteure und die Früchte solcher Saat in Frankfurt

Denn: ist Nachhaltigkeit – per se gut?

Nachhaltigkeit ist gewissermaßen der Zentralbegriff für die Darstellung und Verknüpfung des Dreisprungs: Mensch – Natur – Technik . Daher wird die Frage erlaubt sein, denn nach lexikalischer Auskunft bedeutet das Wort nicht mehr aber auch nicht weniger als: von andauernder Wirkung, gründlich. Aber eine solche kann bekanntlich vorteilhaft, als auch - und das ist der Haken-: nachteilig sein, mithin gründlich in die Hose gehen.

Was also wollen eifrige Pressereferenten von kommunalen als auch staatlichen Stellen, Politiker und EXPO-Mitarbeiter aussagen, wenn sie ihre Prospekte salbungsvoll von Nachhaltigkeit im allgemeinen, nachhaltiger Entwicklung im besonderen sprechen lassen?

Überdies in Kontexten wie Gentechnik, Molekularbiologie (Stichwort: Klonung, Gen - Tomate), Hirnforschung, Atomenergie und allerhand anderer technologischer "Finessen" zur Bewältigung sogenannter globaler Probleme sollte mensch aufhorchen, wenn ein so schillernder Begriff wie jener von der Nachhaltigkeit auftaucht. Außerdem stehen diese im engeren Sinne technischen Konzepte zur "Weltverböserung" selbstredend nicht im Vakuum zur Abholung bereit, sondern im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen von zukünftiger Entwicklung. Insbesondere in den Bereichen Ordnung, Sicherheit und gewiss auch sozialer Sicherheit und Wohlfahrt – zumindest für all jene, die den Gen – Maisbrei unversehens schlucken, ihren Arbeit"geber" für die Freundlichkeit unterjocht zu werden noch mit einem kleinen Entgelt ausstatten und bei alledem stets allzu freundlich in die Überwachungskamera lächeln mögen.

Selbstorganisieren/

Selbsthandeln/

Selbstverantworten

Spannungsfeld: Philosophie der EXPO: ungebremste Macht des Marktes– Motivation der teilnehmenden registrierten Projekte "hinter der Trommel her trotten die Kälber das Fell für die Trommel das liefern sie selber"(B.B. Kälbermarsch). Zu guten Teilen ist nichts gegen die Menschen und substantiellen Ideen hinter den vereinbarten Projekten(Wulkow,Windräder) zu sagen.

Gleichwohl ist zu bedenken, daß die Expo als eine Leistungsschau des Turbo-Kapitalismus daherkommt. Dessen Globalisierungscredo leider bei der Bewegungsfreiheit der Finanzströme und zugehöriger Oligarchien aufhört.

Auf die Gemeinschaft angewiesene, perspektivlose Menschen, ohne lokale Alternative werden von allen gepriesenen Genüssen ausgeschlossen. Andererseits werden ganze Weltregionen noch in Mitverantwortung genommen für Phänomene deren Ursprung und Kulminationspunkt gerade diesseits der Wohlfahrtsgrenzen liegen. Stichworte: Überbevölkerung, Umweltverschmutzung.

All dies wird begleitet durch punktuelle Einsicht ausbildungspolitischer Fehlplanung und nun anknüpfender Handlungsnotwendigkeit: solange Inder als Inder kommen, scheitern sie an der EU-Aussengrenze, werden sie hingegen als Funktionsträger gebraucht, erhalten sie eine staatliche Einladung; ohne freilich wirklich willkommen zu sein (Stichwort: Familiennachzug, begrenzter Aufenthalt).

EXPO-Lösung: vermarktungsfähige Technologien (Gen-technik, Atomenergie) und Marktgesetze anstatt internationaler Solidarität und gemeinschaftlicher Gestaltungsmacht. Selbstentleerung der Kommunen als Beitrag zur marktförmigen "Selbstzucht", Abschied von politischen Einflussmöglichkeiten.

Soll nunmehr die Expo gar als Messe im Ursinn in Anspruch genommen werden, um das eigene Fell zu Markte zu tragen? Ist es mit dem Ruf nach Selbstorganisation/Selbstverwaltung soweit gekommen, daß die Sklaven sich selbst vermarkten Ausverkauf der Stadt!

Privatisiertes

Frankfurt

die Beherrschung verlieren/

für eine solidarische

Gemeinschaft

Eine Stadt verkauft sich.
wen interessiert und wen gehts was an?

Der Haushalt soll ausgeglichen werden das ist einsehbar, das Problem ist die Art und Weise auf die das geschieht: Mit einem Bild gesprochen scheint es so als wenn der Bauer seinen Acker verkauft, um mit dem Erlös seinen Traktor zu bezahlen.

Statt sich auf andere Spar- oder Einnahmemöglichkeiten zu besinnen, wird zur kurzfristigen Lösung der überspannten Haushaltslage das Tafelsilber verscherbelt. Damit liefert die Stadt sich selbst und ihre Einwohner den Marktzwängen aus.

Beispiel Klinikum, dessen Verkauf hätte nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen in der Krankenversorgung selbst, sondern auch bei Zulieferanten aus der geschwächten Region in erheblichem Ausmass zur Folge.

Wie verhalten sich Stadtverordnete dazu?

"Ach zwei Seelen wohnen in meiner Brust" (J.W.G.). Kann einArbeitnehmervertreter es mit sich vereinbaren, als Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen dem zu zustimmen? Oder kollidieren da nicht die Interessen?

Wie das MAI auf eine Kommune wie Frankfurt/Oder wirken könnte ...

Als erstes sollte mensch sich fragen, wozu ein solches Abkommen nötig ist und wem es was schützen soll. In Kürze geht es darum, daß ein Investor in Frankfurt/Oder viel Geld investiert und dann gerne wissen würde, wie seine Kostensituation für die nächsten Jahre ist, denn dann hätte er in seiner Rechnung nur noch eine Unbekannte, den Erlös. Zur Zeit ist es doch so, daß Lohnerhöhungen infolge Tarifstreitigkeiten, Steuer- und Umweltgesetzgebung oder auch Beteiligung an kommunalen Infrastruktur-Baumaßnahmen etc. die Kosten für die Zukunft recht unsicher machen, was eine Investitionsentscheidung beeinflusst. Zusätzlich können Konkurrenten durch öffentliche Subventionen oder Steuergeschenke (Sonderabschreibungen z.B.) das Geschäft vermiesen. Um all dies für auswärtige „Groß“-investoren, die „viele“ Arbeitsplätze schaffen sollen, zu verhindern und damit Industrieansiedlung zu begünstigen, was in dieser Logik

Arbeitsplätze schafft und das Sozialprodukt der Region steigert, braucht es ein Abkommen. Soweit der nachvollziehbare Nutzen des Ganzen.

Der Haken liegt jedoch schlicht in Folgendem. Jede Region in Deutschland und Europa möchte diese Industrieansiedlung bei sich haben. Mal unterstellt, sie wäre auch nachhaltig, also Vorlieferungen aus der Region, dann ist dies eine richtige Strategie für die Kommunalpolitik auch im Osten Deutschlands. Aber ... die Anzahl der Investoren nimmt doch durch solche Investitionsschutzabkommen nicht zu, es streiten sich also alle Regionen um wenige Investoren, was dazu führt, daß ein Wettbewerb der Regionen stattfindet. Ist jedoch bereits durch ein Investitionsschutzabkommen die Tariffreiheit, die Steuersicherheit und Befreiung von jeglicher Kostenbeteiligung an der Infrastruktur gegeben, kann dieser Wettbewerb nur noch ruinös geführt werden. Nämlich mit Lohnsenkungen, Steuerbefreiungen, Senkung der ökologischen Standards etc. und es gewinnt die Region, welche dem Investor am weitesten entgegenkommt. Doch dann stellt sich die Frage, was die Region noch von einem luftverpestenden, miesen Lohn zahlenden und die Gewinne außer Landes schaffenden Investor haben soll?

Gegenwärtig werben die Regionen noch mit dem Abbau investitionshehmender Barrieren, so die Tariffreiheit oder der Beseitigung von Steuerunsicherheit. All dies würde ein multilaterales Investitionsschutzabkommen per se in allen Regionen regeln und diese damit zu neuen Werbestrategien, die dann noch ruinöser für die Region sind, zwingen.

Was heißt das nun für die Kommunalpolitik in Frankfurt/Oder?

Arbeitsplätze können ohnehin nicht unbegrenzt durch Zuschüsse entstehen. Das ist nicht im Sinnen der Marktwirtschaft und nicht sinnvoll finanzierbar. Allerdings auf einigen Gebieten (Kultur, Bildung, Soziales) würden Arbeitsplätze ohne Zuschüsse gar nicht entstehen oder ein dramatischer, unsozialer und nicht gewollter Preisanstieg wäre die Folge. Ein Investitionsschutzabkommen würde diese durch Steuer- und Versicherungsmittel gestützten Preise für rechtswidrig erklären.

Welche Arbeitsplätze betrifft dies zum Beispiel? Als erstes fällt mir da das Sozialwesen ein. Viele Dienste werden mit öffentlichen Mittel unterstützt. Kommt ein privates Unternehmen (z.B. Herr Penz als Betreiber von Asylunterkünften) auf die Idee, einen lukrativen Sozialdienst anzubieten, so für Menschen, die sich das leisten können, müßte die Stadt in der obigen Logik selbe Zuschüsse an diese Firma zahlen oder aber die Zuschüsse für ALLE einstellen. So oder so, verlieren werden dabei die Menschen, entweder als Steuerzahler, oder als Betroffene und Hilfebedürftige. Die gleichen Problem tauchen im Bildungswesen auf. Privatschulen können dann die selben Zuschüsse von Land und Stadt einklagen. Da das Geld nicht da ist, bleibt zu erwarten, daß die Zuschüsse für ALLE gesenkt werden und das Bildungsniveau weiter absackt. Gewinnen tun dabei die Privatschulen, die einen weiteren Nachfrageboom haben werden. Das bedeutet allerdings Bildung nur noch für Reiche und für Arme Lesen und Rechnen lernen in vollen Klassen. Weitere Arbeitsplätze sind in der Kultur und im Sport bezuschußt.

Solange es natürlich keinen Privatinvestor gibt, der soziale Dienste gewinnbringend anbieten kann und dann seinen Investitionsschutz per Gericht gegen die Kommune durchdrückt, bleibt alles beim alten. Und damit rechnen die Stadtväter allerorts. Sie können sich nicht vorstellen, daß soziale Dienste privat betreibbar

sind. Sind sie aber. Ein Blick nach Übersee zeigt es. Und wenn es möglich ist, durch ein Investitionsschutzabkommen lästige Konkurrenz wegzuklagen, indem man ihnen die öffentlichen Zuschüsse nimmt, was bleibt den Menschen dann übrig, als für Leistungen des Sozialwesens (Fahrdienst, Essenauslieferung, Physiotherapie, Seelsorge, Rettungsdienste) Geld zu bezahlen. Und wer es sich nicht leisten kann, hat Pech, so funktioniert Neoliberalismus. Bislang ist eine solche Privatisierung wirksam unterbunden, weil die Kommunen und das Land entscheiden können, wem die Zuschüsse gewährt werden und damit sind es in der Regel gemeinnützige Organisationen. Mit Investitionsschutz geht das nicht mehr.

Für die Arbeitsplätze des zweiten Arbeitsmarktes gilt dann ähnliches. Kein kommunales Gartenbauunternehmen kann dann mit ABM überlebensfähig gehalten werden, wenn es ein auswärtiges Gartenbauunternehmen gibt, das sein Recht durchsetzt und die ABM als unzulässige Konkurrenz wegklagt. Und so betrifft dies Vereine, die ökologische und fair gehandelte Produkte mit geförderten Stellen verkaufen ... Wie gesagt, wo kein Kläger da kein Richter und ob es wirklich ein amerikanisches Gartenbauunternehmen gibt, daß sich mit Dumpinglöhnen den Frankfurter Markt erobert, bleibt fraglich. Aber die Chance dafür ist da!

Anders sieht das schon im Strom-, Gas-, Nahverkehrs- und Wasser-/Abwasserbereich aus. Dort sind die Kommunen beteiligt und schießen nicht unbeträchtliche Summen aus den Haushalten zu. Dies ist in diesem lukrativen Geschäft nach dem Fall der Gebietsmonopole bei einem Investitionsschutzabkommen nicht mehr möglich. Die Folge ist dann ein ruinöser Wettbewerb zwischen dem kommunalen Versorger und der neuangesiedelten Konkurrenz, die über Entlassungen, Lohnsenkungen und Preisdumping ausgeht. Leiden werden darunter die Beschäftigten und natürlich die Betriebssicherheit. Man denke an einen Havariefall, wenn die Monteure entlassen sind und welche aus Berlin eingeflogen werden müssen ...

Die Ansiedlung in diesen lukrativen Märkten war bislang durch Gebietsmonopol und die Möglichkeit öffentlicher Zuschüsse unmöglich.

Zusammenfassend wird ein Investitionsschutzabkommen, wie das MAI die Kommunen langfristig zwingen, ihre städtischen Betriebe zu privatisieren. Dies bedeutet wahrscheinlich zwar eine Preissenkung für die Bürger. Auf der anderen Seite kostet dies Arbeitsplätze, schränkt die Betriebssicherheit ein und grenzt Menschen aus, die sich die Leistungen heute noch durch öffentliche Zuschüsse leisten können (Monatskarte für Arbeitslose, Schüler, Rentner). Ebenfalls muß man sich fragen, ob das Abwasser vom Stadtrand dann nicht teurer wird, als in Nähe des Klärwerkes, oder ob der Anschlußzwang der Versorger aufrecht erhalten wird, nachdem jeder, egal mit welchem Aufwand zu gleichem Preis versorgt wird. Für den Nahverkehr bedeutet Privatisierung drastische Leistungseinschränkung auf lukrative Strecken und Zeiten. Ein privater Betreiber hat es nicht nötig Mützen Müller um 21.00 Uhr von A nach B zu fahren. Es ist billiger den Fahrer einzusparen und Mützen laufen zu lassen. Genau das passiert gerade bei der privatisierten Bahn. Den meisten Gewinn macht man eben nicht, wenn möglichst vielen Menschen ihre Bedürfnisse zu einem niedrigen Preis erfüllt werden (das ist ein Anspruch einer sozialen Marktwirtschaft oder des Sozialismus, deshalb gibt es öffentliche Betriebe), sondern wenn nur noch die Bedürfnisse derer erfüllt werden, die einen höheren Preis bezahlen können, und damit sind nach volkswirtschaftlicher Theorie mindestens 30% der Menschen außen vor!

Die Möglichkeit, daß potentielle Investoren gegen die Stadt klagen können, wenn sie sich benachteiligt fühlen, wird im Übrigen dazu führen, daß in der Stadtpolitik von vornherein weniger bezuschußt werden wird, weil ja eventuell ein Investor kommen könnte, der in Cottbus produziert und sich am Frankfurter Markt benachteiligt fühlt weil dort ARM

Kräfte bezahlt werden ... und die Prozeßkosten sind wahrscheinlich höher, als der Zuschuß. Die Politik wird sich also „realistischer“ Weise freiwillig aus der Wirtschaftsförderung zurückziehen und statt dessen die Investitionsbedingungen „ruinös“ verbessern. Als engagierter Mensch wird man dann in der Politik an diesem Realismus wahrscheinlich zerbrechen. Die Logik des Investitionsschutzes raubt die creative Energie etwas zu versuchen und reduziert die Politik darauf, ihr Handeln auf Rechtmäßigkeit zu prüfen. Die Wahl gewinnt, wer die wenigsten Fehler hat (Prozesse am Hals hat) und nicht mehr der/diejenige mit der besten Vision. So leidet die Politik und die Gestaltungsmacht der Kommune allein durch die Möglichkeiten einen Abkommens, ohne daß konkret ein Investor sein recht durchsetzen muß.

Diplom-Volkswirt
Ronald Höhner

Neue Mauern in und um Europa

Abgrenzung und Ausgrenzung von Menschen

Weltweit sind Menschen auf der Flucht, viele sterben schon auf dem Weg. Auch bei uns in Brandenburg, EU-Grenzen und andere Grenzgebiete zwischen Wohlstand und Armut sind zu Todesstreifen geworden. Hier an der deutsch-polnischen Grenzen waren es seit '93 87 Menschen.

Referent Dominique John von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration.

Dienstag 28. November 19:30 im Kontaktladen des Verein Utopia Berlinerstr. 24/Ecke Bergstr.

Der Bau des Ilisu-Staudamms, in der Südosttürkei und seine Folgen

Am 2. April 2001 19:00 in der Gertraudkirche, Frankfurt/Oder Die Referentin kommt von der Organisation "WEED" (Welt Wirtschaft, Entwicklung und Ökologie). Veranstaltet von Globalisierung AG, evangelische Jugendarbeit und Arbeitskreis Asyl.

Informationsveranstaltung Bürgerbewegungen im Prozeß der Globalisierung

Frankfurt, 04.06.2001

Sehr geehrte Damen & Herren,

Im Namen der gag (Globalisierung-AG) richte ich dieses Schreiben an Sie, um für eine Informationsveranstaltung zum Themenbereich Globalisierung zu werben und herzlich Ihr Interesse für die Teilnahme zu wecken.

Gegenstand der Veranstaltung am 21.06.01, in der Zeit von 19.00-22.00h, in den Räumen der Europa Universität Frankfurt an der Oder (nach gegenwärtigem Planungsstand) werden die Ziele, Forderungen und Handlungsformen von Bürgerbewegungen im Prozeß der Globalisierung sein. Hierzu haben wir die Zusage des Referenten, Oliver Moldenhauer von der Deutschland – Gruppe von "Attac-Netzwerk für die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" (siehe Anlage), aus Verden / Aller erhalten (vgl. Anlage).

Einige Worte zu unserer Gruppe:

Wir sind eine kleine Gruppe von Erwerbstätigen und Studenten. Unser politisches Anliegen ist es, die Folgen der einseitig ökonomischen Globalisierung aufzuzeigen und durch einen Ansatz zu erweitern, der sich eindeutig internationalistisch, solidarisch positioniert und gegen die herrschende Verwertbarkeitsideologie wendet.

Wir bieten die Mitgestaltung von Projekttagen an; bisher wurden von uns verschiedene Veranstaltungen zum Thema initiiert (bspw. zu Hermesbürgschaften am Beispiel des Illisu-Staudamm-Projekts mit der Kurdistan AG an der FU Berlin, Themenstand auf dem 1-MAi-Fest in Frankfurt/Oder).

Mit freundlichen Grüßen,

Pressemitteilung zur Informationsveranstaltung Bürgerbewegungen im Prozeß der Globalisierung: Attac Deutschlandgruppe und Hinweis auf kommende Veranstaltung

Hinweis für eine Veranstaltung am 28.06.01 um 20.00h im Kontaktladen, Berliner Str.24, Filmvorführung mit anschließender Diskussion.
Thema des Films: "IWF Macht der Kredite", Dokumentation, Frankreich 1999 (83 Min) Sechs Monate lang ließ sich einer der mächtigsten Männer "in die Karten" schauen: Mico Camdessus, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Frankfurt, 22.06.2001

Am gestrigen Abend (Donnerstag, 21.06.) hat in der Europauniversität eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema Bürgerbewegungen im Prozeß der Globalisierung stattgefunden. Der Referent, Oliver Moldenhauer von der Deutschlandgruppe des internationalen Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, kurz: Attac (siehe Anlage) berichtete auf Einladung der hiesigen frankfurter Globalisierungs-AG in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg sehr engagiert und wissensreich über wirtschaftliche Hintergründe und Beweggründe, Entstehungsgeschichte und gegenwärtigen Stand der internationalen Vernetzung innerhalb des Bündnisses.

Zunächst wurde den Teilnehmern einerseits aufgezeigt, wie die wirtschaftspolitischen Globalzusammenhänge und vermeintlichen Zwänge, im sonst oft nur schemenhaft, mithin für den Laien undurchsichtig aufscheinenden Feld der globalen Wirtschaftsbeziehungen verstrickt sind, andererseits wie wenig wahr ist an dem politischen Offenbarungseid von der oft bemühten angeblich unausweichlichen Standortkonkurrenz und damit verbundenen nicht beeinflussbaren Wettbewerbs.

Der Referent faßte dies in der kurzen These zusammen, es handle sich sehr weitgehend um hausgemachte Probleme und eben nicht um Naturgesetzmäßigkeiten. Jene wären mit dem erforderlichen politischen Gestaltungswillen handhabbar zu machen.

Dies überbrückte dann in den eigentlichen Gegenstand des Abends, nämlich wer und wie zur Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit agieren müßte oder doch mindestens durch Protest unterschiedlichster Form erinnernd wirken könnte.

Oliver Moldenhauer stellte dann die rasante Geschichte der Gruppe Attac dar. Diese nahm ihren Ausgang im intellektuellen, gewerkschaftlichen Spektrum Frankreichs im Jahre 1997, umfaßt aber inzwischen auch Bündnispartner von kirchlichen Gruppen über Umweltverbände zu Arbeitsloseninitiativen. Undes existieren auch Gruppen jenseits der

Grenzen Frankreichs in Europa und Übersee. Beispielsweise in Canada, Deutschland, Polen, Schweden etc.

Die Arbeit bestehe zu grossen Teilen in Aufklärung, es gebe eine Initiative zur „Volksbildung“, allerdings auch in der Formulierung und logistischen Vorbereitung spektakulären von Protest und Gegenstandspunkten bei Treffen wie jüngst beim EU Gipfel in-Göteborg oder demnächst bei dem Genua Gipfel der G8-Staaten. Er gab aber zu bedenken, daß gewaltförmige Protestformen nicht zum Repertoire gehörten. Es sollten vielmehr phantasievolle und kommunikative, wennzwar deutliche Ausdrucksformen entwickelt werden, um so Kritik inhaltlich und stichhaltig zu entfalten.

"Wie das grosse Geld, die Frauen arm macht" WDR 1995 45 Min

Die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung. Die Macht der Kredite, ein Film über die Auswirkungen der IWF Kreditvergabe und der damit verbundenen Wirtschafts-Zwangsreformen, der Film richtet sein Augenmerk auf die Philippinen, es wird das Gesundheitssystem und das Leben einiger Frauen dokumentiert.

Do. 26.Juli 2000 Uhr im Kontaktladen Berlinerstr.24/Ecke Bergstr.

Veranstalter: Globalisierung Arbeits Gruppe FfO

Landtag Bbg
3.WP

Kleine Anfrage

des Abgeordneten
Fraktion der PDS

an die Landesregierung

Zur nächsten Verhandlungsrunde der WTO in Qatar

Im November 2001 beginnt die nächste Verhandlungsrunde der WTO (Welthandelskonferenz). Auf deren Tagesordnung steht unter anderem auch die Ausgestaltung und Fortentwicklung des Durchführungsmechanismus des GATS (Dienstleistungsabkommen).

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Gibt es seitens der Landesregierung eine Arbeitsgruppe, die die Folgen des GATS für das Land Brandenburg und seine Kommunen herausgearbeitet hat soweit grundgesetzliche Kompetenzen der Länder betroffen sind?

2.a) Wie bewertet die Landesregierung die Pläne innerhalb der WTO zum Dienstleistungsabkommen Artikel VI Abs.4 ?

b) Welche Auswirkung hat dies auf das Land Brandenburg

c) und auf die Gemeinden?

Beispielsweise hinsichtlich parlamentarischer Kontrolle der Regierungen, vgl. Art. 3 GATS?

3. Hat die Landesregierung im Vorfeld in Absprachen mit der Bundesregierung bzw. auf EU-Ebene Dienstleistungen benannt, welche dem vorgesehenen Ausnahmetatbestand für Dienste „hoheitlicher Gewalt“ unterfallen?

a) Wenn ja, welche?

b) Wenn nicht, warum nicht.?

1- „mehr wissen“

SPIEGEL ONLINE - 23. Juli 2001, 09:59

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,146534,00.html>

Analyse

Protest gegen die Ohnmacht der Mächtigen

Von Harald Schumann und Carolin Emcke

Die Kernforderungen der Globalisierungskritiker sind für viele Regierungen längst Programm. Doch im globalen Wettbewerb können sie das nicht umsetzen, weil es dafür keine demokratischen Institutionen gibt. Der Gipfel-Sturm der Protestbewegung ist das Symptom für die Krise der nationalen Demokratien.

Die Revoluzzer gaben sich kämpferisch. Die Globalisierung müsse "ein menschliches Antlitz" bekommen, bekannte einer der Wortführer. Nicht mehr tolerierbar sei die "Dominanz des Marktes über die Politik", erklärte ein Mitstreiter. Die globale Integration müsse "zu einem höheren Lebensstandard für alle führen und nicht zu einer zerstörerischen Abwärtsspirale", kündete schließlich der Gastgeber und ließ ein gemeinsam beschlossenes Manifest der 15 Weltenretter millionenfach verbreiten. Darin forderten die Versammelten, einen "internationalen Sozialpakt" und die verstärkte Einbeziehung der "Zivilgesellschaft" in die Politik. So tönten im Juni 2000 Gerhard Schröder und weitere 14 Regierungschefs, als Deutschlands Kanzler zur Konferenz über "Modernes Regieren im 21. Jahrhundert" geladen hatte. "Die Menschen möchten in einer Gemeinschaft leben, nicht nur in einer Marktwirtschaft arbeiten", erklärte Schröder und versprach die "Rückkehr des Politischen". Das ist gelungen. Ein Jahr später war das Gipfeltreffen der G8-Regierungschefs in Genua so politisch wie nie zuvor. Während sich die Gipfelstrategen hinter 20 000 Polizisten verschanzten, versammelte sich vor den Absperrgittern eine hunderttausendköpfige Abordnung der Zivilgesellschaft, um genau das einzufordern, was Schröder und einige seiner G8-Kollegen längst zum Programm erhoben haben. Die groteske Szenerie lieferte eine treffende Beschreibung des Zustands der Weltpolitik im Zeitalter der Globalisierung. Da fehlten die Weltenlenker einer selbst ernannten Führungsgruppe von acht Staaten an Formelkompromissen für ein Communiqué, das Wohlstand und Freiheit für alle verspricht. Und ihnen gegenüber standen die Repräsentanten einer rasant wachsenden weltumspannenden Bewegung, die diese Form des Regierens in elitären Weltzirkeln fundamental in Frage stellt.

Unübersehbar wird so, dass die vom Philosophen Jürgen Habermas so bezeichnete "postnationale Konstellation" infolge der grenzenlosen Verschmelzung von Märkten und Informationsflüssen zusehends in eine tiefe Legitimations-

krise der national gefangenen Demokratien mündet. Dabei scheint der Massenprotest die Regierenden so zu verblüffen, wie weiland der Aufstand der DDR-Bürger die SED-Größen. Die Bewegung habe "nichts demokratisches an sich", beklagte der britische Premier Tony Blair und hielt den Demonstranten entgegen, dass "die Globalisierung doch keine Bedrohung" sei. Vielmehr mehrte der internationale Handel den Wohlstand und trage zur Lösung vieler Probleme bei. Er verstehe nicht, so Blair, "warum diese Ideen von der Straße angegriffen würden."

Die Erklärung ist einfach: Die Demonstranten glauben Blair und seinen Kollegen nicht mehr - und das zu Recht. Denn seit Jahren kommen die Regenten der führenden Industrieländer in zentralen Zukunftsfragen der Menschheit nicht voran:

Beispiel Finanzmärkte: Nach "der gefährlichsten Finanzkrise der letzten 50 Jahre" (Bill Clinton), die 1997/98 in den betroffenen Staaten Asiens und Südamerikas viele Millionen Menschen zurück in die absolute Armut stieß, versprachen die politischen Führer der Industrieländer beinahe unisono eine grundlegende Reform zur Stabilisierung der Kapitalflüsse und Devisenkurse. Doch alle wirksamen Vorschläge scheiterten an der Furcht der Regierungen vor dem gut organisierten Widerstand der Finanzindustrie.

Beispiel Steuerflucht: Steueroasen wie die britischen Cayman-Inseln, die niederländischen Antillen, Liechtenstein oder Hongkong geraten zusehends zu einem schwarzen Loch der Weltwirtschaft, in dem nach Schätzungen des IWF private Vermögen im Umfang von über fünf Billionen Dollar gebucht sind, um die Erträge steuerfrei kassieren zu können. Allein dem deutschen Fiskus entgehen so mindestens zehn Milliarden Mark jährlich. Doch alle Initiativen die so genannten Offshore-Finanzplätze stillzulegen scheiterten, weil die Regierungen nicht die Kraft aufbringen, dieses Privileg der Reichen anzutasten.

Beispiel Armutsbekämpfung: Seit Jahrzehnten steht die Minderung der Armut in Entwicklungsländern ganz oben auf der G-7-Agenda und der von ihnen gelenkten Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF). Aber bis heute verfehlt die Mehrzahl aller Weltbank- und IWF-Programme dieses Ziel, weil sie auf die Interessen der Exporteure und der Finanzindustrie in den Industrieländern zugeschnitten sind und vielfach undemokratische Regime stützen.

"Verbal- und Realpolitik laufen immer weiter auseinander", beschreibt eine Sprecherin der Nord-Süd-Initiative "Urgewald" das Phänomen und weiß sich darin einig mit den vielen hundert Gruppen welche die Bewegung organisieren. Zugleich verfolgen die Aktivisten mit wachem Blick, wie immer mehr Entscheidungsgewalt von den nationalen Parlamenten auf internationale Beamtengremien und die Führungsetagen transnationaler Konzerne übergeht. Folgerichtig entzündet sich der Widerstand in erster Linie an internationalen Institutionen wie Welthandelsorganisation (WTO), IWF oder dem Weltwirtschaftsforum in Davos, wo Konzernlenker und politische Führer hinter verschlossenen Türen Entscheidungen von globaler Reichweite treffen. Das Urmotiv des Protests, der daraus erwächst, brachte vergangenen September die tschechische Studentin Katerina Liskova zum Ausdruck, als Präsident Vaclav Havel sie und andere Mitstreiter anlässlich der Jahreskonferenz von Währungsfonds und Weltbank zum Dialog in die Prager Burg lud. "Ihr entscheidet über uns und ohne uns", schleuderte sie dem ebenfalls geladenen Weltbank-Chef James Wolfensohn entgegen

Die Bezeichnung "Globalisierungsgegner" führt in die Irre. Genau dieser demokratische Impuls ist es, der die sonst gänzlich heterogene Bewegung antreibt. Dabei führt die Charakterisierung der Gipfel-Demonstranten als "Globalisierungsgegner" jedoch in die Irre. Bestenfalls eine kleine Minderheit der Bewegten bekämpft ernsthaft die Internationalisierung von Wirtschaft und Kommunikation. Im Gegenteil: Die meisten nutzen nicht nur die globale elektronische Vernetzung und die Warenwelt, die es ohne die weltweite Arbeitsteilung gar nicht gäbe. Sie planen und denken auch in globalen Kategorien. Ohne weltweit geltende Abkommen und Organisationen zu deren Überwachung wäre es unmöglich, die globalisierte Ökonomie in geregelte Bahnen zu lenken. Darum plädiert die Mehrzahl der beteiligten Organisationen nicht für die Abschaffung der globalen Institutionen, sondern für deren grundlegende demokratische Reform.

Dafür allerdings gibt es gute Gründe. Vor allem der IWF und die Weltbank stehen nicht im Dienst der Menschheit, sondern der USA und ihrer Alliierten. Weil sich die Stimmen in den Vorständen nach wie vor daran bemessen, wie vor 56 Jahren die Anteile an beiden Instituten verteilt wurden, verfügt die US-Regierung bis heute über eine Vetomacht von 18 Prozent. Die US-Regierungen mißbrauchen ihre Vormacht im IWF. Diese Vorherrschaft haben Amerikas Regenten vielfach skrupellos mißbraucht. So setzte etwa der damalige US-Finanzminister Bob Rubin während der Asienkrise durch, dass ein Überbrückungskredit für Südkorea mit einem Programm verknüpft wurde, dass die Gläubiger aus den G-7-Staaten aus jeder Mitverantwortung entließ. Obwohl das Land keineswegs überschuldet war, sondern lediglich zu viele kurzfristige und in der Krise kündbare Darlehen aufgenommen hatte, erzwang der IWF ein Sparprogramm, das die Rezession drastisch verschärfte. In deren Verlauf konnten sich Transnationale Konzerne aus den USA, Japan und Europa zu Ausverkaufspreisen in Südkorea einkaufen.

Die Kritik teilt mittlerweile sogar der frühere Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz.

Der globale Protest als neue Dimension der Globalisierung

Von Harald Schumann und Carolin Emcke

Der wachsende Reigen der Dissidenten aus der internationalen Politik- und Finanzelite illustriert, wie ratlos auch viele derjenigen sind, die den Demonstranten als die Lenker der Globalisierung erscheinen.

Die Kritik teilt mittlerweile sogar der frühere Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz.

Die globalen Finanzinstitute, so schrieb Stiglitz in der Zeitschrift "The New Republic", hätten die Asien-Krise auf Kosten der Bevölkerung verschärft. Zugleich bestätigte er den Vorwurf, das Finanzregime untergrabe demokratische Prinzipien. "Die Kultur der Leute, welche die internationale Wirtschaftspolitik prägen, ist undemokratisch", stellte Stiglitz lapidar fest. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Motive für den Sturm auf Weltwirtschaftstagungen aller Art weit weniger unsachlich, als häufig dargestellt. "Wir sind nicht Gegner, sondern Kritiker der Globalisierung", stellt Barbara Unmüßig klar, Aktivistin der ersten Stunde in der Organisation "Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung" (WEED). Unmüßig und viele ihrer Mitstreiter können präzise benennen, wo die globale Integration schief läuft.

Gewerkschaftliche Rechte sind keineswegs globalisiert. So sind etwa gewerkschaftliche Rechte bis heute keineswegs globalisiert. Anders als die Handelsregeln der WTO werden Verstöße gegen die geltenden ILO-Konventionen zur Ge-

werkschaftsfreiheit oder zum Verbot von Kinderarbeit nicht mit Sanktionen belegt. Darum beteiligen sich in den USA viele tausend Aktivisten an Kampagnen gegen die schrankenlose Ausbeutung in den Textilfabriken Mexikos, Nicaraguas und Indonesiens, wo die Näherinnen für ein paar Cent pro Stunde teure Markenjeans produzieren, aber jeder Versuch der Selbstorganisation mit Gewalt unterdrückt wird. Diese direkte Verbindung der Protestkultur in den Metropolen mit Gewerkschaftern oder Bauern in Entwicklungsländern verleiht der neuen Bewegung ihre Wucht. Ermöglicht hat das erst jene Technologie, die zugleich auch den Turbosatz der Globalisierung stellt: Das Internet. Mit ihm wurde die globale Vernetzung, bis vor wenigen Jahren ein Privileg der Mächtigen, bezahlbar und damit demokratisch und populär. Insofern bremsen der anschwellende Chor der Kritiker keineswegs den Globalisierungsprozess, sondern treibt ihn voran in eine weitere Dimension. Nicht die globale Verschmelzung ruft den Protest hervor, sondern deren einseitige Gestaltung zu Gunsten der Stärkeren. Nicht die globale Freiheit des Kapitals, sondern die globale Unfreiheit der Opfer dieses Prozesses erzürnt die neuen Protestanten gegen die verlogene Religion der Marktgläubigen. IWF-Chef Köhler: "Extreme Ungleichgewichte in der Verteilung der Wohlfahrtsgewinne".

Darum verfährt auch die stete Beschwörung von Marktgläubigen wie Tony Blair nicht, der wachsende Welthandel mehre aber doch insgesamt den Wohlstand. Denn unbestreitbar ist eben auch, dass diese Zuwächse immer ungleicher verteilt werden, weil die Erwerbsarbeit immer weniger als Medium zur Verteilung dient.

Im globalen Standortwettbewerb schrumpft die Macht der Gewerkschaften, auf Löhne und Gehälter entfällt ein immer kleinerer Anteil am Ertrag. Selbst in der Bundesrepublik mit ihren egalitären Traditionen sank ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen binnen sieben Jahren von 52 auf knapp 42 Prozent. Zugleich können die nationalen Regierungen die Steuerpolitik nicht mehr nutzen, um dagegen zu halten. Längst sind sie in einen weltweiten Steuersenkungswettbewerb für Unternehmen und Kapitalbesitzer verstrickt. Schon 1995 zahlten Kapitalgesellschaften in der EU 40 Prozent weniger Steuern, als ein Jahrzehnt zuvor. Wirklich bedrohlich ist jedoch der Abgrund, der sich zwischen den Wohlstandsländern und dem Rest der Welt auftut. Im Jahr 1960 erzielte das reiche Wohlfahrtsfünftel der Weltbevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen, das 30mal höher lag, als die Wirtschaftskraft der ärmsten 20 Prozent; heute erreicht die Differenz das 78fache.

"Polarisierung in eine Zone des Friedens und eine Zone des Aufruhrs"

Als Konsequenz aus dieser Polarisierung, warnte jüngst der US-Ökonom Robert Wade im britischen Magazin "Economist", teile sich die Welt in "eine Zone des Friedens und eine Zone des Aufruhrs". Das Resultat sei "eine Menge von arbeitslosen und zornigen jungen Leuten, denen die neuen Informationstechnologien die Mittel verleiht, die Stabilität der Gesellschaften zu bedrohen, in denen sie leben." Irgendwann werde dies "auch die Stabilität der Staaten aus der Wohlstandszone erschüttern." Früher oder später, so fordert Wade, müsse darum "die Verteilungsfrage auf die Welt-Agenda" gesetzt werden. Längst kann sich die Protestbewegung auch auf Kronzeugen aus genau jener Elite berufen, die sie bekämpft. So bekannte jüngst der deutsche IWF-Chef Horst Köhler, "die extremen Ungleichgewichte in der Verteilung der Wohlfahrtsgewinne werden mehr und mehr zu einer Bedrohung der politischen und sozialen Stabilität." Bei der gleichen Gelegenheit äußerte Weltbank-Chef Wolfensohn den welt-

weiten Abbau der Etats für die Entwicklungshilfe als "Verbrechen".

Ein weiterer prominenter Sympathisant der Globalisierungskritiker ist ausgerechnet George Soros, der wohl berühmteste aller Spekulanten. Er macht sich nicht nur für eine strenge Regulierung der Finanzmärkte stark, sondern plädiert sogar für die Einführung der von den Demonstranten geforderten "Tobin Tax", einer Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen. Sie soll entsprechend dem Vorschlag des US-Ökonomen James Tobin "Sand in das Getriebe" der chaotisch ausschlagenden Kapitalmärkte streuen und die Gewinner des globalen Finanzkasinos an den Kosten der Systemreparatur beteiligen. Dieser wachsende Reigen der Dissidenten aus der internationalen Politik- und Finanzelite illustriert jedoch zugleich, wie ratlos auch viele derjenigen sind, die den Demonstranten als die Lenker der Globalisierung erscheinen.

Selbst die scheinbar übermächtigen Konzernbosse beklagen, sie seien mit den Anliegen ihrer Kritiker überfordert. "Wo Menschen früher die Lösung politischer und ökologischer Probleme von der Regierung erwarten, fordern sie jetzt Unternehmen direkt dazu auf, die Rolle zu übernehmen", beobachtete zum Beispiel der Boss des Ölgiganten Royal Dutch Shell, Cornelius Herkströter. Doch "wir haben gar nicht die Befugnis, diese Aufgaben zu übernehmen", weist er die Verantwortung von sich, "wir haben kein Mandat". Gleichzeitig machen die Mandatsträger jedoch die Erfahrung, dass sie sich besser den Forderungen der Multis beugen, weil sie sonst mit Kapitalflucht und Investitionsstopp bestraft werden. Der milliardenschwere Subventionssegen für Chip- und Autofabriken in Ostdeutschland steht darum politisch gar nicht mehr zur Debatte. Auch die im zweistelligen Milliardenumfang dotierten Steuergeschenke von Hans Eichel an die Deutschland AG gingen fast ohne Widerstand über die Bühne. So erweist sich bei näherem Hinsehen der massenhafte Widerstand gegen die ungleiche Globalisierung keineswegs als Sturm auf vermeintliche Machtzentralen. Viel eher handelt es sich um einen Protest gegen die Ohnmacht der scheinbar Mächtigen. Blockiert durch die jeweils im Heimatland dominierenden Lobbys der Konzerne und Unternehmen, gelingt es ihnen im Wettbewerb um das freie Investitionskapital nicht, das global entfesselte Markssystem wieder einer demokratischen Steuerung zu unterwerfen. Ob und in welcher Form die jetzt aufgeflammete Gegenbewegung diese Selbstblockade durchbrechen kann, vermag niemand vorherzusagen. Hält sie an und gewinnt an Stärke, dann könnte sie reformwilligen Politikern die Macht- und Wählerbasis verschaffen, die sie für eine Umsteuerung der Globalisierung bräuchten. Genauso gut könnten sich aber auch viele Regierungen im Gefolge einer großen Rezession gezwungen sehen, wieder Schutzzölle gegen die ausländische Konkurrenz zu erheben und damit die Weltwirtschaft in eine noch tiefere Krise zu stürzen, warnt Robert Samuelson, einer der Großen unter Amerikas Ökonomen. "Wenn zu viele Länder das tun, dann könnte die Globalisierung implodieren".

Um das zu verhindern, so forderte Klaus Schwab, der Gründer und Präsident des World Economic Forum in Davos bereits vor fünf Jahren, gelte es zu demonstrieren, wie der globale Kapitalismus so funktionieren kann, "dass er auch der Mehrheit Nutzen bringt und nicht nur Konzernmanagern und Investoren".

Für zumindest zwei der G8-Chefs, Gerhard Schröder und Frankreichs Premier Lionel Jospin, scheint jedoch schon lange klar, dass diese Aufgabe auch ihr Job ist. Modernes Regieren, so erklärten sie nach ihrem Berliner Sommerseminar, das bedeute im 21. Jahrhundert auch, eine "faire Verteilung der Wohlstandsgewinne" herbeizuführen. Vielleicht sollten Jospin und Schröder beim nächsten mal auf die andere Seite der Barrikaden wechseln.

SPIEGEL ONLINE - 30. Juli 2001, 13:23

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,147720,00.html>

SPIEGEL-Gespräch

"Globalisierung von unten"

Von Harald Schumann und Gabor Steingart

Die Globalisierungskritiker Christine Buchholz ("Linksruck"), Ute Zillig ("Schöner Leben") und Sven Giegold ("Attac") über Spekulanten, Gewalt als Protestmittel und politischen Widerstand in den Zeiten der Spaßgesellschaft.

SPIEGEL: Andere Leute in Ihrem Alter schwärmen für Jenny Elvers oder die Mitspieler im "Big Brother"-Container und genießen die Spaßgesellschaft. Wie kommen Sie darauf, sich ausgerechnet mit der Globalisierung zu befassen?

Zillig: Die Spaßgesellschaft ist doch eine von den Medien produzierte Wirklichkeit. Im Alltag treffe ich jedenfalls dauernd auf Herrschaftsstrukturen, zum Beispiel wenn ich im Studium gezwungen bin, mich schon jetzt darauf auszurichten, später wirtschaftlich verwertbar zu sein. Irgendwann habe ich gemerkt, dass andere ähnlich denken und fühlen wie ich. Wir haben gemeinsam angefangen, uns gegen diese Machtstrukturen zur Wehr zu setzen.

Buchholz: Ich konnte Ungerechtigkeit und Unterdrückung noch nie leiden. Darum habe ich mich schon als Schülerin an Protesten beteiligt. Genua hat doch gezeigt, dass es nicht nur ein paar wütende Jugendliche waren, die ihrer Wut Ausdruck verliehen haben. Der Pariser Gesundheitsminister hat uns mit der Bewegung im Mai 1968 in Frankreich verglichen. Das finde ich richtig, wie damals entsteht eine reale Gefahr für das herrschende System.

SPIEGEL: Herr Giegold, teilen Sie diese revolutionäre Perspektive?

Giegold: Richtig ist, dass auch unsere Protestbewegung viele Menschen aus sehr verschiedenen Richtungen zusammenbringt und dadurch zum ersten Mal seit langem eine Chance besteht, politisch etwas zu verändern. Ich selbst komme aus der Umweltbewegung, und da habe ich erlebt, wie wir in den entscheidenden Punkten nichts erreicht haben. Der Himmel über dem Ruhrgebiet ist zwar wieder blau, aber der Regenwald wird abgeholzt. Am Ende entscheidet über alles die Wirtschaft. Deshalb habe ich angefangen, mich intensiver mit dem Globalisierungsthema zu befassen.

SPIEGEL: Was war die erste Demonstration Ihres Lebens?

Giegold: Mein erstes gesellschaftliches Aufbegehren war wohl, noch als Schüler, die Anlage eines Feuchtbiotops, da ging es um den Schutz von Libellen. Danach habe ich gegen die Abitureform in Niedersachsen protestiert. Ich glaube, das einschneidendste Erlebnis für mich war der internationale Gegengipfel zum G8-Treffen in Birmingham 1998. Ich habe damals in England studiert, und es hat mich sehr beeindruckt, die Führer der Bürgerbewegungen aus den Entwicklungsländern sprechen zu hören. Danach habe ich mich "Attac" angeschlossen.

SPIEGEL: Warum formiert sich diese Bewegung gerade jetzt? Ungerecht war die Welt doch schon immer.

Zillig: Die neoliberale Globalisierung verändert das kapitalistische System, sie spitzt dessen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten weiter zu. Die Arbeitsverhält-

nisse beispielsweise werden dereguliert, und die Menschen fühlen sich deshalb immer unsicherer.

Giegold: Da bin ich skeptisch. Vielleicht ist jetzt nur ein günstiges Zeitfenster offen. Was uns auf jeden Fall geholfen hat: Die meisten jüngeren Leute sprechen Englisch, es gibt das Internet, und wir kommunizieren per E-Mail. Erst dadurch können wir verschiedene Formen der Ungerechtigkeit weltweit gemeinsam zum Thema machen.

SPIEGEL: Das heißt, die Bewegung ist selbst ein Kind der Globalisierung?

Giegold: Natürlich, wir sind ja auch nicht gegen Globalisierung; diese Beschreibung ist schwachsinig. Wir sind Kritiker der sozialen und ökologischen Ausgestaltung dieses Prozesses. Uns stört, wie undemokratisch das abläuft. Nationalstaatlichen Borniertheiten weine ich keine Träne nach. Aber man darf nicht, wie die Neoliberalen es wollen, alles dem Markt überlassen, sondern wir brauchen zusätzlich neue Institutionen, die Regeln setzen. Die werden nicht von selbst kommen, sondern müssen durch Protestbewegungen erstritten werden.

Buchholz: Auch wir bei "Linksruck" sind ja nicht gegen die Globalisierung per se. Wir setzen nur gegen die neoliberale Globalisierung von oben eine Globalisierung von unten.

Denn die Neoliberalen geben eine falsche Antwort auf die Krise des kapitalistischen Systems. Die Proteste werden jetzt stärker, weil sich mit der Asien-Krise, der Lateinamerika-Krise und der wachsenden Ungleichheit die Probleme verschärfen. Die Realeinkommen der meisten Menschen in den USA sind seit 20 Jahren gesunken.

SPIEGEL: Und Sie glauben, auch den Jugendlichen von heute geht es schlechter als je zuvor?

Buchholz: Wir sehen, dass junge Menschen auch bei uns sehr wohl betroffen sind von den globalen Entwicklungen. Jugendarbeitslosigkeit ist ein reales Problem, nicht nur in Ostdeutschland. Jedes siebte Kind wächst bei uns in Armut auf. Die Shell-Jugendstudie belegt, wie verbreitet die Zukunftsangst unter Jugendlichen ist. Sie sehen, was mit dem Klima passiert, machen sich Sorgen um die Zukunft des Planeten.

SPIEGEL: Gibt es eine historische Figur, an der Sie sich orientieren, eine Art Vorbild?

Zillig: Nein, wir bei "Schöner Leben" überlegen, wie wir Lebenszusammenhänge anders gestalten können und jenseits vom Zwang, sich zu verwerfen, und jenseits von Rassismus und Sexismus eben "schöner leben" können. Ein Beispiel ist da die freie Software Linux, wo sich Leute überlegt haben, wie sie ohne ökonomische Interessen Dinge für alle produzieren können. Bei Linux beginnt einer mit dem Schreiben der Software, und weltweit schreiben Tausende mit - das Ergebnis dieser globalen Kollektivarbeit ist beeindruckend.

Buchholz: Ich würde mich der Tradition der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zuordnen, den Köpfen, die sie historisch hervorgebracht hat.

SPIEGEL: An wen denken Sie: Marx, Lenin, Trotzki, Stalin?

Buchholz: Marx und Engels, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Lenin und auch Trotzki - ja. Damit kann ich mich identifizieren. Stalin gewiss nicht.

Giegold: Für mich ist Mahatma Gandhi ein Vorbild. Er hatte keine übergeordnete Ideologie, sondern er war pragmatisch und sehr konsequent in seinen Methoden.

SPIEGEL: Wie denken Sie über Joschka Fischer, Ex-Sponti und zurzeit Außenminister der Bundesrepublik?

Zillig: Joschka Fischer mit seiner Partei ist ein Kriegsführer.

Buchholz: Mit diesem Mann habe ich keine Gemeinsamkeiten.

Giegold: Fischer hat die Grünen zu einer neoliberal gewendeten Partei in der Nähe zur FDP gemacht. Seine enttäuschten Anhänger sollten lieber bei uns mitmachen. Bei "Attac" bieten wir ihnen ein Aktionsprogramm zur Durchsetzung ganz konkreter Ziele.

SPIEGEL: Und die lauten?

Giegold: Über drei Kernforderungen herrscht weitgehend Einigkeit: Um die Kluft zwischen Nord und Süd zu überwinden, müssen die Industrieländer ihre Märkte für die Staaten des Südens öffnen

SPIEGEL: ... das heißt aber mehr Globalisierung, einen faireren Welthandel?

Giegold: Ja, genau, einen fairen Handel. Zugleich müssen die Entwicklungsländer aber wählen dürfen, was sie hereinlassen und was nicht, weil sie sonst keine eigenen Industrien aufbauen können. Auf diesem Weg ist zum Beispiel Malaysia erfolgreich, weil es sich nicht allen Regeln der Welthandelsorganisation und des Internationalen Weltwährungsfonds unterwirft. Der zweite Punkt ist: Die Schulden für die ärmsten Länder müssen gestrichen werden. Nicht nur wegen der Zinslasten, sondern auch weil sie als Erpressungsinstrument dienen, um den betroffenen Staaten eine bestimmte Politik aufzuzwingen.

SPIEGEL: Und was ist die dritte Kernforderung?

Giegold: Ein neues Weltfinanzsystem. Gerade für die Schwellenländer sind Finanzkrisen massive Risikofaktoren. Deshalb ist die vom Währungsfonds durchgesetzte generelle Öffnung der Kapitalmärkte falsch. Die Anleger dürfen nicht das Recht haben, ihre Gelder innerhalb weniger Tage wieder abzuziehen und damit, wie bei der Asien-Krise 1997, Millionen Menschen wieder unter die Armutsgrenze zu drücken. Malaysia hat 1998 sogar Kapitalverkehrskontrollen eingeführt und konnte sich so vor dem Schlimmsten schützen. Trotzdem investieren viele Konzerne dort, denn ein stabiles Finanzsystem ist eben auch ein positiver Standortfaktor.

SPIEGEL: Also sollen die Staaten wieder nach Belieben ihre Grenzen öffnen oder schließen und die Formulare aus den fünfziger Jahren wieder hervorholen, um den Waren- und Geldverkehr zu kontrollieren?

Giegold: Das sage ich nicht. Aber wir wollen zumindest selektive Kontrollen des internationalen Kapitalverkehrs. Und außerdem brauchen wir natürlich die Tobin-Tax.

SPIEGEL: Die Tobin-Steuer ist eine Steuer auf alle Devisentransaktionen. Ist eine solche AntiSpekulationssteuer, die ja weltweit gleichzeitig eingeführt werden müsste, realistisch?

Giegold: Warum nicht? Nur ein Bruchteil aller Devisentransaktionen ist realwirtschaftlich begründet, der Rest wird nur für sehr kurze Zeit getauscht, um aus kleinen Differenzen spekulative Gewinne zu erzielen. Vor allem diese Spekulationen würden besteuert. Die großen Kursschwankungen, die in kleineren Ländern gravierende

Folgen haben, würden seltener auftreten.

SPIEGEL: Wie hoch wären die Einnahmen aus dieser Steuer, und was wollen Sie damit anstellen?

Giegold: Das Geld wollen wir zur Armutsbekämpfung einsetzen. Bei einer Steuer in Höhe von einem Prozent kämen sicherlich 200 Milliarden US-Dollar jährlich zusammen. Wenn Sie das mit dem auf lächerliche 1,3 Milliarden Dollar angesetzten Fonds gegen Aids, Malaria und Tuberkulose vergleichen, der jetzt in Genua aufgelegt wurde, sind das natürlich ganz andere Summen.

SPIEGEL: Aber der entscheidende Punkt bleibt, dass Sie eine solche Steuer nicht im Deutschen Bundestag allein beschließen können. Eine nationale Tobin-Tax wäre wirkungslos.

Giegold: Wenn wir eine Globalisierung der Wirtschaft haben, brauchen wir auch eine Globalisierung der Politik. Wenn es nicht gelingt, der Wirtschaft internationale strenge Rahmenbedingungen zu setzen, werden wir irgendwann in den Protektionismus zurückfallen - weil demokratische Gesellschaften auf Dauer die immer weitergehenden Ungerechtigkeiten nicht akzeptieren

SPIEGEL: Die Briten mit ihrem Finanzzentrum London widersetzen sich derartigen Ideen jedenfalls vehement. Giegold: Auch dort gibt es eine große Kampagne. 100 Mitglieder des Parlaments haben eine Petition für die Tobin-Steuer unterzeichnet. Im Europäischen Parlament sind wir nur mit zwei Stimmen gescheitert. Auf der Sitzung der EU-Wirtschafts- und Finanzminister in Liège am 22. und 23. September steht die Tobin-Steuer auf Initiative der belgischen Ratspräsidentschaft zum ersten Mal auf der Tagesordnung. Auch im Kongress der USA gibt es Befürworter. Wir kommen voran.

Zillig: Das sehe ich anders. Erneute Regulierungen können zwar kurzfristig zu Verbesserungen führen. Aber sie ändern nichts am Zwang zur Profitmaximierung – und genau den bekämpfen wir.

SPIEGEL: Dieser weltweit organisierte Protest kostet Kraft und Geld. Befürchten Sie, dass sich der Widerstand nach dieser Serie von Großdemonstrationen bald wieder totläuft?

Buchholz: Nein, denn diese Proteste speisen sich aus einer tiefen Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die neoliberale Politik. Ich glaube, dass die Proteste in Genua in der Qualität, in der Einheitlichkeit und auch der inhaltlichen Radikalität weit über alles Frühere hinausgegangen sind. SPIEGEL: Aber auch in der Gewalttätigkeit. Es gab einen Toten und Hunderte Verletzte auf beiden Seiten.

Buchholz: Ich war schockiert über den Polizeiterrror. Ich habe gesehen, wie aus zwei Meter Entfernung Menschen ins Gesicht gezielt wurde, die sich auf dem Rückzug von einem friedlichen Protestmarsch befanden.

SPIEGEL: Der 23-jährige Demonstrant, der am vergangenen Freitag getötet wurde, ist mit einem Feuerlöscher auf einen fast gleichaltrigen Polizisten, der im Gepäckraum eines Autos hockte, losgegangen. War das aus Ihrer Sicht in Ordnung?

Zillig: Wir wenden uns gegen potenziell lebensbedrohliche Situationen von beiden Seiten. Aber man darf das Verhalten des Demonstranten nicht losgelöst von den Repressionen der Polizeigewalt in Genua betrachten. Buchholz: Ich habe mit Gewalt vor allem ein politisches Problem. Ich denke, dass sie der Bewegung schadet. Deswegen habe ich in dem Block, in dem ich demonstriert habe, Jugendlichen sogar Steine aus der Hand genommen und in den nächsten Garten geschmissen.

SPIEGEL: Und das haben die sich gefallen lassen?

Buchholz: Ja, die haben schließlich verstanden, dass sie mit Provokationen die ganze Demonstration gefährden.

SPIEGEL: Ist Gewalt gegen Sachen Ihrer Meinung nach erlaubt?

Giegold: Im Prinzip nein. Es kann aber Formen von symbolischem Protest geben, wo das in Ordnung ist - zum Beispiel wenn man in Gorleben symbolisch und, zuvor öffentlich angekündigt, ein Eisenbahngleis auf dem Weg zum Castor-Verladeort zersägt. Sabotage-Aktionen würde ich allerdings nicht gutheißen.

SPIEGEL: Der Mann mit dem Feuerlöscher war von Ihrem Vorbild Gandhi, dem gewaltfreien Widerstandskämpfer gegen das Kolonialsystem, relativ weit entfernt.

Giegold: Es gibt einen ganz klaren Beschluss von "Attac" in Deutschland zu diesem Thema: Wir halten Gewalt für politisch falsch. Aber vergessen Sie bitte nicht, dass der Gewalt in Genua ganz andere Formen von Repressionen vorausgegangen sind - gegen unzählige Hungernde in der Dritten Welt, die der reiche Westen am Boden hält und von denen er sogar Zinsen verlangt. Ich möchte das nicht gegeneinander aufrechnen, und ich weiß, das rechtfertigt nicht, Menschen anzugreifen. Aber es ist auch eine Form von Gewalt.

SPIEGEL: Haben die Krawalle in Genua Ihrem Anliegen geschadet oder genützt?

Giegold: Unser Schwerpunkt liegt in der Bildungsarbeit vor Ort, in Vorträgen und Aktionen, das reicht vom Straßentheater bis zur schwimmenden Steuerrose auf der

Alster in Hamburg, die wir dort symbolisch ins Wasser gelassen haben. Allerdings bekommen wir dafür kein SPIEGEL-Gespräch, das ist mir auch klar. Das Medieninteresse am Gipfel hilft uns also, unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

SPIEGEL: Was hat sich mit Genua geändert? Haben Sie jetzt verstärkt Zulauf?

Giegold: Es ist irre. "Attac" hatte bis vor kurzem nur 500 Mitglieder in Deutschland. Zurzeit bekommen wir 30 neue pro Tag. Mit denen müssen wir unsere Forderungen jetzt so formulieren, dass sie breite gesellschaftliche Unterstützung finden.

SPIEGEL: Wir haben hier sehr ernsthaft miteinander geredet. Gleichwohl leben wir in Zeiten hoher Einschaltquoten für jedes noch so unsinnige Comedy-Format, vor allem Jüngere finden das "cool" oder "kultig". Wie erklären Sie sich das?

Zillig: Wir sollen glauben, dass uns irgendwelche Fernsehinhalte pauschal beglücken können. Das tun sie nicht, und ich glaube, das merken die meisten Leute auch.

Buchholz: 65 Prozent der Bevölkerung sympathisieren mit unseren Protesten, solange sie friedlich sind. Das widerlegt doch die These von der Spaßgesellschaft, in der sich alle nur noch amüsieren wollen. Die Erfahrung von Solidarität und Stärke ist gerade für junge Leute am Ende viel attraktiver.

Giegold: Ich empfinde diesen Gegensatz zwischen Spaß- und Protestgesellschaft überhaupt nicht. Meine politische Arbeit macht mir Spaß, und es ist für Tausende von Jüngeren cool, in einer solchen internationalen Bewegung dabei zu sein.

SPIEGEL: Frau Buchholz, Frau Zillig, Herr Giegold, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

© SPIEGEL ONLINE 2001 Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet AG

2-gemeinsame Wissensaneignung...

Die Globalisierung des Ungefähren

Hubert Erb 05.08.2001

Warum man über diffuse Begriffe genauer nachdenken sollte Der unselige Begriff Globalisierungsgegner wird mittlerweile ebenso inflationär wie unreflektiert benutzt. Der Tod in Genua hat zusätzlich einen Sog hin zu hysterischer Solidarisierung ausgelöst, der notwendige und rationalere Diskurse einzuebnen droht. Die Spaßpolitiker der Love Parade kümmert das alles ohnehin nicht „Face the Future, it's never easy" ("The Survivors", Pet Shop Boys 1996) Das Faszinosum Tod, es hat dem Spektakel in der norditalienischen Hafenstadt den entscheidenden Kick verpasst. A Star was born, ein Märtyrer, wie er im Buche steht und im katholischen Italien beliebt

ist. Eigentlich habe Carlo Giuliani ja an dem schicksalshaften Julitag baden gehen wollen, hieß es. Aber dann sahen in einem Einsatzwagen eingeschlossene und von mehreren Angreifern bedrohte junge Polizisten, wie der verhinderte Badegast Giuliani plötzlich mit einem Feuerlöscher [0] auf sie zustürmte. Hmmm, möglicherweise wollte er als fanatischer Nichtraucher nur die Zigarette eines nervösen Wageninsassen löschen oder vielleicht auch mit Sonnenstich nur eine spontane kleine Rave-Schaum-Party veranstalten oder den vom Trottoir aufgelesenen Löscher bei den Beamten als Fundsache abgeben. Aber der 20-jährige Polizist wählte natürlich die falsche Quizantwort und dachte: der will mich damit umbringen oder zumindest schwer

verletzen. Und so zog er in einer Kurzschlussreaktion seine Waffe und schoss. Auf den vorliegenden Pressefotos [1] war zu sehen, dass es durch das kleine Wagenfenster auf kurze Distanz kaum möglich gewesen sein konnte, auf ein Bein zu zielen, was offiziell nach Polizeiausbildung verhältnismäßig gewesen wäre. Der junge Beamte (kein stilisierter John-Woo-Killer) zielte sicherlich notgedrungen auf einen Arm und schoss daneben. In den Kopf. Und so ging der Mann mit dem Feuerlöscher doch noch baden. Sowas zu schreiben ist natürlich zynisch. Aber es wirkt beispielsweise auch zynisch, immer von AktivistInnen und DemonstrantInnen zu reden, nie von PolizistInnen und SoldatInnen. Und es scheint, dass langsam so gut wie jede noch so gewalttätige Aktion als vorbeugende Notwehr gegen die behelmten Menschen in Uniformen interpretiert wird. Gegen die verhassten Büttel der "Globalisierung", die alle wie Dirty Harry mit gezückter Waffe herumlaufen und "Make my Day, Globalisierungsgegner" raunzen. Fragt sich nur, warum sich da so viele so heftig angesprochen fühlen. Kurze Rückblende: nach 1989 hatten viele gedacht, das Leben sei gelaufen. Man richtete sich wehmütig in seiner kleinen linken Idylle ein und hängte sich verstockt eine DDR-Fahne in die gute Stube. Vor allem taten das Leute, die freiwillig nie in die real existierende DDR gefahren wären. Honni soit qui mal y pense, sozusagen. Nur im virtuellen Raum taten sich im Laufe der 90er durch den Aufstieg des Microsoft-Imperiums neue Schlachtfelder auf, auf denen man versuchen konnte, dem allmächtigen Kapitalismus die immer höher werdende Stirn zu bieten. Aber der vor ein paar Jahren geprägte Slogan, dass die Computermaus die Waffe einer neuen Guerilla sei, war für die Medien wohl doch zu modernistisch, zu abstrakt gedacht. Dann kam das Fin de Siecle und die Schlacht von Seattle anlässlich der WTO-Konferenz Ende 1999. Und endlich rapelte es wieder im Karton, endlich war der Feind wieder fassbar, nämlich am Uniformaufschlag. Haut die Bullen platt wie Bigmac-Stullen, revisited. Ergraute Che-Guevaras und rastabezopfte Neopunker berauschten sich an der Wiedergeburt der Opposition auf den Barrikaden von Grunge-City und wurden in den kritischen Medien groß herausgeputzt. Dass es bei dieser Konferenz ja um tatsächlich sehr wichtige geplante Schurkereien [2] ging, die mit den Protesten verhindert werden konnten, ging in den romantischen Kriegsberichterstatte-Reportagen fast unter. Wichtig war, wieviele Scheiben wie schnell zu Bruch gegangen waren. Von nun an setzte sich eine aus vielen Nationalitäten zusammengesetzte Menschenmenge in Bewegung und macht seitdem Wallfahrten um den Globus, den Tagungsorten der Mächtigen nach. Eigentlich doch eine globale Aktion. Eine Folge der Globalisierung? Wer ist da gegen was? Die äußerst heterogene Masse, die sich neulich in Genua versammelte und mit der Bezeichnung "Globalisierungsgegner" einfach über einen Kamm geschoren wird, reichte von Anarchosyndikalisten über Dritte-Welt-AktivistInnen bis zu katholischen Wertkonservativen. Waren linksradikale Trotzisten nicht eigentlich die ersten Propagandisten einer Globalisierung? Es ist irreführend, Demonstrationen gegen die Beratungen von acht nationalen Staatenlenkern in Genua einfach als Aktivismus gegen einen diffusen Globalisierungsprozess zu lesen. Bush, Blair, Berlusconi und Kollegen sind nicht die Herren der "Globalisierung". Sie sind (abgesehen von Berlusconi) nicht die Herren über das weltweit agierende Großkapital. Die globalen Probleme, die ungehemmter Kapitalismus schafft und die Urheber der Probleme müssen schon präziser analysiert und benannt werden. Das Internet und die Fernreise sind auch ein Teil der Globalisierung. Ohne Differenzierungen geht es nicht! Jede Open-Source-Veranstaltung ist daher tatsächlich nützlicher als die Räuber-und-Gendarm-Spiele der "Schwarzen Overalls". Es gibt heute Schlachtenbummler, die Polizisten berufsmäßig mit Pflastersteinen und Stangen attackieren und solche, die den anderen dabei wohlwollend zusehen. Gemeinsam ist ihnen

der Glaube, sie spielten einen besonders echten Multiplayer-Level eines Computerspiels wie Counter-Strike [3] oder stünden mitten in einem Film. Nur besteht das Blut der Gegner nicht aus Pixeln und die Munition in deren Waffen ist real und scharf. Für Carlo Giuliani gab es keinen Respawn. Natürlich war, um das nicht zu vergessen, der brutale Überfall der Polizeieinheit auf die Schlafenden in ihrem Hauptquartier völlig überzogen und offensichtlich kriminell. Berlusconi ist tatsächlich so etwas wie der neue Duce (in Tateinheit mit einem italienischen Hugenberg) und damit sicherlich das, was ein Haider gerne geworden wäre. Über die finsternen Aktivitäten des italienischen Medienmoguls, der ohne jegliche politische Inhalte gewählt wurde, würde man gerne mehr Pointiertes lesen. Mag sein, dass Berlusconi die Razzia und berichtete Folteraktionen selbst angeordnet hat, obwohl das erst einmal zu beweisen wäre. Aber selbst dann sind Demonstrationen unter einem Banner, das wolkig. "Ich bin gegen Globalisierung" sagt, keine Hilfe. Besser wäre beispielsweise "gegen Berlusconisierung". Anfang der 80er brabbelten Demonstranten nämlich schon einmal genauso ungefähr, sie seien "für den Frieden". Herauskam dabei das revolutionäre Sitzen für den Frieden, Singen für den Frieden, Stricken für den Frieden, Auto-ohne-Katalysator-fahren für den Frieden undsoweiter. Und es ist ziemlich fatal, gegen bildungsbürgerliche Talkshow-Ekel mit Designerkrawatten einen Wischiwaschi-Spaßpolitikbegriff ins Feld zu führen. Die Love Parade [4] ist als politische Demonstration ein genauso falscher Mythos wie Woodstock oder das Oktoberfest. Gut, dass das Land Berlin daher endlich gegen die gepierchten Wildschweine vorgegangen ist, die den ehemals schönen Tiergarten mit ihrer Love-Kotze, Love-Scheiße und Love-Pisse wiederholt verwüstet, die halbe Stadt zugemüllt und den Bürger dafür zahlen haben lassen. Der Hauptverantwortliche Dr. Motte [5] alias Matthias Rönigh darf dafür jetzt selbst mal zahlen, und das ist auch gut so. Für seine "politischen" Schlussansprachen an der Siegestsäule, die sich seit jeher auf dem Niveau eines entrückten Gurus bewegen, sollte er sich außerdem langsam in Dr. Klamotte umbenennen. Aber ganz so harmlos ist ein Guru auch wieder nicht. In einer TV-Reportage war am letzten Mittwoch zu sehen, wie ein sogenannter Technischer Leiter und eine andere Aufseherin der Love Parade GmbH (sic!) den Zusammenbau und die Anmeldung der Umzugswagen am Tag vor dem Spektakel beaufsichtigten. Antworten auf Fragen des Kamerateams wurden mit Verweis auf einen Maulkorb von oben generell verweigert. Schließlich wurde das Reporterteam ohne Angabe von Gründen vom Gelände gejagt. Das erinnerte einen doch stark an manche Berichte, die BRD-Journalisten seinerzeit in der DDR zu machen versuchten. So sehen die Profiteure der Spaßpolitik in Wirklichkeit aus. Wer ernsthaft glaubt, dass ein aus dem Kaffeesatz der freien deutschen Jugend herausgelesener, irgendwie neuer lockerer Politikbegriff irgendwas Subversives bewirkt, bloß weil die Republik jetzt vom spannenden (gäh) Berlin aus regiert wird, der ist auf dem Holzweg. Und der hat auch leider den Paradigmenwechsel von Kohl/Lafontaine/Gerhardt zu Schröder/Fischer/Westerwelle immer noch nicht begriffen. Wer hoch auf dem bunten Wagen rumzuckt, der findet es endgeil, dass die Angie Merkel mit dem flotten Westerwelle (war mal Gaststar im BigBrother-Haus) im Cabrio spazierenfährt, wenn ein Autoverleih ihr als Werbegag eine Windstoßfrisur angehängt hat. Und im jetzt-Magazin war neulich zu lesen, dass ein polnischer Jugendlicher im deutschen Fernsehen am liebsten die Reportagen von RTL2 sieht, wo "deutsche Jugendliche vom Balkon kotzen. Je blöder, desto besser". Sogar

Polen lacht also schon über uns. Trübe Aussichten mitten im Hochsommer.

Links

- [0] <http://de.news.yahoo.com/010801/71/1t9av.html>
- [1] <http://de.news.yahoo.com/010801/71/1t9av.html>
- [2] <http://gw.eduhi.at/programm/dehmer/links/wto.ht>
- [3] <http://www.counter-strike.net>
- [4] <http://www.loveparade.de/start.html>
- [5] <http://www.drmotte.de>

Artikel-URL:

<http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/9226/1.html>

Copyright © 1996-2001 All Rights Reserved. Alle Rechte vorbehalten Verlag Heinz Heise, Hannover

Zwischen Göteborg und Genua:

Rainer Falk

Wir sind keine Globalisierungsgegner

Die sinnlose Gewalt am Rande des EU-Gipfels in Göteborg, die Schüsse der Polizei ebenso wie das Zerstörungswerk einiger Desperados, und die Vorbereitungen auf den diesjährigen G8-Gipfel in Genua zeigen, dass die soziale Bewegung, die sich seit den 1990er Jahren am Rande großer internationaler Konferenzen formiert, in eine kritische Phase getreten ist. Wenn diese Bewegung eine Zukunft haben soll, duldet die Klärung des eigenen Selbstverständnisses jetzt keinen Aufschub mehr. Dabei geht es keineswegs nur um die Aktionsformen; entscheidender noch ist die Entwicklung einer tragfähigen programmatischen Perspektive. Eine Intervention von Rainer Falk. Für das Schicksal einer gesellschaftlichen Bewegung sind mehrere Faktoren von Bedeutung: die Fähigkeit zur realistischen Selbsteinschätzung, die Gewinnung einer historischen Perspektive, das Ausmaß und die Dauer der gesellschaftlichen Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen und nicht zuletzt die Entwicklung praktikabler und überzeugender Alternativen. Gemessen an diesen Kriterien, lassen sich viele Fragen nach den Perspektiven der neuen globalen Protestbewegungen derzeit nur schwer eindeutig beantworten.

Anti-Globalisierungs-Bewegung?

Das beginnt bereits mit der Frage, wie dieses relativ neue Phänomen bezeichnet werden soll. Nicht nur in diskriminierender Absicht in die Welt gesetzt, sondern schlicht absurd ist die Etikettierung als "Anti-Globalisierungs-Bewegung" durch die Medien; dies schon deshalb, weil der internationale Charakter der neuen Bewegungen offensichtlich ist und sie sich in Reaktion, Parallelität und in enger Verflechtung mit dem jüngsten Schub der kapitalistischen Globalisierung herausgebildet haben. Wie Maria Mies in ihren neuen Buch treffend schreibt, ist der "Globalisierung von oben" gleichsam eine "Globalisierung von unten" entgegengesetzt. Der begrifflichen Falle und der Abstempelung als (rückwärts gewandte und hinterwäldlerische) "Globalisierungsgegner" versuchen manche dadurch zu entrichten, dass sie von "globalisierungskritischen" Bewegungen sprechen oder betonen, dass sich der Protest gegen die "neoliberalen" bzw. die "konzernorientierte" ("corporate") Globalisierung richtet. Natürlich ist dies besser, als die Terminologie der Gegenseite einfach zu übernehmen, dennoch spiegelt auch dies eine gewisse Verunsicherung wider. Man sollte offensiver herangehen und sagen: "Wir sind keine Globalisierungsgegner, wir sind für die Globalisierung der Gerechtigkeit!" Denn im Grunde genommen geht es um eine Bewegung für globale Gerechtigkeit, und zwar in ihrer ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimension. Immer mehr? Für manche stellt sich

die Sache so dar, als habe alles mit einer Art Urknall in Seattle am Rande der Ministertagung der Welthandelsorganisation (WTO) Ende 1999 begonnen, und seither habe es von Gipfel zu Gipfel "immer stärkere" Demonstrationen gegeben. Dies verkennt sowohl die Geschichte als auch die konkrete politisch-konjunkturelle Dynamik der neuen Bewegungen. Die Geschichte der Protestbewegungen und Parallel- oder Gegenveranstaltungen zu großen internationalen Konferenzen lässt sich ziemlich genau bis Mitte der 1980er Jahre zurückverfolgen. Sie tauchten bezeichnenderweise fast zeitgleich mit der Einführung des "G-Worts" in den allgemeinen politischen Sprachgebrauch auf, m.W. erstmals am Rande des Weltwirtschaftsgipfels (G7) 1985 in Bonn. Der erste "andere Wirtschaftsgipfel" ("The Other Economic Summit" - TOES) fand 1988 in Toronto statt. 1988 folgten der Internationale Gegenkongress und die große Demonstration mit 80.000 TeilnehmerInnen zur Jahrestagung von IWF und Weltbank in West-Berlin. 1989 tagte parallel zum Weltwirtschaftsgipfel in Paris ein "Gegengipfel der Ärmsten" mit über 3000 TeilnehmerInnen. Ein Blick in die Jahrgänge dieses Informationsdienstes genügt, um festzustellen, dass die meisten großen internationalen Ereignisse der 1990er Jahre - nicht nur die G7-Gipfel, auch die großen Weltkonferenzen der Vereinten Nationen und mehr und mehr die Jahrestagungen internationaler Organisationen - von Alternativbewegungen und Parallelveranstaltungen begleitet waren. Dabei waren diese Aktionen keineswegs durch eine unilineare Aufwärtsbewegung charakterisiert, in deren Gefolge "wir immer mehr geworden" wären. Bei aller Tendenz zur Globalisierung hing die Fähigkeit zur Mobilisierung immer sehr stark von den lokalen Gegebenheiten, vor allem den spezifischen Traditionen, Schwächen und Stärken der politischen Kräftekonstellationen vor Ort ab sowie auch vom Grad der Konkretisierung, in der globale Probleme ernsthaft bearbeitet wurden. Hervorgehoben werden müssen hier die großen Menschenketten am Rande der Weltwirtschaftsgipfel von Birmingham (1998) und Köln (1999), die einen Höhepunkt in der Bewegung für die Streichung der Auslandsschulden der Dritten Welt darstellten, aber auch die gewerkschaftlichen Massendemonstrationen im Vorfeld des G7 in Lyon (1996) und des EU-Gipfels von Nizza (Ende 2000).

Heterogene Basis

Zu Recht wird auf den heterogenen und "unvollständig" Charakter der sozialen Basis der Bewegung für globale Gerechtigkeit verwiesen. So zeigte sich in Seattle zweifellos eine neue Stärke der amerikanischen Protestbewegung, die nicht zuletzt durch das Zusammenspiel von Gewerkschaften und NGOs beflügelt wurde, jedoch bleiben wesentliche Sektoren der amerikanischen Linken, z.B. die Bewegungen der Afro- und der Latino-Amerikaner, bis heute ausgeklammert. Zwar nimmt die Tendenz zu neuen Allianzen zwischen "alten" und "neuen" sozialen Bewegungen zu; doch finden die jeweiligen Aktionen oft in relativer Unverbundenheit einfach an verschiedenen Tagen nacheinander statt. Nicht bestritten werden kann auch die "Ungleichzeitigkeit" der neuen Bewegungen. Nach den Höhepunkten in Seattle und Davos 1999/2000 war bereits bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 2000 in Prag eine gewisse "Demonstrationsmüdigkeit" unübersehbar. Andererseits zeugt der große Erfolg des Weltsozialforums Anfang 2001 von der Bereitschaft, sich auch ohne den äußeren Anlass einer offiziellen Gipfelveranstaltung inhaltlich zu vernetzen.

Radikalisierung oder Ritualisierung?

Eine der fragwürdigsten Diagnosen besteht in der These einer zunehmenden "Radikalisierung" der neuen

globalen Bewegung. Dieser Eindruck wird teilweise stark durch die Medien vermittelt (siehe etwa das inzwischen vielfach kolportierte und eingängige Bild von der "Neuen Internet-Guerilla", das die "Financial Times" nach dem Scheitern des MAI prägte), andererseits aber von einigen Aktivisten selbst behauptet. Er soll die Legende der stetig anschwellenden Massenbewegung auf der inhaltlichen Ebene ergänzen. Die am Rande der Gipfelkonferenzen zum Einsatz kommenden Praktiken der "medialen Inszenierung" des Protests transportieren, ungeachtet der Verschiedenheit der Anlässe, ein bewusst simplifiziertes Bild einfacher Konfrontationen und Dichotomien. Während jedoch z.B. in Seattle und in Quebec im Frühjahr 2001 klar umrissene Projekte der internationalen Handelspolitik - eine neue Liberalisierungsrunde in der WTO oder die Schaffung der gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA - Zielscheiben der Kritik waren, trat bei anderen internationalen Aktionen des Jahres 2000 immer mehr die schlichte Forderung nach Schließung von Konferenzen und Institutionen in den Vordergrund. So sehr die Resonanz in den Medien den Aktionen "Glanz" verleiht, so wenig kann die damit einher gehende Gefahr der Ritualisierung des Protests übersehen werden.

Notwendige Trennlinie

Die immer wieder konstatierte "Radikalisierung" erschöpft sich leider oft darin, dass einige Gruppen ihr Heil in der bloßen Konfrontation mit der Polizei suchen. Ihre Bereitschaft zur adäquaten Analyse der herrschenden Verhältnisse ist äußerst begrenzt. Geringe Kenntnisse internationaler Strukturen paaren sich oft mit der geradezu manischen Anprangerung einer angeblich globalen und von langer Hand angelegten kapitalistischen Verschwörung. Die notwendige kritische Analyse bleibt dabei ebenso auf der Strecke wie die konkrete Problembearbeitung. Abstrakte Losungen wie "Zerschlagt den Kapitalismus" ("Smash capitalism") vermögen vielleicht ein paar Verzweifelte und Gestrauchelte zu mobilisieren. Wenn dabei nur noch das "Zerschlagt" übrig bleibt, handelt es sich in der Tat um die Aktionen von "Desperados", wie sie den progressiven Bewegungen in der Geschichte schon immer geschadet haben. Ironischerweise geht es letztlich nur noch um die Zertrümmerung irgendwelcher Produkte, die dieses System mit großer Effizienz bereit stellt. Das gibt dann allenfalls der Nachfrage auf den kapitalistischen Warenmärkten neuen Auftrieb. Eine soziale Bewegung lässt sich darauf nicht aufbauen. Die Bewegung für globale Gerechtigkeit muss deshalb eine klare Trennungslinie gegenüber solchen Tendenzen ziehen, wenn sie sich auf Dauer nicht selbst zerstören will. Die Geschichte der sozialen Bewegungen zeigt in aller Deutlichkeit, dass sich protestierende Gruppen nur dann in eine erfolgreiche Massenbewegung weiterentwickeln können, wenn sie sich auf weit verbreitete Unzufriedenheit stützen und eine praktikable Alternative anbieten können. Auch wenn wir hier keineswegs am Punkte Null stehen - letzteres ist die vielleicht wichtigste Herausforderung, der sich die neue Bewegung für globale Gerechtigkeit gegenüber sieht.

© Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung,
2001

zu Noam Chomsky "Profit over People"

Neoliberalismus und Globale Weltordnung erschienen im Europ Verlag

aus dem amerikanischen von Michael Haupt

in USA 1999 und in Europa 2000 veröffentlicht

Inhalt

Einleitung von Robert W. McChesney

I. Neoliberalismus und globale Weltordnung

II. Konsens ohne Zustimmung: Wie man das Bewußtsein der Öffentlichkeit reglementiert

III. Die Leidenschaft für freie Märkte

IV. Marktdemokratie und neoliberale Ordnung: Theorie und Praxis

Neoliberalismus das vorherrschende Paradigma

kleine Gruppe von Kapitaleignern gelingt, zum Zwecke persönlicher Profitmaximierung möglichst weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu kontrollieren das private Untenehmerum fördert an die Unfehlbarkeit des unregulierten Marktes der Neoliberalismus funktioniert am besten in einer formellen parlamentarischen Demokratie ein entpolitisiertes, von Apathie und Zynismus befallenes Staatsbürgertum wie schädlich sich der Neoliberalismus auf eine bürgerorientierte politische kultur auswirkt Konzerne zahlen gegenüber Konzerne das Zehnfache spiegeln auch die Wahlen Marktprinzipien wider ·Demokratie benötigt eine Vielzahl nichtkommerzieller Organisationen und Institutionen die neoliberale Demokratie die den Markt über alles stellt. Sie bringt keine Bürger, sondern Konsumenten hervor, keine Gemeinschaften, sondern Einkaufszentren. So entsteht schließlich eine atomisierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen, die sich demoralisiert und ohnmächtig fühlen. ·Konzerne sind ihrer Struktur nach totalitäre Organisationen ·Er weist nachdrücklich daraufhin, das es zu keiner formellen Verschwörung zwischen den einzelnen Machtkonzernen bedarf ·ist eine direkte Aufforderung an die demokratischen Aktivisten, unser Mediensystem umzukrempeln, damit es sich antikapitalistischen Untersuchungen und Perspektiven öffnen kann. ·alles hängt davon wie wir reagieren, uns organisieren, handeln. das wir in diesem regressiven System gefangen sind, weil die Menschenheit einfach unfähig ist einen huamneren demokratische Ordnung zu errichten

I.

* Der >Konsens von Washington<

"Nach dem zweiten Weltkrieg übernahmen die USA aus eigenem Interesse die Verantwortung für das Wohlergehen des kapitalistischen Weltsystems" Gerald Haines Historiker

1971 bezogen sich 90 % der internationalen Finanzgeschäfte auf reales Kapital – Handel oder langfristige Investitionen – und 10% auf spekulatives Kapital.

* Der Neoliberalismus – eine neue Lehre?

* Wie sich Länder entwickeln

freie Marktwirtschaft kontra staatl. autoritäre Marktwirtschaft wie zum Beispiel Japan. Anders als in Ostasien wanderten damit die Profite ebenso wie die Kontrolle über die Kapitalströme ins Ausland ab. Anscheinend hat die Offenheit gegenüber der internationalen Wirtschaft, gepaart mit der Unfähigkeit, das Kapital und die Reichen ebenso zu kontrollieren wie die Armen und die Arbeiter, Lateinamerika erhebliche Kosten beschert.

"sogar politische unabhängige Länder der Dritten Welt, die gezwungen wurden, ihre Märkte für westliche Produkte zu öffnen" (Wirtschaftshistoriker Paul Baroich). Zur gleichen Zeit schützten die westlichen Gesellschaften sich vor der Marktdisziplin und erlebten einen wirtschaftlichen Aufschwung.

* Neoliberale Lehren

Aber die "real existierende Doktrin der freien Marktwirtschaft" zerstörte diese Sektoren der indischen Industrie, wie sie es schon mit der Textilindustrie, dem Schiffbau und anderen Wirtschaftszweigen getan hatte. Die Entwicklung sollte komplementär und nicht etwa konkurrierend sein.

1994 brach Kenias Textilindustrie zusammen, als die Regierung Clinton Einfuhrquoten verhängte und damit einen Weg verspernte, den noch jedes Industrieland gegangen ist. Zugleich werden afrikanische Reformer aufgefordert, die Bedingungen für den freien Handel endlich zu verbessern – natürlich im Sinne der Investoren.

· "nahezu alle Großfirmen weltweit ihre Strategie und ihren Wettbewerbsvorteil dem entscheidenden Einfluss regierungspolitischer Maßnahmen und/oder Handelsbarrieren verdanken" Winfried Ruigrock und Rob van Tulder. Adam Smith' Loblied auf die Arbeitsteilung ist wohlbekannt, nicht aber seine Verurteilung ihrer inhumanen Auswirkungen, die die Menschen "so stumpfsinnig und einfältig" machen, "wie ein menschliches Wesen eben nur werden kann."

· das das Verhältnis zwischen den USA und der UNO sich mit der fortschreitenden Entkolonialisierung rapide verschlechterte, weil die Vereinten Nationen sich nun nicht mehr als US-amerikanisches Forum instrumentalisieren ließen.

· wobei ihnen vor allem die Ausrichtung auf die Dritte Welt ein Dorn im Auge war.

· "die US – amerikanische Industrie stärker vor Importen geschützt habe als jeder seiner Vorgänger in den letzten fünfzig Jahren"

* Die Welthandelsorganisation "Amerikanische Werte exportieren"

WTO Abkommen zur Telekommunikation

* Die Welthandelsorganisation: ein ungeeignetes Forum

"Helms Burton Gesetz, das "die Vereinigten Staaten dazu nötigt, Sanktionen gegen ausländische Firmen zu verhängen, die Geschäfte in Kuba tätigen"-die USA legen Veto gegen eine Verbindlichkeit/ Anerkennung der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs · zu Cuba Transport von Arzneimitteln nicht direkt behinderte ihn aber mit so

bedrohlichen Kautelen versah, der Transport von Kautelen bleibt weiterhin verboten

· "wir uns zusammen mit anderen multilateral verhalten, wenn wir es können, und unilateral, wenn es sein muß"

Internationales Recht und Demokratie sind eine gute Sache – aber nur, wenn man sie nach dem Ergebnis beurteilt. Für den Freihandel gilt dasselbe.

Die früheren GATT – Handelsabkommen enthielten Ausnahmeklauseln für den Fall, daß die Mitgliedstaaten ihre innere Sicherheit bedroht sahen.

* Unlautere Gedanken

"wenn wir öffentlich erklären, daß unsere Sicherheit bedroht, lachen sich 40 Millionen Mexikaner tot" und noch mehr über Cuba, aufgrund einiger Artikel von 1988 und 1985. Cuba leistet am meisten Entwicklungshilfe

· das Clinton in seiner Begeisterung für den Freihandel "Mexiko ein Abkommen aufzwang, das dem Transport billiger Tomaten in die USA ein Ende bereitet"- ein Geschenk an Floridas Tomatenzüchter, das Mexiko mit jährlich mit etwa 800 Millionen Dollar bezahlt und das gegen NAFTA – sowie WHO- Abkommen verstößt (wenn auch nur "dem Geiste nach", denn es handelte sich um ein reines Machtspiel, das keine offiziellen Zölle benötigte).

IV.

"den ewigwährenden Kampf um das Bewusstsein des Menschen"

Eine von der Weltbank in Auftrag gegebene Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, das die neue Lehre "eine dramatische Verschiebung der Politik von pluralistischen und partizipatorischen zu autoritären und technokratischen Vorstellungen" darstellt, die im übrigen nicht nur mit zentralen Elementen liberaler und progressiver Theorien des 20. Jahrhunderts, sondern auch mit dem leninistischen Modell in Einklang stehen; Liberalismus und Leninismus weisen überraschende Ähnlichkeiten auf, die indes selten bemerkt werden.

· Gehen wir nun über zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), jenem "historischen" Abkommen, das, wie Lakoff meint, die Demokratie in Mexiko entsprechend US-amerikanischen Vorstellungen fördern soll. Auch hier lohnt es sich, genauer hinzusehen. Das Abkommen wurde gegen den beharrlichen Widerstand der Öffentlichkeit durch den Kongreß gepeitscht, während die Geschäftswelt und die Medien davon schwärmten und allen Beteiligten das Blaue vom Himmel versprachen.

· die Studie belegt den Einfluß des Abkommens auf die Verhinderung von Streiks (von Kate Bronfenbrenner, Arbeitsökonomin an der Cornell Universität im Auftrag gegeben vom Labour Secretariat der NAFTA)
· Die Anzahl dieser temporären Schließungen (wg. Streik) liegt heute dreimal so hoch wie vor dem Freihandelsabkommen, insbesondere bei weniger Standortgebundenen Industriezweigen.

"bemerkenswerten Zurückhaltung bei Lohnforderungen"

Mexiko, Haiti, Präsident Aristide

· Zur Reform gehörte natürlich auch die Aufhebung der Einfuhrzölle.

~
"exportorientierte Handels- und Investmentpolitik ... den einheimischen Reisanbauern das Wasser abgräbt" Feststellung der USAID von 1995

Lateinamerikanische Wissenschaftler weisen darauf hin, daß die jüngste Demokratisierungswelle mit neoliberalen Wirtschaftsreformen zusammenfällt, was zu einer zynischen Befürwortung formaldemokratischer Verfahrensweisen führe.

· Merkantilismus der Konzerne

·Vergleichen wir Adam Smith' Prinzip, daß die- zum Beispiel grenzüberschreitende- Bewegungsfreiheit von Personen ein wesentliches Moment des Freihandels ist, mit der Welt transnationaler Konzerne, die strategischen Bündnisse eingehen und von mächtigen Staaten entscheidend unterstützt werden, so erkennen wir die Kluft zwischen Ideologie und Wirklichkeit.
·daß die Vereinigten Staaten zum Beispiel im Hinblick auf die Sterblichkeit von Kinder unter fünf Jahren von allen Industrienationen am schlechtesten abschneiden und neben Kuba rangieren – einem verarmten Land, das seit vierzig Jahren den Angriffen der nachbarlichen Supermacht ausgeliefert ist.

Internationaler Währungsfonds und Weltbank

Ziel war es bei der Währung Konferenz der UNO 1944 eine funktionsfähiges Weltwirtschaft System zu installieren. Gegründet wurde die Weltbank und der IWF 1945 . 1995 waren 177 Länder Mitglied im IWF. Aufgaben und Ziele des IWF sind: -Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Währungspolitik -Forderung des Wachstum des Welthandel -Bereitstellung von Finanzmittel für Kredite Struktur des IWF Organe des IWF sind der Gouverneursrat(grundsätzliche Entscheidungsrechte)Und Exekutivdirektorium (laufende Geschäfte) . Im Gouverneursrat hat jedes Mitgliedsland ein Governersitz. Das Exekutivdirektorium als ständiges Organ besteht aus 24 Direktoren. Die Stimmrechte der Mitgliedsländer setzen sich aus der finanziellen politischen und wirtschaftlichen Kraft der einzelne Länder zusammen. Warum werden Länder Mitglied im IWF? Kredite vom IWF sind meist von geringer Höhe Harte Auflagen verbunden mit der Bedingung von Struktur anpassungsprogrammen für die einzelne Länder. Worunter meist Subventionsabbau in sozialen Bereichen, Privatisierung von Staatsbetrieb., Markt Zugang für internationale Konzerne. Diese Maßnahmen führen meist zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerungen. Diese IWF Kredite sind Voraussetzung für Kredite von anderen Ländern von Privat Banken oder der Weltbank. Dort gibt es auch wesentlich höhere Kredite mit einer längeren Laufzeit. Die Aufgabe und Bedeutung von IWF und Weltbank haben sich stark verändert, in den 70 und 80 Jahre als viele Entwicklungsländer in die Schuldenfahle geritten. Nun wurde die Aufgabe des IWF Länder vor den Bankrot zu bewahren. Einige Staatskrisen gingen in die Geschichte ein. So unter anderen die Mexiko –Asienkrise und Russlandkrise. In Folge von IWF Kredite kam ,es unter anderen in Venezuela, zu Hunger Revolten.
Nach 20 jährigen fehl Krisenmanagement bei der Bekämpfung der Armut wurde 1999 auf den Weltwirtschaftsgipfel in Köln eine Entschuldungsinisative der 41 verschuldeten Länder beschlossen. In den letzten Jahren hat sich innerhalb des IWF die Sicht ihrer Arbeit, bei der Bekämpfung der Armut geändert ob dies sich auch langfristig auf ihre Programme auswirken wird sich erst noch zeigen.
Weltbank Ebenfalls 1945 gegründet. Am Anfang bestand ihre Aufgabe Kredite für die Europäischen Länder zum Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg zu gewähren

Heute stellt die Weltbank langfristige Kredite für Länder 2/3 Welt zu Verfügung. Genau genommen besteht die Weltbank aus drei Banken. Strukturen und Stimm Anteile An der Spitze der Weltbank ist der Gouverneursrat(Oberste Entscheidung und Kontrolorgan) und das Exekutivdirektorium. An der Verwaltungsspitze steht der Präsident meist ein US Amerikaner. Dazu gehören mehrere Vizepräsidenten.

Vorläufer der WTO das GATT

Freihandel
Machtkampf zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt ·nach dem 2 ten Weltkrieg eine stabile freihändlerische Ordnung
·1944 Bretton Woods ,UN- Konferenz *Gründung des IWF und der Weltbank
der IWF sollte Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Währungspolitik,
die Sicherung der Währungsstabilität und Finanztransaktionen fördern/
Zahlungsbilanzschwierigkeiten mit Krediten aushelfen,
Die Schwesterorganisation Weltbank stützenden Rahmen für
Auslandsinvestitionen bilden
die Stimmrechte hängen von der Höhe der Einzahlungen der Länder ab, conträr zur UN. Die Aktivitäten wurden durch das GATT "Allgemeine Zoll und Handelsabkommen ergänzt"- 30.10.1947 GATT Teil IV der ITO, doch ITO von den USA verhindert, Status eines multilateralen Abkommens
Ziel des GATT die Gatt Prinzipien P siehe MFN, Inländerbehandlung, Reziporität, Tarifizierung und Ausnahmen ReziporitätP das Gatt Prinzip der Gegenseitigkeit bindet Handelszugeständnisse an gleichwertige Gegenleistungen der Vertragspartner, ebenso wie es Abwehr- und Gegenmassnahmen auf ein den Restriktionen entsprechendes Mass beschränkt. Mit dieser Regel werden also auch strafaktionen gegen vorgeblich "unfaire" Handelspartner begründet. 1966 wurde formal die Möglichkeit der Nicht-Reziporitätbei Vergünstigungen für Entwicklungsländer aufgenommen. ZollsenkungenP ZolleskalationP Steigerung der Zölle auf Primärgüter je nach Verarbeitungsstufe(z.B gerösteter/ ungerösteter Kaffee); so wird die gewinnbringende weiterverarbeitung in den Exportländern unterdrückt Kennedy Runde(1964 1967) tokyo runde (1973 1979) Uruguay Runde (1986-1994)
UNCTADP United Nations Conference on Trade and Development, Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, bestimmt durch die entwicklungs-länder NTM/NNTHP Non-Tarif Measures Nichttarifäre Handelshemmnisse, nicht auf Zöllen basierende handelspolitische Massnahmen(Import Quoten, Auflagen, Komplizierte Bestimmungen) häufig als untransparent und protektionistisch angesehen MFAP Multi Fibree Agreement, Welttextilabkommen, schützt die Industrieländer mit Quotenregelungen vor der Konkurrenz aus dem Süden, in der Uruguayrunde wurde das MFA als Zugeständniss an die Entwicklungsländer in das GATT mit einbezogen und sein langsames Auslaufen beschlossen die Umsetzung ist allerdings fraglich.
TNC/TNKP Transnational Coporation/ Transnationaler Konzern 1995 Errichtung der WTO die Institutionalisierung des GATT(Überführung des G. in die W.)

Struktur der WTO
* das höchste Organ die Ministerkonferenz sie tagt alle 2 Jahre
* der Allgemeine Rat/General Council trifft sich halbjährlich, überwacht
| Umsetzung der Abkommen

die Streitschlichtungsstelle (Dispute Settlement Body) Organ zur Überprüfung nationaler Handelspolitiken (Trade Policy Review Body)

▷ Einzelabkommen: GATT 94 GATS General Agreement on Trade in Services, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, am 30.10.47 in Genf von zunächst 28 Staaten unterzeichnetes multilaterales Abkommen zur Liberalisierung des Welthandels, das vor allem in den bisher 8 großen Verhandlungsrunden vertieft und erweitert wurde, Sekretariat in Genf 1995 in die WTO überführt TRIP Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights, Abkommen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT über handelsbezogene Aspekte des Schutzes geistiger Eigentumsrechte (Patente, Lizenzen; Warenzeichen etc.) Zukunftsaussichten WTO bedeutet die Anpassung und Erweiterung von Normen und Regulativen des Weltmarktverkehrs Weltmarktakteure (Konzerne) und Instrumente WTO, GATT, IWF, OECD, BIZ Instrumente kapitalistischer Globalisierung (Weltmarktagenturen) Massgebliche Akteure "hochkonzentrierte und -zentralisierte Einzelkapitalen, vor allem der avanciertesten kapitalistischen Gesellschaften, sowie in deren Finanzkapital" noch fehlen 2 Weltmächte in der WTO, Russland und China

Protektionismus des Nordens oder Forderungen zur ökologischen Reform des WTO-Regimes

1. multilaterale Umweltabkommen
2. Verankerung des Vorsorgeprinzips
3. Produktionsbezogene Umweltstandards
4. Abbau umweltschädigender Subventionen

Gegen die Machterweiterung der WTO
WTO hat zur Konzentration des Wohlstandes in der Hand einiger weniger geführt nicht nachhaltige Muster der Produktion des Konsums das WTO System seine Gesetze und Verfahren undemokratisch, undurchsichtig und nicht berechenbar führt zu weiteren Liberalisierung das Regelwerk der WTO wird anderen übergestülpt

Ein neuer "Global Player"?

Möglichkeiten und Grenzen der G-8-Außenminister
von Michael Schmunk

Die G-8: Längst ist dieses Etikett ein Synonym für die Gruppe von Staaten geworden, die sich im Konzert der Mächte eine besondere Verantwortung für zunächst wirtschaftliche und dann auch politische Stabilität in dieser Welt auferlegt haben. Seit sie sich 1975 in Rambouillet – damals waren es noch sechs Staaten (ohne Kanada und Russland) – erstmals traf, sind umgekehrt auch die Erwartungen der Welt an diese Gruppe gewachsen, insbesondere dort steuernd ein- und neue Themen aufzugreifen, wo in Ermangelung einer "Weltregierung" oder zumindest einer effektiveren Organisation der Vereinten Nationen (UN) Handlungsdefizite bestehen. Andere wiederum, und darunter nicht selten die, die sich bislang vergeblich um Aufnahme in den prestigebeladenen Kreis bemüht haben, werfen den Acht vor, sich ohne demokratische Legitimierung oder auch ohne Mandat Befugnisse angemaßt zu haben, die nur dem UN-Sicherheitsrat zukommen. Die G-8 selbst haben solche Hoffnungen bzw. Befürchtungen stets zurückgewiesen. Sie wollen sich nicht einmal in die Nähe einer Rolle gedrängt sehen, die als Vorstufe einer "Weltregierung" oder zumindest als "encompassing coalition of major States" gewertet werden könnte, selbst wenn die Notwendigkeit global abgestimmten Handelns in unserer sich globalisierenden Welt unumgänglicher scheint denn je. Spätestens seit der deutschen Präsidentschaft 1999 haben diese Diskussionen jedoch neue Nahrung erhalten. Die G-8 und hier zuallererst die Gruppe der acht

Außenminister, stellten damals unter Beweis, dass ihre Treffen nicht nur dem Diskutieren, Appellieren und lockerem Verabreden dienen, sondern sehr wohl auch konkrete, operative Politik zum Gegenstand haben können. "Erlösung um 21.04 Uhr" meldete die Presse ebenso erleichtert wie anerkennend aus Köln, wo die G-8-Außenminister in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni 1999 mit der Formulierung des Entwurfs einer Resolution des UN-Sicherheitsrats das Ende des Jugoslawien-Krieges herbeigeführt hatten. Die Aushandlung eines Friedensplans für Kosovo durch die Außenminister der Acht hatte die Welt aufhorchen lassen und ihre Aufmerksamkeit auf dieses Forum gelenkt. Auch im diesjährigen Treffen der G-8-Außenminister, das am 12. und 13. Juli in Miyazaki (Japan) stattgefunden hat, sehen die Medien Substanz und neue Ideen: "G-8 entwerfen Plan zur Konfliktverhütung". Von den "kleinen Gipfeln" der Chef-Außenpolitiker der sieben größten Industriestaaten und Russlands gehen zunehmend wichtige politische Anstöße aus. In Miyazaki, kurz vor dem 26. Wirtschaftsgipfel der G-8-Staats- und Regierungschefs auf Okinawa (21.-23. Juli 2000), verabschiedeten die Außenminister in Umsetzung ihrer grundlegenden Beschlüsse² von Berlin (16./17. Dezember 1999) ein operativ angelegtes Rahmenkonzept zur Konfliktprävention. Die Entwicklung von Strategien zur Verhütung gewaltsamer Konflikte, angestoßen von Bundesaußenminister Joschka Fischer, ist zum Markenzeichen der G-8 geworden.

Die Acht verpflichteten sich in Miyazaki – und andere Staaten wie internationale und regionale Organisationen werden ermutigt – möglichst noch vor Ausbrechen, dann aber in jedem Stadium eines ablaufenden Konflikts alle Anstrengungen zu unternehmen, diesen mit friedlichen Mitteln zu beenden. Breiten Raum nahmen auch die Erörterungen der Außenminister zu globalen und regionalen Fragen ein; Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung stehen dabei im Vordergrund. Ihre schon traditionellen, insbesondere von den betroffenen Staaten mit Aufmerksamkeit verfolgten Stellungnahmen zu regionalen Krisenherden treffen die acht Außenminister bewusst in präventiver Absicht, "innere Einmischung" nicht scheuend. Verfolgen also die G-8-Außenminister gezielt eine "neue Agenda"? Wollen sie als "neue globale Spieler" auftreten? Ein Blick auf die Entstehung, Struktur und Arbeitsweise der Acht dürfte hier Klarheit bringen.

Von den G-7 zu den G-8
Vor allem die Notwendigkeit zur Koordinierung weltwirtschaftlicher, währungs- und finanzpolitischer Prozesse hatte die Staats- und Regierungschefs der großen demokratischen, hochentwickelten Industrienationen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und den Vereinigten Staaten erstmals im Jahr 1975 zusammengebracht. 1976 schloss sich Kanada an – die "G-7" waren geboren. Sie wurden fortan zum Synonym für die "Weltgipfeldiplomatie" schlechthin. Dass 1977 die Europäische Gemeinschaft (EG), vertreten durch die Kommission, in Anerkennung ihrer wirtschafts- und handelspolitischen Zuständigkeiten hinzukam, änderte nichts an der Zählung der Mitglieder: die EG sollte ihr Gewicht beratend da einbringen, wo sie auch in Brüssel für die Gemeinschaft sprach. Wenn sie auch nicht "mitgezählt" wird, so hat die Europäische Union (EU) heute doch einen quasi gleichberechtigten Status, mit leichten Einschränkungen im außen- und sicherheitspolitischen Bereich. Doch dies könnte sich ändern, denn seit der Schaffung der neuen Institution des "Hohen Repräsentanten" im Jahr 1999 sitzt auf Vorschlag der damaligen deutschen G-8-Präsidentschaft neben dem Kommissionsvertreter Chris Patten auch Javier Solana mit am Tisch. Zu den G-8 transformierten sich

die G-7 mit dem stufenweisen Hineinwachsen des neuen Russlands. Vor allem die USA, aber auch einige Europäer sahen die politische Notwendigkeit, den demokratischen Nachfolgestaat der Sowjetunion weltwirtschafts- wie friedenspolitisch einzubinden und dem Land auch einen gebührenden Platz in der einflussreichen3 weltpolitischen Struktur der G-7 einzuräumen. Nahm Präsident Boris Jelzin am Tokio-Gipfel 1993 noch als Gast eines Sondertreffens mit den sieben Staats- und Regierungschefs teil ("G-7 plus 1"), führte die wachsende russische Beteiligung ab Neapel 1994 schon zur Bildung der "P-8" ("Politischen Acht"). Denver im Jahr 1997 schließlich wurde zum Geburtsort der G-8: Russland nimmt seither an allen G-8-Treffen als gleichberechtigtes Mitglied teil und bekennt sich zur gemeinsamen Wertordnung der Acht.

Denver bedeutete allerdings nicht das Ende der G-7: die eigentlichen "großen" Industrie-länder tagen in diesem Format, vor allem im Kreis der Finanzminister sowie der Notenbankchefs, auch weiterhin zu spezifisch wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Fragen ohne Russland. Den G-8-Gipfeln der Staats- und Regierungschefs ist ein kurzes G-7- Gipfeltreffen vorgeschaltet. Russland ebenso wie die G-7-Partner akzeptieren diese Lösung, nicht zuletzt aus der Einsicht heraus, dass Russland auf absehbare Zeit eines der "Sorgenkinder" der G-7 bleiben wird. Die Aufnahme Russlands hat nicht nur die Integration dieses großen und wichtigen Landes sichergestellt und Moskau eine angemessene Mitwirkungsmöglichkeit gesichert, die es kooperativ und konstruktiv nutzt. Mit dem Übergang von den G-7 zu den G-8 haben sich auch der Charakter, die Themen und die Arbeitsweise verändert. Die G-8 sind noch politischer geworden, enger orientiert am globalen krisenhaften Tagesgeschehen. Außen- und sicherheitspolitische Themen haben auf Grund der bitteren Erfahrung der Völkergemeinschaft, in zunehmendem Maße gewaltsame Konflikte vor allem innerhalb von Staaten schlichten zu müssen (Bosnien, Kosovo, Ost-Timor), an Bedeutung gewonnen. 1999 haben sie ohne Zweifel den G-8-Prozess dominiert und selbst den Kölner Wirtschaftsgipfel überschattet. Automatisch ist damit den Außenministern der G-8 eine neue, stärker operative Rolle zugewachsen.

Die Rolle der Außenminister
Strukturen und Arbeitsweise der G-8 sind Außenstehenden und auch der politikwissenschaftlichen Analyse weitgehend entzogen geblieben. Was sind die G-8 eigentlich? Hatten sich zunächst nur die Staats- und Regierungschefs einmal jährlich getroffen, so wurde mit der Aufnahme immer neuer Themenfelder (Energieversorgung, Entwicklungspolitik und Schuldeninitiativen, Umwelt und Weltklima, Terrorismus und internationale Kriminalität, strukturelle Wirtschaftskrisen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion, Afrika und Asien) eine arbeitsteilige Vorbereitung der Gipfel unausweichlich. Neben den Staats- und Regierungschefs treffen sich heute regelmäßig die Außen- und Finanzminister, aber auch die Innen-, Umwelt- und Entwicklungsminister. Während die Finanzminister im G-7-Format schon früh selbständige Treffen durchgeführt haben, mit eigener Agenda und inhaltlicher Ausgestaltung der Wirtschaftsgipfel, "verselbständigten" sich die G-8- Außenminister erst nach Denver 1997, ausgelöst durch die neue Vollmitgliedschaft Russlands sowie das starke Anwachsen außenpolitischer Aufgaben, die an die Acht herangetragen wurden. Für die hervorgehobene Rolle der Außenminister ist aber auch das veränderte Themeninteresse ausschlaggebend, das nicht mehr allein auf wirtschafts-, währungs- und finanzpolitische Fragen beschränkt ist. Vielmehr wird die Notwendigkeit gesehen, sich zu allen Fragen zu äußern, die für "Modernes Regieren im 21. Jahrhundert" 5 als wesentlich erachtet werden. In London 1998 bestritten die Außenminister erstmals ihren eigenen "Gipfel", gefolgt 1999 von Köln und in diesem Jahr von Miyazaki. In der britischer

Präsidentschaft, die sich mit Nichtverbreitungsfragen im Zusammenhang mit den indischen und pakistanischen Nukleartests sowie der Russland-Hilfe befasste, sowie der deutschen Präsidentschaft, die Problemen Kosovo, dem Stabilitätspakt und der Krisenprävention gewidmet war, führten die G-8-Außenminister erstmals eine Reihe von Sondertreffen durch, die die operative Lösung konkreter außen- bzw. sicherheitspolitischer Probleme zum Ziel hatten. Die ganzjährigen G-8-Präsidentschaften und Gipfeltreffen werden vor allem von den "Sherpa"-Stäben und den Stäben der Politischen Direktoren vorbereitet. Die Sherpas sind in der Regel in den Apparaten der Staats- und Regierungschefs verankert, in einigen Fällen auch in den Außenämtern. Sie konzentrieren sich auf die Vorbereitung und Durchführung der Weltwirtschaftsgipfel und machen im ersten Halbjahr einer jeden Präsidentschaft Vorschläge für die jeweilige "Gipfelphilosophie". Bei der Erarbeitung der inzwischen recht umfangreichen Gipfelkommuniqués stützen sie sich bei den wirtschafts-, finanz-, entwicklungs- und umweltpolitischen Themen auf Mitarbeiter aus den Außen-, Finanz- oder Wirtschaftsministerien.

Die Politischen Direktoren sind in den Außenministerien beheimatet und leiten dort die zentralen Politischen Abteilungen. Sie kennen sich aus der Zusammenarbeit in EU, NATO und OSZE sowie von regelmäßigen außen- und sicherheitspolitischen Konsultationen, auch mit Japan. Ihnen obliegt die Vorbereitung und Durchführung der Treffen der G-8- Außenminister, die beispielsweise die außen- und sicherheitspolitischen Passagen der Kommuniqués der Staats- und Regierungschefs (im Wesentlichen zu aktuellen Krisenregionen) vorschlagen. In regelmäßigen Vorbereitungssitzungen entsteht auf diese Weise die vielschichtige Politik der Acht. Immer wieder ist die Schaffung eines Sekretariats oder gar eines "Hauptquartiers" erwogen worden – nicht zuletzt die jeweils amtierende Präsidentschaft sehnt sich angesichts der Fülle und Intensität der Arbeiten nach Unterstützung eines kontinuierlichen Apparats. Dass es dazu nicht gekommen ist, hängt vor allem mit dem Selbstverständnis der G-8 zusammen. Sie sehen sich als informelle Gruppe gleichgesinnter, gleichberechtigter, handlungsfähiger und vor allem handlungswilliger Staaten. Abgesehen von der internen Steuerungsfunktion der jährlich wechselnden Präsidentschaft sind die Acht "hierarchie-frei". Die mit der Vorbereitung befassten Personen haben inzwischen ein komplexes, häufig genutztes Netzwerk sowie enge und vertrauensvolle Beziehungen geschaffen, die den G-8 ein globales "governing without government" ermöglichen. Die Zahl der Beamten und Diplomaten, die in den Kanzlerämtern, Außen- und Finanzministerien hauptamtlich im G-8-Prozess arbeiten, ist beträchtlich gewachsen.

Die Acht machen Politik nicht auf der Basis eines schriftlich festgelegten Regelwerks, sondern auf gegenseitigem Verständnis und durch Verabredungen, selten durch "Beschlüsse". Sie entfalten ihre Wirkung primär über (zum Teil umfangreiche und detaillierte) Kommuniqués und Presseerklärungen. Das Konsensprinzip führt zwar häufig nur zu dem "kleinsten gemeinsamen Nenner", angesichts des enormen Gewichts und Einflusses der Acht als Gruppe entfalten diese Positionen im internationalen System aber nicht selten richtungsweisende Kraft.

Konkurrenz zur UN?

Die G-8 repräsentieren keinen klar definierten, abgegrenzten geographischen Raum, sind also keine klassische Regionalorganisation wie etwa die EU, die NATO, die OSZE, die OAU oder ASEAN. Sie sind global ausgerichtet, aber nicht repräsentativ: weder sind alle Kon-

tinente berücksichtigt noch alle politischen Kraftzentren, die sich bis zum Beginn dieses Millenniums herausgebildet haben. Weit wichtiger noch: Die G-8 haben weder Rang, Mandat noch die moralische Kompetenz der UN. Dennoch scheint ihnen mehr und mehr die Rolle zumindest eines "Standby-players" für politische wie wirtschaftlich-finanzielle Krisen zuzuwachsen. Bei gewaltsamen Konflikten schaut die Welt schon längst nicht mehr nur nach New York: Von den Außenministern der Acht erwartet man Stellungnahmen, Ermahnungen an die Konfliktparteien und schließlich konkrete Beiträge zum Management von Konflikten und zu ihrer Beilegung. Dahinter steht nicht nur der Verdruss über Schwächen des UN-Systems, wie die ausbleibenden Reformen, einschließlich des hauptverantwortlichen Sicherheitsrats. Es besteht einfach Bedarf an Akteuren, die weltweit zur Stabilität wie zum Management des Millennium-Projekts "Globalisierung" beitragen können. Die G-8 haben zwar keineswegs eine elitär-hegemoniale Ordnungsrolle; ein "Direktorat" wollen sie nicht sein. Sie sind jedoch, wie auch einige rein regional operierende Organisationen, dem UN-System an Realitätssinn, Effizienz und Flexibilität überlegen. Für den Haupttypus gegenwärtiger Krisen (innerstaatliche schwerste, systematische Menschenrechtsverletzungen) wie für die Lösung neuer globaler Problemstellungen (z.B. Cybercrime, nukleare Sicherheit und moderne Krisenprävention) scheinen sie nicht selten komparative Vorteile zu haben. Diese Krisen und Probleme dulden keinen langen Aufschub mehr: die menschliche Sicherheit hat hohe Priorität. Lösen die Vereinten Nationen sie nicht, sind andere in Frage kommenden Spieler gefordert: die G-8 und die Regionalorganisationen. Das Privileg des Sicherheitsrats, dem die Mitglieder "die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" übertragen (Art. 24 der Charta), wird, das nicht exklusiv, auch nicht verletzt. Die Schaffung von Frieden und Sicherheit ist kein Exklusivrecht, sondern kollektive Verpflichtung: alle, die dazu einen Beitrag leisten können, sollen teilhaben. In der sich herausbildenden Weltordnung des 21. Jahrhunderts werden andere Spieler wie die G-8, regionale Organisationen, selbst Schlüsselstaaten und Nichtregierungsorganisationen immer dann zu Frieden, Sicherheit und Stabilität beitragen müssen, wenn die Vereinten Nationen dazu nicht in der Lage sind. Dies dürfte nach Kosovo die überwiegende Meinung sein. Vorrangiges Prinzip bleibt aber auch, dass die Grundlage dieser "Geschäftsführung ohne Auftrag" immer die völkerrechtliche Legitimation durch den Sicherheitsrat bleiben muss. Die G-8 haben hiermit keine Probleme – im Gegenteil: die große Mehrheit ihrer Mitglieder benötigt schon aus innenpolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen ein solches Mandat. Dass gerade die G-8-Außenminister – die die Schlüsselstaaten der UN-Familie repräsentieren – aufgerufen sind, die Reform der Vereinten Nationen mit Nachdruck zu verfolgen, dürfte ein ungeschriebenes Gebot sein.

. Copyright W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld Aktuelle Ausgabe der Zeitschrift "Internationale Politik", 2000, Nr. 8

Anmerkungen

1 Zu den G-8 gehören Deutschland, Frankreich, die USA, Italien, Großbritannien, Japan, Kanada und Russland 2 So der Titel der 559. Wilton-Park-Konferenz vom März 1999 3 Vgl. die Auszüge der Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs der G7/G-8-Länder am 20. Juni 1999 in Köln, in : Internationale Politik (IP), 8/1999, S. 99ff. 4 Vgl. zu den G-7-Gipfeln besonders Robert Putnam und Nicholas Bayne, Weltwirtschaftsinfel im

Wandel, Bonn 1985, sowie jüngst Karl Kaiser, John J. Kirton, Joseph P. Daniels (Hrsg.), Shaping a new International Financial System. Changes of governance in a globalizing world, Aldershot usw. 2000. Als "Biograph" der G-8 bietet die "G 8 Research Group" der Universität Toronto via Internet eine Fülle von nützlichen Daten, Informationen und Analysen an: g8info@library.utoronto.ca. 5 So der Titel einer Reihe von Treffen einer Gruppe von Staats- und Regierungschefs des "Dritten Weges" (nicht der G-8); zum letzten Treffen in Berlin vgl. die Dokumentation in: IP, 6/2000, S. 137 ff.

3-insbesondere Genua...

FelS (Für eine linke Strömung, Berlin)

G8 - treffer ... versenkt!

Vom 20. bis zum 23. Juli 2001 kommen die Regierungschefs der acht mächtigsten Staaten der Welt in der norditalienischen Hafenstadt Genua medienwirksam zum alljährlich stattfindenden G-8 Gipfel zusammen. Wie in den vorherigen Jahren werden die Ministerpräsidenten in wohlklingenden Erklärungen beteuern, dass es ihnen um nichts weniger als um das Wohl der gesamten Menschheit geht. Alle sollen an den neuen Kommunikationstechnologien, an Wohlstand, Frieden, Umweltschutz und Fortschritt teilhaben können.

In diesem Sinne stehen unter anderem Themen wie die Internationale Finanzpolitik, der Ausbau der Schuldennitiativ, eine Reform der Weltbank sowie die Armutsbekämpfung auf der Tagesordnung. Es entsteht der Eindruck, die selbst ernannten Manager des Weltgeschehens hätten aus vergangenen Fehlern gelernt. Neuerdings angereichert um soft skills wie Demokratie-, Sozial- und Umweltstandards wird jedoch die Liberalisierung des Weltmarktes nach wie vor als Wundermittel zur Bekämpfung der Armut in der Welt vorgeschlagen. Denn nur dies könne bewirken, dass »die Früchte der Globalisierung in allen Teilen der Welt ankommen« wie es Vicente Fox, der mexikanischer Präsident, ausdrückt.

Doch während viele Statistiken ein Wirtschaftswachstum anzeigen, bedeutet die neoliberale Umstrukturierung der Wirtschaft für weite Teile der Bevölkerung eine drastische Verschlechterung ihrer sozialen Situation. Die dem wirtschaftsliberalen Paradigma folgenden Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF, die vielen Ländern in den vergangenen Jahren zur Bekämpfung der so genannten Schuldenkrise aufgezwungen wurden, haben zur Folge, dass immer mehr Lebensbereiche nach der kapitalistischen Verwertungslogik umgestaltet werden.

Nur wenige privilegierte Sektoren der Bevölkerung haben die Chance, vom grenzenlosen Wettbewerb zu profitieren. Für die Mehrheit dagegen bedeutet Freihandel unter anderem die drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise, die Zerstörung öffentlicher und regionaler Versorgungsstrukturen und damit einen verschärften Kampf um das tägliche Überleben. Doch nicht nur im Süden, auch in den reichen Ländern des Nordens wird die Vorstellung von einem selbstbestimmten Leben mehr und mehr zur illusionären Utopie. Der vermeintliche Sachzwang Globalisierung legitimiert

die umfassende Ökonomisierung des Sozialen. Hinter der zum Naturgesetz erhobenen kapitalistischen Verwertungslogik taucht die soziale Dimension lediglich als rhetorische Formel auf oder wird neuerdings mit der permanenten Rede über Eigenverantwortung der so genannten Zivilgesellschaft und ihren Agenten, den NGO, überlassen. Wer in dieser Ordnung gewinnt und wer verliert, belegen zahllose Berichte - selbst von Institutionen wie der Weltbank. Ganz oben auf der Rangliste steht zwar nach wie vor der weiße heterosexuelle Mann, der Patriarch hat jedoch ausgedient. Der neue gefragte Typus des »winners« ist allzeit mobil und flexibel, entbunden von der nunmehr rückschrittlich erscheinenden Rolle als Versorger. Im antikapitalistischen Widerstand darf es nicht allein darum gehen, einzelne Kongresse zu verhindern, sondern darum, das Grundprinzip zu bekämpfen, das weltweit alle Lebensbereiche, Tätigkeiten und Lebensstile nach monetären Wertungskriterien beurteilt und die Existenzberechtigung eines Menschen daran bemisst. Wir lassen uns nicht täuschen vom Diskurs der Herrschenden über Demokratie, Menschenrechte, Integration und Mitbestimmung. Im Namen der »Demokratie«, die den freien Markt meint, wird Marginalisierung legitimiert, im Namen der »Menschenrechte« Kriege geführt. »Integration« bedeutet die Unterordnung unter das Phantasma der »Leitkultur«, und »Mitbestimmung« Selbstausbeutung. Während sich die Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und den USA in Genua gepflegt darüber unterhalten, wie sie dieses System der Weltordnung effektiver machen werden, werden wir sie mit Widerstand konfrontieren.

G-8-Treffen besitzen kein politisches Mandat, keine Satzung und keine internationale Legitimation beispielsweise durch die UNO. Dies gerät in Widerspruch zu ihrer Wirkungsmächtigkeit. G-8-Gipfel stehen damit paradigmatisch für die Informalisierung von Politik. Dieser Logik folgend finden die meetings in hermetisch abgeriegelten Räumen, abgeschottet von der Öffentlichkeit statt. Für den Gipfel werden kurzerhand öffentliche Räume privatisiert und von einem martialischen Aufgebot an Sicherheitskräften geschützt. Mit der Wahl des Neofaschisten Silvio Berlusconi zum italienischen Regierungschef, der sich schon im Vorfeld für ein Verbot der Protestaktionen in Genua stark machte, erhält der diesjährige G-8-Gipfel eine zusätzliche politische Dimension. Wir werden uns von der angekündigten Repression nicht beeindruckt lassen. Ganz im Gegenteil. Die zahlreichen militanten Artikulationen gegen die Konstrukteure und Verfechter des Neoliberalismus und ihre Treffen in den vergangenen zwei Jahren haben gezeigt, dass sich Kritik und Widerstand nicht verbieten lassen.

In Genua und weltweit unterstützt ein breites Bündnis von Solidaritätsgruppen über Basisgewerkschaften bis zu besetzten Zentren eine Reihe von Protestaktionen während des G8:

- 19.7.: An diesem Tag stehen die MigrantInnen im Mittelpunkt
- 20.7.: Offizieller Beginn des G8 Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie etwa Straßenblockaden, um die Eröffnung des Gipfels zu verhindern, »P-8«, ein Treffen der acht ärmsten Länder der Welt
- 21.7: Großdemonstration, zu der bis zu 100.000 Menschen erwartet werden.
- 20. - 22.7.: Diskussionsforum von TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt

Infos unter:

- <http://www.genoa-g8.org/>
- <http://www.yabasta.it/>
- <http://www.italy.indymedia.org/>
- <http://www.tutebianche.org/>

Genua: Versuch einer politischen Einschätzung

Überarbeitet

Bisher ist die Berichterstattung bei indymedia, vor allem von Augenzeugenberichten, Bilddokumentationen und z.T. wichtigen Informationen geprägt. Eine politische Einschätzung, der Versuch einer strategisch orientierten Reflektion fand bisher nicht statt. Hier eine erster Beitrag für diese notwendige Debatte.

Bei denjenigen von uns, die in Genua vor Ort waren, herrscht bisher noch vornehmlich Sprachlosigkeit vor. Sprachlosigkeit angesichts eines Eskalationsniveaus militärischer Auseinandersetzungen, die keineR von uns in Westeuropa so einfach vermutet hätte. Dieser Text soll den Versuch darstellen, diese Sprachlosigkeit zu überwinden und, jenseits von Augenzeugenberichten, zu einer ersten politischen Einschätzung der Ereignisse zu gelangen.

In Genua hat der Straßenkampf, der seit Seattle die Anti-Globalisierungs-Proteste kennzeichnet, regelrecht militärische Dimensionen angenommen. Das begann schon im Vorfeld in Form eines Informationskrieges, in dessen Verlauf die italienische Regierung die Bereitstellung zusätzlicher Kühlhäuser und Särge für die zu erwartenden Toten und aufgestellte Kleinraketen auf einem nahegelegenen Stützpunkt ankündigte. Doch auch vor Ort wurden DemonstrantInnen, obwohl sie sich bereits auf dem Rückzug vom Hauptgeschehen befanden, von Panzern durch die Straßen getrieben. Eine Polizeiwache brannte komplett aus, ein Gefängnis wurde gestürmt (La Repubblica 22.7.2001). Die militanten Straßenkämpfer haben mehrere Tankstellen in der Innenstadt geplündert, um serienmäßigen Nachschub an Molotov-Cocktails zu produzieren. Die italienischen Medien berichten, militärische Einrichtungen seien in Gefahr gewesen, was die Intervention der Marine notwendig gemacht habe. Auch wurden Menschen, die vor der Polizei ins Wasser flüchteten, von Polizeibooten aus angegriffen. Und es wurde an mehreren Stellen, zu mehreren Gelegenheiten scharf geschossen, nicht nur an dem Ort, wo Carlo Giuliani aus nächster Nähe exekutiert worden ist, sondern mindestens noch beim Angriff auf eine weitere Polizeistation und bei den Krawallen am Samstag durch die sogenannte Finanzpolizei. Man kann also sagen, daß auf beiden Seiten Mittel der Auseinandersetzung gewählt wurden, die für Westeuropa zumindest im Kontext sozialer Bewegungen unüblich sind. Zunächst steht die Frage im Raum, wie dieses Eskalationsniveau erreicht werden konnte. Zunächst muß an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass jeder Ansatz von Bewegung, der es wirklich ernst meint, mit staatlicher Repression zu rechnen hat. Die historisch relativ junge internationale Bewegung gegen die Globalisierung vermittelt zumindest in Teilen einen solch entschlossenen Eindruck. Geheimdienste gehen inzwischen sogar von der Gefahr einer "neuen Qualität des internationalen Gewaltpotentials" aus, da sich bei den Protestereignissen verschiedene Erfahrungen des Widerstandes verbinden und von einander gelernt werden kann. Die staatliche Reaktionen auf diese neue Stärke einer Protest- oder Widerstandsbewegung waren eindeutig, neben dem Informationskrieg im Vorfeld (siehe oben) wurde die Militarisierung des polizeilichen Handelns vorangetrieben. Das Schießtraining von Göteborg mag dafür ebenso stehen wie die Hochrüstung des Schutzkonzeptes in Genua selbst.

Vor dem Hintergrund dieser strategischen Konstellation sollten die Ereignisse der letzten Woche betrachtet werden: als taktischer Ausdruck einer politischen Konfrontation. Auch die bisher umstrittene Bewertung des

"Schwarzen Blocks" sollte aus dieser Perspektive unter-
nommen werden. Augenzeugen berichten, daß die mili-
tanten Gruppen, die später von den italienischen Medien
als "Anarchisten" und "Schwarzer Block" homogenisiert
worden sind, am Freitag morgen (also dem Tag des Gipfel-
sturms) sich über mehrere Stunden lang quasi unbehelligt
in der Innenstadt ausagieren konnten. Ohne nennenswerte
Ein-dämmungsversuche seitens der Polizei zerstörten sie
in ganzen Straßenzügen die Geschäfte und Banken. Als
die großen Demonstrationzüge in der Innenstadt anka-
men, stiegen dort bereits dicke Rauchsäulen auf. Erst als
die Massendemos ankamen, startete die Polizei ihre Ge-
genangriffe durch sehr massiven CS-Gas-Beschuß, Knüp-
pel und Wasserwerfer, wobei diese sich vornehmlich gegen
die Demozüge richteten und nicht gegen die militanten
Gruppen. Hierbei wurde nicht differenziert zwischen Grup-
pen mit einem erklärtermaßen gewaltfreien Konzept, den
Anhängern der von den Tute Bianche propagierten defen-
siv/offensiv-Strategie (siehe unten) und eventuellen
"Schwarzen Blocks". Die Repression richtete sich also
ausdrücklich gegen die nicht-militante breite Masse, wäh-
rend im Stadtzentrum der Rock'n Roll immer noch fortge-
setzt wurde. Carlo Giuliani wurde am Rand der Tute-
Bianche- Demonstration erschossen, deren Spitze an das
Innenstadtge-biet angrenzte, als sie von der Polizei aufge-
halten und zurückgeschlagen wurde. Diese Demonstration
war straff organisiert, zielte in ihrer Militanz ausschließlich
auf die Durchbrechung von Polizeikordons und Zaun auf
dem Weg in die Rote Zone und wollte, um einer breiten
Öffentlichkeit ein politisch gezieltes offensives Vorgehen zu
vermitteln, explizit keinen Sachschaden in der Stadt an-
richten. Ein siebenköpfiges, plural zusammengesetztes
Gremium traf im Verlauf der Demonstration die Entschei-
dungen über das gemeinsame Vorgehen, die bis zum
Schluß über den (für die Menge zu leisen) Lautsprecher-
wagen an die TeilnehmerInnen vermittelt wurden. Auch das
interne Infosystem über Funk hat offenbar den ganzen Tag
sehr gut funktioniert. Es gelang so weitgehend, ein Ver-
trauen der DemonstrantInnen in die Demoleitung herzu-
stellen und (Gruppen)-Individualismen zugunsten eines
geschlossenen Vorgehens zu vermeiden. Am Rande der
Tute-Bianche- Demonstration kam es demnach auch zu
Handgemengen zwischen Demo-ordnern und Militanten,
die sich in die Masse flüchten wollten, um von dort aus
erneut auszuschwärmen. Das Konzept von zivilem Wider-
stand der Tute Bianche zielt auf eine Verbrei-terung der
Aktionsformen der Anti-Globalisierungs-Bewegung nach
dem Vorbild der Zapatisten. Dabei sind sie sehr stark auf
Transparenz und Vermittelbarkeit bedacht. Ihre Ausrüstung
(Helme, Panzerungen aus Schaumstoff und Plastik, große
Plexiglasschilder, Feuerlöscher und Flexgeräte, um den
Zaun aufzuschneiden) ist in Italien explizit legal, d.h. sie
reizen die Legalität auf sehr phantasievolle Art bis an ihre
Grenzen aus. Zudem waren Anti-CS-Gas- Brigaden im
Einsatz, die die Patronen in mit Wassern gefüllten Mülleim-
ern löschen sollten, und diverse andere Gruppen mit
besonderen Aufgaben im zu erwartenden Handgemenge.
Im Carlini-Stadion, der Homepage der Tute Bianche, wur-
den Konzepte und Entscheidungen auf Massenplena vor-
gestellt und so zumin-dest für alle nachvollziehbar ge-
macht. Entscheidungen fällte ein Delegiertentreffen der
verschiedenen italieni-schen Städte und internationalen
UnterstützerInnengruppen. Dabei gelang es, Transparenz
und demokratische Entscheidungsstrukturen nicht in
Handlungsunfähigkeit umschlagen zu lassen, v.a. weil die
einzelnen Gruppen den Erfolg des gemeinsamen Vorge-
hens im Auge hatten und nicht die genaue Durchsetzung
einer eigenen Linie oder das politische Reinheitsgebot.
Wichtig für eine Einschätzung hierzulande ist auch, daß die
Tute Bianche in der italienischen Öffentlichkeit sehr präsent
sind. Bereits vor dem Gipfel haben sie über die Medien
eine sehr breite Debatte über die Legitimität ihres defensiv-
offensiven Vorgehens geführt flankiert von einer Umfrage

nach dem Vorbild der Zapatisten, ob die Bevölkerung
es für gerechtfertigt halte, in die von Polizei und Militär
belagerte Rote Zone, wo der Gipfel stattfinden sollte,
unter Einsatz legaler Mittel und des eigenen Körpers
ein-zudringen. Gescheitert sind die Tute Bianche dies-
mal in der Auseinandersetzung mit der Polizei, aber
nicht in der Öffentlichkeit, wo sie die Auseinanderset-
zung nach wie vor mitbestimmen, wie keine linksradi-
kale Gruppe in Deutschland dies in den letzten 20 Jah-
ren vermocht hat. Ein Engpass in der gewählten Route
und das Durch-einander in der Aufstellung der Demo-
blöcke, was automatisch bei einer derartig großen An-
zahl beteiligter Grup-pen entsteht, haben dazu geführt,
daß die Demonstration zwar zeitweise die erste Poli-
zeisperre durchbrechen konnte, den dadurch gewonn e-
nen Raum aber aufgrund des sehr massiven Gegenan-
griffes nicht lange halten konnte. Doch war zum Zeit-
punkt des Todes von Carlo Giuliani, der dann zum
definitiven geschlossenen Rück-zug führte, noch nicht
das letzte Wort gesprochen.

Noch am selben Tag tauchten die ersten Meldungen
auf, unter den militanten Gruppen im Zentrum seien
zahlrei-che Provokateure der Polizei am Werk gewe-
sen. Einen Tag später belegten Filmaufnahmen, wie
größere Gruppen von Schwarzvermummten aus den
Polizeiwachen stürmten und sich aktiv unter die Ran-
dale mischten. Nach Einschätzung des Genoa Social
Forum, des breiten Bündnisses vor Ort, das die Prote-
ste getragen hat, diente die Polizeirazzia im Indepen-
dent Media Center und der gegenüber liegenden
Schule am Samstag nacht vor allem der Vernichtung
von weiterem Beweismaterial, welches die aktive Betei-
ligung von Zivilpolizisten bei den Krawal-len belegte.
Immerhin wird der Sachschaden auf über 3 Milliarden
Lire geschätzt (zerstört wurden 83 PKWs, 41 Geschäf-
te, 34 Banken, 16 Tankstellen, 3 öffentliche Gebäude -
darunter das Gefängnis, neun Postämter, vier Wohn-
häuser etc. Alle Angaben aus La Repubblica vom 22.
Juli 2001). Nach Angaben des Genoa Social Forum
wurden unter den militanten Gruppen auch europäische
und italienische Neonazis gesichtet, konkret wird eine
Gruppe von Forza Nuova genannt (il manifesto 24.7.).
Auch ein britischer Nazi-Sympathisant berichtet von
Einladungen durch italienische Faschisten (
<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9153/1.html>) .
Andererseits markiert diese Razzia aber auch den
Beginn des entfesselten Staatsterrors, der seitdem den
GlobalisierungsgegnerInnen in Genua und Umgebung
entgegenschlägt und in die Außerkraftsetzung sämtli-
cher Grund-rechte mündete. Vermutlich ist es für die
Bewegung politisch gewinnbringender, sich auf diesen
Aspekt zu kon-zentrieren und dagegen zu agieren, als
sich von den Meldungen über Provokateure und Nazis
verunsichern zu lassen.

Erst als die Lage in der Innenstadt sich weitgehend
beruhigt hatte, also am Abend nach der großen De-
monstrati-on vom Samstag, begann die Polizei mit
massiven Festnahmen. Ein beträchtlicher Teil davon
fand unter extrem brutalen Bedingungen bei der näch-
tlichen Razzia statt, die sich wiederum nicht gegen ei-
nen Rückzugsort von Militanten richtete, sondern gegen
die "Köpfe" der Bewegung, nämlich ihr Medienzentrum
und das Headquarter des Genoa Social Forum. Alles
deutet darauf hin, daß die Politik der Sicherheitskräfte
auf die extreme Eskalati-on, so wie sie stattgefunden
hat, ausgerichtet war. Eine durchschnittliche Einsatz-
leitung hätte mit polizeitakti-schen Mitteln den wenigen
tausend Militanten leicht und frühzeitig Einhalt gebieten
können, wenn das gewollt gewesen wäre. Immerhinwa-
ren in Genua 18 000 Beamte verfügbar, die Sperren

hätten errichten können, Straßenzüge räumen etc. Das alles ist jedoch nicht einmal ansatzweise passiert. Eine solche Strategie kann eigentlich nur die Spaltung der Anti-Globalisierungs-Bewegung beabsichtigen. Indem man eine Situation bewußt anheizt und so eskalieren läßt, daß es Tote gibt, der Sachschaden immens ist und die nicht-militanten Teile der Bewegung angesichts der unverhältnismäßigen Repression, die sie erlebt haben, unter Schock stehen, führt man deren dauerhafte Distanzierung vom sogenannten "Schwarzen Block" herbei. Ob die Unterwanderung des "Schwarzen Blocks" Umsetzung einer solchen Spaltungsstrategie war oder vielmehr die Berichte der vielen "Augenzeugen" selbst Teil der Desinformationskampagne sind, muss in den nächsten Tagen und Wochen geklärt werden. Besonders in der Bundesrepublik hat die Strategie der Spaltung medial offenbar hundertprozentig angeschlagen. Die Sprecher von großen NGOs sehen sich hierzulande offenbar genötigt, sich von den Militanten zu distanzieren. Die deutsche Medienberichterstattung bildet dabei weniger die realen Ereignisse von Genua ab, als daß sie ein altbewährtes Debattenschema reproduziert, das schon mehrmals eingesetzt wurde, um soziale Bewegungen zu diskreditieren: böse Gewalttäter hier, gute Friedfertige dort, die nun von Journalisten möglichst schnell zu ersteren auf Distanz gedrängt werden. Bestes Beispiel ist der Artikel "Gewalt in Weiss" in der Süddeutschen Zeitung vom Wochenende: Hier wurde das Tute Bianche-Konzept, das sich in obiges schwarz-weiss-Schema eben gerade nicht einfügt und u.a. daraus seine politische Brisanz bezieht, mal eben unter völliger Mißachtung der realen Begebenheiten dem Randal-Flügel zugeordnet, nur um das Bewertungsmuster des Autors nicht durcheinanderzubringen.

Ganz anders in großen Teilen der italienischen Öffentlichkeit: Dort wurde diesen Spaltungsversuchen offensiv entgegengetreten und die Provokation der Polizei denunziert. Genoa Social Forum- Sprecher Vittorio Agnoletto beispielsweise schätzt die Proteste von Genua trotz des extrem hohen Preises, der mit dem Tod von Carlo Giuliani bezahlt werden mußte, als Erfolg ein. Für ihn steht nicht nur die Oligarchie des G8 auf dem Spiel, sondern es geht bei diesen Auseinandersetzungen auch um konträre Konzepte von Demokratie. Eine Demokratie, die angesichts von Ausreiseverboten, hemmungslosen Prügelorgien der Carabinieri, scharfen Schüssen auf Demonstranten, Folterungen in italienischen Gefängnissen, dem tagelangen Verschwinden von Verhafteten etc. im Rahmen des entfesselten Neoliberalismus offenbar auf südamerikanisches Maß reduziert werden soll. Das Genoa Social Forum setzt auf eine breite Massenbewegung, in der keine Gruppe und keine Aktionsform ausgegrenzt wird, um die illegitime neue Weltordnung und ihre Vorstellungen einer Demokratie der Mächtigen zu bekämpfen und das Recht auf Protest und Widerstand durchzusetzen.

Auch wenn die Randal aufgrund der Beteiligung von Provokateuren und Nazis im Nachhinein wenig ruhmreich erscheint, geht es nun darum, sich vom politischen Gegner keine Debatte über die Legitimität von Mitteln des Protests aufzwingen zu lassen. Militanz war schon immer Teil einer jeden größeren sozialen Bewegung und hat auch wesentlichen Anteil an ihrer medialen Wahrnehmbarkeit und ihrem politischen Erfolg oder Mißerfolg gehabt. Auch wenn einige Aktionen mit Sicherheit zu hinterfragen sind, bleibt doch festzuhalten, dass der Sachschaden von Genua in keinem Verhältnis zu dem Elend steht, in dem die Milliarden von Ausgegrenzten weltweit leben. Jetzt ist der Augenblick, in dem sich die politische Integrität der Nichtregierungsorganisationen wie ATTAC u.a., die die Breite der Bewegung ausmachen, erweisen muß und zwar auch im Verhältnis zu und in der Abhängigkeit von eventuellen Finanziers.

Aber auch von Seiten der radikalen Linken sollte der Wille zur Einheit der Bewegung die Abgrenzungsgelüste von "reformistischen Flügeln" im Keim ersticken, denn mittlerweile sollte klar sein, daß auch radikale Strömungen auf eine breite Massenbewegung angewiesen sind, wenn sie wirklich die Verhältnisse angreifen wollen.

Die Stärke dieser jungen internationalen Bewegung liegt genau im Aufeinandertreffen verschiedenster Erfahrungen aus verschiedenen nationalen Kontexten, die bei allen Beteiligten althergebrachte Bewertungsmuster in Frage stellen. So geraten z.B. eigene Positionen zur Gewaltfrage ins Wanken, wo friedfertige deutsche Ökoaktivisten bei solchen Treffen neben militanten Waldschützern aus Kanada stehen... Dies bezieht sich sowohl auf taktische Fragen der Auseinandersetzung mit der Repression, als auch auf analytische Fragen. Offene, auf massive Beteiligung ausgerichtete Modelle der Meinungsbildung wie das von den Zapatisten geprägte erlangen darin neue Bedeutung. Großen Respekt haben die italienischen OrganisatorInnen verdient, sowohl die Tute Bianche als auch das Genoa Social Forum, das bis heute geschlossen gegen die Spaltungsversuche Front macht und die eigenen Inhalte nicht aus dem Blick verliert. Hier könnten deutsche Aktivistinnen einiges lernen, auch was Diskussionskultur angeht. Diskutiert werden müßte, wie eine offene und trotzdem zuverlässige Informationsstruktur geschaffen werden kann (die beispielsweise Beiträge von Polizei und Nazis im Netz rechtzeitig enttarnt). Die Entscheidungsstruktur des Genoa Social Forum, ein morgendliches Delegiertentreffen und allabendliches Plenum zur Mitteilung der Ergebnisse, hat sich für die Tage vor dem Gipfel als tauglich erwiesen, wurde dann aber durch den Riot außer Kraft gesetzt. Vor allem hätte der gemeinsame Rückzug aus der Stadt von vorneherein besser organisiert werden können, damit die Letzten nicht die Hunde beißen. Im Carlini-Stadion hat das ansatzweise funktioniert, dort reiste die große Mehrheit, u.a. aufgrund von Lautsprecherdurchsagen, noch am Samstag abend ab. Doch hätten hier Erfahrungen auch an andere Spektren der Bewegung vermittelt werden können.

Für eine breite und v.a. politische Diskussion!

Überregionales Forum "Genova Libera", FeS (Für eine linke Strömung), Arranca!

Berlin: Für Bewegung sorgen!

In Genua wurden alle Flügel des breiten Bündnisses Genoa Social Forum (GSF), GewerkschafterInnen, PazifistInnen, AktivistInnen aus besetzten Zentren, katholische Basisgemeinden, Tute Bianche usw. gleichermaßen verprügelt und stundenlang mit Tränengas eingedeckt. Die Botschaft war klar: Wer gegen die Weltwirtschaftsordnung demonstriert, ganz gleich in welcher Form, soll in Zukunft um Leib und Leben fürchten.

Doch trat in Italien der gegenteilige Effekt ein. Die Empörung über die Repression und den Mord an Carlo Giuliani mobilisierte noch mehr Menschen, und am Dienstag nach dem G 8- Gipfel waren im ganzen Land erneut 300 000 DemonstrantInnen auf den Straßen. Das GSF ist nicht zerbrochen, sondern mittlerweile zum überregionalen Italia Social Forum angewachsen, und über 300 Rechtsanwälte haben sich zum Genoa Legal Forum zusammengeschlossen, um ein internationales Tribunal zu organisieren

In ihrer Gründungserklärung unterstreichen sie, dass sie sich für alle 49 noch Inhaftierten einsetzen: »Es gibt keine 'Bösen', so die Zurückweisung der offiziellen Darstellung, die versucht, einzelne »Gewalttäter« für die Eskalation verantwortlich zu machen. Der italienischen Anti-G 8-Bewegung ist es gelungen, sich nicht spalten zu lassen, und ihre Breite hat angesichts des geschickten Agierens der verschiedenen Bestandteile des GSF noch zugenommen. Damit scheint sie zwei wichtige Lektionen aus der Vergangenheit umgesetzt zu haben: Dass sowohl Spaltungen als auch die Militarisierung von Auseinandersetzungen nur die Herrschenden begünstigen, und Gewaltdebatten vor allem geeignet sind, die politischen Inhalte von Widerstand öffentlich unsichtbar zu machen.

Auch führen Gewaltspiralen nach dem reaktiven Muster »Aktion-Repression-Aktion« nur dazu, dass die Bewegung immer mehr schrumpft und isolierter wird. Dieser Logik, die in Italien auch Erfahrungen aus der Autonomia-Zeit der siebziger Jahre widerspiegelt, wollten die Tute Bianche mit ihrem Konzept des »zivilen Ungehorsams« von Anfang an entgegenreten, da sie den Konflikt nicht als militärischen, sondern in erster Linie als politischen und gesellschaftlichen begreifen.

Zwar haben die Tute Bianche in Genua ihr selbst gesetztes Ziel, das Eindringen in die Rote Zone, nicht erreicht. Angesichts der polizeilichen Strategie undifferenzierten Terrors ist auch ihr Ansatz gescheitert, die Grenzen der Legitimität von Widerstand durch öffentlich hergestellte Akzeptanz zu erweitern. Doch belegt ihre deutliche Präsenz in der öffentlichen Debatte, dass es allenfalls eine taktische Niederlage war, keineswegs jedoch das Scheitern einer politischen Strategie oder einer ganzen Bewegung - wie es in Deutschland nach der Räumung der Mainzer Straße im November 1990 der Fall war. Auch die Tute Bianche wenden sich nun gegen eine Verdammung des Schwarzen Blocks, der in der von Medien und Staatsanwaltschaft proklamierten Homogenität ohnehin ein Konstrukt ist. Ganz anders scheinen deutsche Linke die Ereignisse von Genua zu verarbeiten. Von ihnen gehen derzeit die stärksten Spaltungstendenzen aus. Da werden allerlei Gerüchte vorschnell aufgegriffen und verbreitet, offenbar in dem Eifer, das eigene Handeln als »besser« darzustellen als alle anderen Ansätze. NGO-Vertreter, z.B. aus dem deutschen Attac-Spektrum, fühlen sich zu Distanzierungen genauso bemüht wie militante Aktivisten, die sich von »den Bürgerlichen« abgrenzen. Anstatt einer Debatte um zukünftige Strategien, wie die Weltwirtschaftsordnung angesichts der bisherigen Erfahrungen weiterhin delegitimiert und angegriffen werden kann, dominieren hierzulande derzeit einerseits die fruchtlose Gewaltdebatte, andererseits der entsetzte Blick ausschließlich auf die polizeiliche Repression.

In Italien hingegen wird nach vorn diskutiert. Während das GSF die Aufklärung des Geschehenen intensiv betreibt, kündigt es für Oktober und November erneute Massenmobilisierungen an. Bereits jetzt wird zu Protesten gegen den geplanten Nato-Gipfel am 26. und 27. November in Neapel aufgerufen. Und auch an anderen Fronten steht ein heißer Herbst bevor. Die Metaller der Fiom (die auch im GSF sind) wollen gegen die Tarifabschlüsse der rechten Gewerkschaften streiken und demonstrieren, und in den Schulen und Krankenhäusern beginnen Aktionen gegen die Privatisierung der Bildung und der medizinischen Versorgung. Ob es gelingt, diese erfreuliche Dynamik auch außerhalb Italiens zu entfalten, liegt im Wesentlichen am Vorgehen der Linken, auch hier in Deutschland. Bisher steht in der Genua-Nachbereitung die Polizeibrutalität sehr stark im Vordergrund. Zweifellos brauchen die Inhaftierten und Misshandelten unsere Solidarität.

Doch ist es dringend notwendig, sich der erlebten neuen Qualität von Repression auch analytisch anzunähern und

den Schock zu überwinden, um als Bewegung handlungsfähig zu bleiben. Die ausschließliche Betonung der maßlosen Repression läuft Gefahr, die großartigen Demonstrationen von Genua im Nachhinein geradezu als politischen Misserfolg erscheinen zu lassen und abschreckend zu wirken.

Diejenigen von uns, die vor Ort waren, haben dort wesentlich mehr erfahren als Polizeiprügeln: die mit Abstand größten und stärksten Demonstrationen der letzten zehn Jahre; eine öffentlich gut verankerte, hervorragend koordinierte Widerstandsbewegung; internationale Begegnungen, die in Form und Inhalt sehr bereichernd waren; einen erheblichen Sachschaden, der zum großen Teil durchaus politisch zielgerichtet war und den ohnmächtigen Zorn der Ausgegrenzten dieser Welt gut auszudrücken vermag; die Erfahrung, dass auch Konfrontationen mit der Polizei organisiert und solidarisch, also gemeinsam durchgestanden werden können; und nicht zuletzt einen breiten Grundkonsens gegen den in alle Lebensbereiche vordringenden Terror der Ökonomie. Auf dieser Basis konnten in Genua die vielfältigsten Ansätze und Mittel zum Ausdruck kommen. Gewiss, in allen Ländern koexistieren in dieser Bewegung verschiedene Positionen. Während die einen ihre Kritik auf den Finanzkapitalismus beschränken, wollen andere den Neoliberalismus als fundamentalistisches Denk-, Handlungs- und Steuerungsprinzip bekämpfen, welches die Existenzberechtigung von Menschen an deren ökonomischer Verwertbarkeit bemisst. Fakt ist jedoch, dass es keiner dieser Fraktionen einen politischen Nutzen bringen wird, die anderen öffentlich zu kritisieren und öffentlich abzuwerten. Das dürfte die Erfahrung ausreichend bewiesen haben.

Die Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen bringen wird die Bewegung nur, solange sie aus ihrer heterogenen Zusammensetzung die maximale Energie zieht, d.h. wenn die verschiedenen Flügel sich vor allem unterstützen und sich auf gemeinsame Lernprozesse und ein produktives Nebeneinander einlassen. Schließlich muss niemand gegen seine Überzeugungen den »Reformisten« oder »Radikalinskis« beitreten - sondern es geht darum, gemeinsame Kämpfe zu führen.

Anstatt uns eine Diskussion über uns selbst, unsere »Identitäten« und Aktionsformen aufzwingen zu lassen, sollten wir den Blick nach vorn richten und uns dabei auf die Gemeinsamkeit stützen, die alle Strömungen eint. Wir sollten uns für die nächsten Treffen des globalen Entscheidungskartells besser koordinieren als bisher, unsere Unterschiede dabei als sich ergänzende Werkzeuge begreifen. Wir sollten neue lokale Ansatzpunkte für Bündnisse und Aktionen suchen, die die positiven Erfahrungen aus Genua und anderen Orten auch hier nachvollziehbar machen. Wir alle haben erlebt, wie der vor allem seit der Wende in Deutschland grassierende Abgrenzungswahn, der die Reinheit der eigenen Position höher bewertet als gemeinsames Handeln, zu völliger Lähmung geführt hat. Wie können also Diskussionen, auch in der Jungle World, so gestaltet werden, dass sie Bewegungen zwar kritisch begleiten und ihren Blick schärfen, ohne aber jeglichen Ansatz von politischer Praxis wegen mangelnder Erfüllung des deutschen Reinheitsgebots zu torpedieren? Die deutsche Linke sollte den Mut zu neuen Wegen aufbringen, und auch den Mut zu neuen Fehlern. Sicher, wer sich bewegt, kann Fehler machen, aber wer sich nicht bewegt, hat schon verloren.

Zuerst veröffentlicht in Jungle World vom 15.8.2001

FelS - Für eine linke Strömung, c/o Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10967 Berlin

Eine Nachricht der Mailingliste des ATTAC-Netzwerks
zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte , July 23,
2001 9:27 PM

Die Ergebnisse des G8-Gipfels in Genua: Nichts als Heisse Luft Verden, den 23.07.01

. Attac Deutschland erkennt im Abschlußcommuniqué des G8-Gipfels nichts das geringste Zeichen eines Abrückens der G8-Regierungen von ihrer neoliberalen, anti-sozialen, und international ausbeuterischen Politik. "Dieser Gipfel hat an der Politik der G8 nichts, aber auch wirklich gar nichts geändert", so Felix Kolb, Pressesprecher von Attac. "Das Abschlußcommuniqué liest sich wie ein entschlossenes 'Weiter so' neoliberaler Politik", so Kolb weiter. Das Abschlußcommuniqué ist eine mühsame Zusammenstellung vieler ohnehin laufender Aktivitäten und Programme der G8. Die grundsätzliche Notwendigkeit den Globalisierungsprozess sozial und ökologischen zu regulieren, wird von der G8 weiter geleugnet.

Der Stillstand in der Politik der G8 wird an drei Punkten besonders deutlich:

1. In der Frage der Entschuldung der Entwicklungsländer hat es keinerlei neue Initiativen gegeben, die über den bereits verabredeten und völlig unzureichenden Rahmen der HIPC-Initiative hinausgehen.
2. Die ganze Frage nach einer Neuordnung des internationalen Finanzsystems ("Neue internationale Finanzarchitektur") findet nicht einmal mehr Erwähnung. Offensichtlich scheint für die G8 endgültig klar zu sein, dass Finanzkrisen wie derzeit in Argentinien kein systemisches Risiko für die G8 Länder darstellen und sie daher weiterhin tatenlos zusehen wollen.
3. Die G8 halten gegen alle Kritik daran fest, beim nächsten Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) einen neue Handelsrunde einzuleiten. Dies wird die Stellung der Entwicklungsländer in der internationalen Handelspolitik noch weiter schwächen.

Attac Deutschland protestiert in aller Schärfe gegen die brutale Erstürmung des Organisations- und Medienzentrums des Genua Social Forum in der Nacht von Samstag auf Sonntag. Wie Attac inzwischen von Augenzeugen und Journalisten vor Ort erfuhr, ging die Polizei mit großer Brutalität innerhalb des Gebäudes vor. So wurde im Gebäude mit Tränengasgranaten geschossen. Bei der Erstürmung wurden mindestens 20 Mitarbeiter des Genua Social Forums verletzt. "Die Erstürmung des Organisations- und Medienzentrums erweckt den Eindruck, als ob gezielt ungeliebtes Beweismaterial vernichtet werden sollte", kritisiert Kolb.

Attac wird sich nach Ende des Gipfels auch weiterhin an der Kritik des neoliberalen Globalisierungsprozesses beteiligen. Im Oktober organisiert Attac einen bundesweiten Kongress unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich". "Ein weiterer Schwerpunkt wird eine Kampagne zur Reform der Gesundheitsversicherung, mit dem Attac den Einstieg in eine Zwei-Klassen-Medizin zu verhindern", so Kolb weiter.

Bei Rückfragen:

Felix Kolb (Pressesprecher): 04231/957-593 o. 0178 / 35
94 212, eMail: f.kolb@attac-netzwerk.de

4-gegen Polizeigewalt und Staatsterrorismus – die andere Gewaltdebatte!!

Prof. Dr. Bodo Zeuner, Univ.-Prof. am Otto-Suhr-Institut der
Freien Universität Berlin Burgherrenster. 3, 12101 Berlin

Stellungnahme zum Staatsterrorismus beim Ge- nueser Gipfel

Ich bin der Vater von Katharina Zeuner, die am Morgen des 22. Juli 01 in der Schule Armando Diaz Opfer eines geplanten und brutalen Polizeiüberfalls auf friedliche und schlafende ProtestiererInnen gegen den Genueser Weltwirtschaftsgipfel wurde. Ich habe bis heute, Mittwoch, keinen Kontakt zu ihr bekommen, und ich hoffe, dass sie – entsprechend den Prognosen des Mailänder Konsulats der BRD – bald freigelassen wird.

Zugleich bin ich Professor für Politikwissenschaft und ein politisch engagierter Mensch.

Ich habe gestern bei der Pressekonferenz des Berliner Ermittlungsausschusses in beiden Rollen Stellung genommen, und bin gebeten worden, meine mündliche und spontane politische Stellungnahme nachträglich aufzuzeichnen. Das tue ich gerne:

Ich lese – zufällig – in diesen Tagen Sebastian Haffners Frühwerk "Geschichte eines Deutschen". Darin wird besonders eindringlich beschrieben, wie sich im März 1933 bei fast unverändertem Alltag die Koordinaten des Privatlebens durch die Umwandlung des preußisch-deutschen Staats in eine antihumane Terrororganisation verändert haben. Es wird auch der mangelnde Widerstand der deutschen Bevölkerungsmehrheit und ihrer Führungsgruppen aus Parteien und Gewerkschaften gegen diese Umwandlung beschrieben.

Ohne die gegenwärtige Situation mit 1933 gleichsetzen zu wollen, was selbstverständlich unhistorischer Unfug wäre, scheint mir eine Gemeinsamkeit festhaltenswert: Es kommt darauf an, der Umwandlung des dem Recht und der Demokratie verpflichteten Staatsapparats in einen Terrorapparat der Herrschenden entgegenzutreten.

Wenn Polizisten, wenn Spezialeinheiten der Polizei es sich herausnehmen, politisch unliebsame Personen, wie in Genua geschehen, mitten in der Nacht zu überfallen und brutal, ja lebensgefährlich zu verprügeln, dann ist es zu Folterkellern wie denen der SA im Deutschland von 1933 nur noch ein Schritt. Wer den Überfall auf die Diaz-Schule in Genua als irgendwie entschuldbar durchgehen lässt, leistet Beihilfe zu einer schleichenden Faschisierung der Gesellschaft. Der italienische Innenminister Scajola hat erklärt: "Die Sicherheitskräfte verhielten sich mit beispielhafter Würde und können nicht dem Spott preisgegeben werden." Dies ist exakt die Sprache von Hitler und Göring aus dem Jahr 1933. Wenn Herr Scajola nicht abgelöst wird, wenn diese Denkweise sich durchsetzt, sind wir – in Italien und in Europa insgesamt – auf dem Weg in eine andere Republik.

Neben der Parallele zu 1933 sehe ich eine andere, im Ergebnis tröstlichere, die zum Sommer 1967 in Deutschland und insbesondere in West-Berlin. Ein wildgewordener Polizist namens Kurras erschoss am 2. Juni 1967 beim von Demonstrationen begleiteten Schah-Staatsbesuch den friedlichen Demonstranten Benno Ohnesorg. Der West-Berliner Staatsapparat unter dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz stellte sich damals sofort und reflexartig voll hinter die Polizei einschließlich des tödenden Polizisten Kurras, Herr Albertz rief die Berliner auf, sich gegen den "Terror" der demonstrierenden Studenten zu wehren. Der Polizeipräsident Dünsing rechtfertigte seinen brutalen, Hunderte von Verletzten produzierenden Knüppelinsatz gegen Anti-Schah-Demonstranten vor der Deutschen Oper Berlin mit dem "Leberwurst-Prinzip": Man müsse in die Mitte hineinstecken, damit es am Ende herausquillt. – Ein paar Wochen später waren Dünsing und Albertz nicht mehr im Amt und Albertz sagte noch

Etwas später, er sei nie so schwach gewesen wie an dem Tag, an dem er sich hinter seine Prügelpolizei gestellt habe.

Wie kam dieser Wandel? Durch beharrliche Demonstration gegen Staatsterror, durch mutiges Eintreten ganz vieler Menschen, vor allem StudentInnen, auf der Straße und in den Medien für Menschenrechte, durch beharrliche Untersuchungen eines - schon damals bestehenden! - Ermittlungsausschusses gegen Übergriffe der Polizei, durch massenhafte Aufklärung gegen die damals herrschende Mediengewalt (vor allem "Springer-Presse).

Auch wenn wir wissen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, können wir aus ihr lernen. Es gibt Dinge, die gleich bleiben und es gibt Neues. Gleich geblieben ist die Unmenschlichkeit von absoluter Herrschaft und eines entfesselten Kapitalismus. Gleich geblieben ist zum Glück auch die Fähigkeit der Menschen auf der ganzen Welt, sich gegen diese Unmenschlichkeit zu wehren. Neu ist unsere Chance, uns über internet zuzusammensetzen. Neu ist, dass wir es nicht mehr mit einem deutschen, sondern mit einem italienischen, ja einem europäischen und tendenziell weltweiten Problem einer wild gewordenen Staatsgewalt zu tun haben. Neu und ermutigend ist, dass der Widerstand gegen globalisierte Ungleichheit und Ungerechtigkeit selber international geworden ist.

Der antidemokratische und bürgerfeindliche Staatsapparat des Berlusconi (und seiner Brüder im Geiste wie Schröder, Schily, Bush, Blair u.a.) ist nicht so leicht zu konterkarieren und zu delegitimieren wie der des Heinrich Albertz in West-Berlin 1967/68 (obwohl auch das uns damals viel Mühe kostete). Aber es lohnt sich, und es ist nicht chancenlos: Italien muss wieder ein Rechtsstaat werden. Und: Weder in Italien noch anderswo darf der Staatsapparat einfach so machen, was die gerade Herrschenden wollen. Und: Ohne eine demokratisch-rechtsstaatliche Regulierung des weltweiten Kapitalismus geht die Menschheit zu Grunde. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Treffen von Politikern. Aber diese Politiker müssen demokratische Politik machen und sich gegenüber dem wild gewordenen Kapital durchzusetzen versuchen.

P.S. Ich finde, dass seitens der in Genua angetretenen Gegner dieses Weltwirtschaftsgipfels zu wenig Kritik an dem ihnen aufgedrückten Etikett "Globalisierungsgegner" geübt worden ist. Meine Tochter z.B. hat im letzten Jahr viel Zeit in Mexiko, Kuba und USA verbracht; für September hat sie ein Austauschprogramm mit Studentinnen aus Sibirien mit organisiert. Globaler geht's doch kaum. Wogegen sie eintritt - und ich auch eintrete -, ist die spezifische, kapitalistische, die Konkurrenz intensivierende, die Verelendung der Verlierergruppen und die Spaltung von Gesellschaften verschärfende Form der "Globalisierung". Wie wäre es also, wenn die Presse statt von "Globalisierungsgegnern" einfach von "Internationalisten" sprechen würde?

(Quelle: www.Labournet.de)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte Sie/Euch, die folgende Erklärung zu unterstützen, indem Sie/Ihr diese im Namen Ihrer/Eurer Organisation an ausgewählte oder alle unten angehängten Adressen schickt, faxt oder mailt.

Erklärung zu den Polizeiübergriffen in Genua:

Die Unterzeichneten sind sehr besorgt und entsetzt über die Vorgänge in Genua, wo vom 20. bis zum 22. Juli 2001 das Treffen der G8-Staaten stattfand. Die Erschießung des

23jährigen Carlo Giuliani durch die Polizei am 20. Juli betrachten wir als extremsten Ausdruck unverhältnismäßiger und brutaler Polizeigewalt, die schwere Menschenrechtsverletzungen einschließt. So wurde in der Nacht vom 21. auf den 22. Juli 2001 in Genua die Schule Diaz von Einheiten der Carabinieri gestürmt. Die zum Teil noch schlafenden Anwesenden wurden von den Beamten brutal zusammengeschlagen und zum Teil lebensgefährlich verletzt. Als Vorwand für diesen Einsatz diente der unglaubliche Vorwurf des versuchten Mordes gegen einen Anwesenden, der einen Beamten mit einem Messer angegriffen haben soll. Auch die in der Schule gefundenen "Waffen" entpuppten sich später als leere Camping-Gasflaschen und ähnlich harmloses Gerät. Im Polizeigewahrsam gingen die Misshandlungen weiter: so mussten mehrere Frauen trotz schwerer Beinverletzungen etwa 18 Stunden mit erhobenen Händen an der Wand stehen, Männer wurden geschlagen und auf andere Weise misshandelt. Viele Beamte sollen den faschistischen Gruß gezeigt haben, sie hatten Mussolini-Bilder an den Wänden hängen, beschimpften die Festgenommenen als "jüdische Zigeuner" und sollen einige Gefangene gezwungen habe "Viva il Duce" zu rufen. Das Personal der Krankenhäuser, in die die in der Schule Verletzten eingeliefert wurden, berichtete von schwersten Verletzungen bis hin zu Schädelbrüchen. Viele Verletzte standen unter schwerem Schock und waren nicht ansprechbar oder wollten sich nicht berühren lassen. Krankenhausangestellte äußerten, dass sie solche Verletzungen noch nie gesehen hätten. Das Vorgehen der Polizei verletzt elementare Menschenrechte, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf rechtliches Gehör.

Wir fordern

die sofortige und bedingungslose Freilassung aller willkürlich Festgenommenen

eine gründliche und unparteiische Untersuchung der Polizeiübergriffe

die Bestrafung aller Beamten der Carabinieri und der Polizei, die sich Übergriffe zuschulden kommen ließen

den Rücktritt der politisch Verantwortlichen

Adressen:

Italienische Botschaft
Dessauer Str. 28-29, 10963 Berlin, Tel. (030) 25 44 00
Internet: www.botschaft-italien.de
eMails nur über ein Formular auf der Homepage

Italienische Kulturinstitute

(in Klammern die regionalen Zuständigkeitsbereiche)

Askanischer Platz 4, 10963 Berlin,
Tel. (030) 26 99 410, Fax 26 99 41 26,
eMail: segreteria@iic-berlino.de
Internet: www.iic-berlino.de
(Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)

Beethovenstr. 17, 60325 Frankfurt/M.,
Tel. (069) 7531123, Fax 7531143,
eMail: italcultffm@compuserve.com
(Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)

Hansastr. 6, 20149 Hamburg,
Tel. (040) 44 04 41, Fax 44 69 84,
eMail: info@iic-hamburg.de
Internet: www.iic-hamburg.de
(Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-
Vorpommern)

Universitätsstr. 81, 50931 Köln,
Tel. (0221) 94 05 61-0, Fax 94 05 61-6,
eMail: info@iic-colonia.de
Internet: www.iic-colonia.de
(Nordrhein-Westfalen)

Hermann-Schmid-Str. 8, 80336 München,
Tel. (089) 746321-0, Fax 74632130,
eMail: info@iic-muenchen.de
(Bayern)

Lenzhalde 69, 70192 Stuttgart,
Tel. (0711) 16 28 10, Fax 16 28 111,
eMail: info@iic-stuttgart.de
Internet: www.iic-stuttgart.de
(Baden-Württemberg)

Porschestra. 74, 38440 Wolfsburg,
Tel. (05361) 298 010, Fax 298 014,
eMail: iic@wolfsburg.de
Internet: www.wolfsburg.de/~iic
(Niedersachsen)

Italienische Konsulate

(in Klammern die regionalen Zuständigkeitsbereiche)

Konsularabteilung der Italienischen Botschaft
Dessauer Str. 28-29, 10963 Berlin,
Tel. (030) 25 44 00
eMail: italcons.berlino@t-online.de
(Berlin, Brandenburg)

Sielwall 54, 28203 Bremen,
Tel. (0421) 70 20 30
(Bremen und Bremerhaven)

Goebenstr. 14, 44135 Dortmund,
Tel. (0231) 57 79 60
eMail: italia.consolato.dortmund@t-online.de
(NRW - Westfalen)

Beethovenstr. 17, 60325 Frankfurt/M.,
Tel. (069) 75 310
eMail: italia.consolato.francoforte@t-online.de
(Hessen, Rheinland-Pfalz)

Schreiberstr. 4, 79098 Freiburg/Br.,
Tel. (0761) 38 66 10
eMail: italia.consolato.friburgo@t-online.de
(Bezirk Freiburg)

Feldbrunnenstr. 54, 20148 Hamburg,
Tel. (040) 41 40 070
eMail: segreteria@italconsul-hamburg.de
Internet: www.consolati-italiani.de/amburgo/
(Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-
Vorpommern)

Bischofsholer Damm 62, 30173 Hannover,
Tel. (0511) 28 10 36
eMail: italia.consolato.hannover@t-online.de
(Niedersachsen außer Wolfsburg)

Tel. (0221) 40 08 70
eMail: italcons.colonia@t-online.de
Internet: www.consolati-italiani.de/colonia/
(NRW - Rheinland)

Nordstr. 21, 04105 Leipzig,
Tel. (0341) 211 57 19
eMail: italia.consolato.lipsia@t-online.de
Internet: www.consolati-italiani.de/lipsia/
(Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)

M 1,5 , 68161 Mannheim,
Tel. (0621) 155 005
eMail: italconsul.mannheim@t-online.de
(Mannheim, Heidelberg und der Rhein-Neckar-Kreis)

Moehlstr. 3, 81675 München,
Tel. (089) 418 00 30
eMail: italcons.monaco@t-online.de
Internet: www.consolati-italiani.de/monaco/
(Bayern ohne Franken)

Gleißbühlstr. 10, 90402 Nürnberg,
Tel. (0911) 20 47 21
eMail: ital.konsulat.nbg@t-online.de
(fränkische Bezirke Bayerns)

Preußenstr. 19, 66111 Saarbrücken,
Tel. (0681) 650 33
eMail: italia.consolato.saarbrucken@t-online.de
(Saarland)

Lenzhalde 46, 70192 Stuttgart,
Tel. (0711) 25 630
eMail: italia.consolato.stoccarda@t-online.de
Internet: www.consolati-italiani.de/stoccarda/
(Baden-Württemberg ohne den Bezirk Freiburg und den
Raum Mannheim/Heidelberg)

Porschestra. 74, 38440 Wolfsburg,
Tel. (05361) 23077
(Raum Wolfsburg, Gifhorn, Helmstedt)

Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
11013 Berlin
Telefon: (01888) 17 -0
Telefax: (01888) 17 -3743 od. -3403

(Quelle: www.Labournet.de)

Eyewitness / Augenzeuge

Eine Nachricht der Mailingliste des ATTAC-Netzwerks
zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte
Friday, July 20, 2001

Hallo,

nun ist es tatsächlich passiert: Ein Demonstrant in Genua wurde erschossen, eine Demonstrantin ist schwer verletzt, wenn nicht auch tot. Es ist so unglaublich. Natürlich war damit zu rechnen, nachdem bereits in Goeteborg DemonstrantInnen angeschossen wurden. Und trotzdem kann ich es immer noch nicht recht glauben, dass es wirklich passiert ist. Ich habe euch im Folgenden eine Mail (Notizen von einem Gespräch mit einem Demonstranten in Genua) und Kurzberichte vom Indymedia-Center (www.indymedia.org) und vom Indymedia-Center Italien (www.italia.indymedia.org) angehängt. Klickt die Seiten an, wenn ihr mehr wissen wollt.

Bitte schreibt Protestfaxe/ -Mails an die italienische Botschaft und das italienische Konsulat.
Italienische Botschaft in Berlin
Dessauer Str. 28-29
10963 Berlin
Tel: 030-25 44 00
Fax: 030-25 44 01 20

Italienisches Konsulat in Köln
Universitätsstr. 81
50931 Köln
Tel: 0221-40 08 70
Fax: 0221-40 60 350
E-Mail: italcons.colonia@t-online.de

Hier die Mail mit der Gesprächsnotiz:
* Gesprächsnotiz mit D., derzeit in Genua, von Werner Rätz

D. war den ganzen Tag bei der Demonstration der Tute Bianche und kann zu anderem nur aus Informationen Dritter etwas sagen. Es hat wohl im Laufe des Tages militante Aktionen in der Stadt gegeben, bei der ein hoher Sachschaden entstand; die Polizei hat außerordentlich heftig reagiert, es gab längere Auseinandersetzungen und viele Verhaftungen. Die italienischen Medien sagen, die Auslöser dieser Stadtzerlegung seien "deutsche Anarchisten" gewesen. Die Demonstration der Tute Bianche sollte nach deren üblichem Konzept ablaufen, d.h. konsequent, aber nicht gewalttätig. In unmittelbarer Nähe (wohl direkt davor) dieser Demo hatte ein 20jähriger Spanier, der nicht zum Konzept der Tute Bianche gehörte, eine Auseinandersetzung mit der Polizei; er hatte einen Feuerlöscher auf ein Polizeiauto geworfen oder war im Begriff, dies zu tun, als er aus dem Wagen mit Kopfschuss getötet wurde; das Auto raste los und überfuhr seine Freundin, die schwer verletzt im Krankenhaus liegt. D. ist davon nicht unmittelbarer Augenzeuge, sondern befand sich an anderer Stelle in der Demo, kennt aber die Augenzeugen. Die Demo zog sich zurück und wurde dann auch von der Polizei getrieben, die Tränengas und andere Zwangsmittel einsetzte. Die Leute sind nun schon länger im Stadion und trauen sich nicht mehr raus, weil draußen alle verhaftet werden. Die Stimmung ist äußerst gereizt, die Polizeiaktion wird als Mord begriffen, alle haben Angst. Es ist bisher unklar, was sie machen und wie sie versuchen werden, da wieder raus zu kommen. Die Polizei will wohl alle weiteren Aktionen inklusive der Großdemo morgen verbieten; angesichts der gelaufenen Mobilisierung und der heute produzierten Stimmung kann das nur eine Katastrophe werden.

Gerade ein zweiter Anruf mit weiteren Details:
Alle Aktionen/Demos heute im Laufe des Tages sind massiv von Polizei angegriffen und gewaltsam, immer unter Einsatz von Tränengas, aufgelöst worden, selbst die von Liliput-Netzwerk (so was wie FairerHandel in BRD). Der Tote hat laut Autopsie zwei kreisrunde Löcher in Wangenknochenhöhe, die von Schüssen von etwa 1m Entfernung stammen; die Frau ist lebensgefährlich verletzt, Gerüchte sagen, sie sei tot, aber das ist nicht bestätigt. Hier nun die Ausschnitte von Indymedia:
* US press reports by Patricia 9:21pm Fri Jul 20 '01
A Reuters article that I read at 12:30 PM EDT on AOL online said that the protester was killed by a paramilitary trooper who shot two bullets into his head—one to the forehead and the other to the cheek—before his fallen body was backed over by a paramilitary jeep (as your photo shows). A Reuters photographer was an eyewitness to the whole thing.
* austrian tv announced second death
by akira 8:00pm Fri Jul 20 '01 (Modified on 8:23pm Fri Jul 20 '01) austrian television (orf) just announced that the girl

is dead too. this would be now two dead protestors. i don't know if this is true (hope not).
* Policebrutality against press. Police try to prevent free coverage.by yasmine 7:40pm Fri Jul 20 '01 (Modified on 8:13pm Fri Jul 20'01)
Policeofficer trashes camera of photographer trying to take photographs of brutal arrest. Lateron, photographer and filmmaker get peppersprayed in the face when trying to get to girl that was being assaulted. When I tried to take photographs of the police bashing in a glass door of an apartmentbuilding to get to some protesters that were hiding out there, a policeofficer stormed at me, took my camera, ripped out the film and then crushed the camera with his boot. He also hit me in the stomach with his baton. The protesters were teargassed and beaten. Half an hour later, a Sicilian filmmaker and I saw a girl that was lying on her knees with her hands covering her head, being kicked by a policeofficer. When we tried to get to her, we were peppersprayed in the face. Obviously, the police do not want the public to know with what brutal force they are acting against protesters. Get out your cameras!
* Tens of Thousands Protest in Genoa update 2:34pm est: there are multiple reports that there have been two deaths in Genoa, a woman was run over and a man was shot in the face by a tear gas canister. IMC-Italy is reporting that there are multiple people who have been wounded. IMC-Italy has a picture sequence which shows someone being shot. Between 70,000 and 100,000 people are in the streets of Genoa, Italy, to express dissent against the closed meetings of the Group of 8. The 'G8' -the leaders of the world's most economically powerful countries, meets yearly to discuss general international policy direction. Demonstrators from all over Europe have converged on Genoa to present alternative visions of the way the world's population could undo poverty, inequality and environmental disintegration. The Genoa Social Forum has hosted movements and groups from around the world, which have spoken of alternatives to the current destructive economic policies pursued by Western governments. Yesterday over 50,000 were in streets to state their protest for, and offer alternatives to, worldwide immigration policy (see feature on "border camps" below). Protests at the G8 meeting mark a climax of the European Summer of Reistance which has included festivals and demonstrations around the continent in places like Goteborg, Sweden, Barcelona, Salzburg, Bonn, Germany, (see climate conference feature below), to express dissent against the current form of so-called "globalization" and to move toward different forms of global unity.

update 17:11 GMT, July 20:
Demonstrators are using varying tactics in Genoa, including parades, signs, non-violent civil disobedience and more direct action to break through the "Red Zone" security barrier. Indymedia has received confirmed reports of one male dead at the hands of Italian police. Reports indicate that the death was the result of the 20 year old man's being shot with a tear gas canister launched at his head. Stay tuned to IMC Italy for up-to-the-minute updates of the G8street protests.

Scheinheilige Gewaltdebatte

Politische Gewalt mag nicht legitim sein, aber die Erfahrung lehrt: Sie ist nützlich. Sie mobilisiert soziale Bewegungen - und zwingt die Mächtigen zum Zuhören. Die Gewalt der Polit-Hooligans schadet den berechtigten Anliegen der Globalisierungskritiker. So in etwa lauten in diesen Tagen die Kommentare zu den Ausschreitun-

gen rund um den G-8-Gipfel in Genua. Sie sind schein-
heilig. Denn ohne die spektakulären Bilder brennender
Autos, verletzter Demonstranten und schießender Polizi-
sten hätten die bürgerlichen Medien den politischen Anlie-
gen der Globalisierungskritiker in ihrer Berichterstattung
kaum nennenswerten Raum eingeräumt, hätte die Frage
"Wem gehört die Welt?" es nicht auf den Titel der jüngsten
Ausgabe des Spiegels geschafft.

Unsinn?! Wer, bitte schön, hat sich für die fünfzig Prozent
arbeitsloser Heranwachsender asiatischer Herkunft im
nordenglischen Bradford interessiert, bevor sie sich näch-
telang Straßenschlachten mit der Polizei geliefert haben?
Oder für die Opfer der Globalisierung in den französischen
Vorstädten? Hätten sie lediglich Petitionen und Resolutio-
nen verfasst, wäre über keine dieser Gruppen in den
Abendnachrichten gleichberechtigt neben den jüngsten
Börsennachrichten berichtet worden. Die Erfahrung lehrt,
politisch motivierte Gewalt ist durchaus nützlich. Sie weitet
den Horizont der Bürger und lenkt ihren Blick über den
Rand eigener Befindlichkeiten und Interessen. Und sie
befördert die Durchsetzung politischer Anliegen. Bundes-
außenminister Joschka Fischer ist derzeit das wohl popu-
läreste Beispiel, wie weit man kommen kann, wenn man es
versteht, Gewalt zum richtigen Zeitpunkt, richtig dosiert und
zielgerichtet einzusetzen. Ohne Straßenscharmützel, ohne
schlagkräftige Putzgruppe, ohne die Seilschaften der ehe-
mals militanten Mitstreiter hätte Fischer es ungleich schwe-
rer gehabt, zunächst in der Frankfurter Spontiszene, später
dann bei den Grünen die Nummer eins zu werden.

Gewalt mag kein legitimes Mittel zur Durchsetzung politi-
scher Ziele sein, aber zur Mobilisierung sozialer Bewegun-
gen hat sie stets viel beigetragen. Die Studentenbewegung
der Sechziger-, die Antiatomkraftbewegung der Siebziger-,
die Hausbesetzerbewegung der Achtzigerjahre, aber auch
die rechtsradikale Jugendszene Ostdeutschlands - sie alle
wurden erst nach Tabuverletzungen mittels Gewalt zu
breiten Bewegungen.

Die Aufspaltung, hier die verantwortungslosen Gewalttätig-
en, dort die friedlichen Demonstranten mit wichtigen und
richtigen Anliegen, verkennt die Dynamik sozialer Bewe-
gungen. Zum Beispiel hätte die Fraktion der mehr oder
weniger friedlichen Verhandler während der Berliner Haus-
besetzungen aufseiten der Herrschenden schwerlich ein-
sichtige Gesprächspartner gefunden, hätten die Nichtver-
handler während der Demonstrationen nicht regelmäßig
Sachschäden in Millionenhöhe hinterlassen. Auch die Anti-
AKW-Bewegung hat enorme Schubkraft aus den bürger-
kriegsähnlichen Auseinandersetzungen um die Bauplätze
in Grohnde und Brokdorf bezogen. Es waren Initialzündun-
gen, die die Bewegung nicht spalteten, sondern erst zu
einer Kraft formierten, auf deren Basis Peaceniks und Bir-
kenstockfraktion ihren langen Marsch bis hin zum Atom-
kompromiss antreten konnten.

Wir reden hier nicht über Terrorismus, sondern über Ge-
walt im Kontext sozialer und politischer Proteste.

Und für die gilt zweierlei. Erstens: In der Regel richtet sie
sich nicht gegen unbeteiligte Menschen, und die einge-
setzten Gewaltmittel werden im Vorfeld intensiv und kon-
trovers diskutiert. (Eine Ausnahme bilden rechte Bewegun-
gen.) Zweitens: Die Gewalt bricht selten plötzlich aus, son-
dern hat meist einen jahrelangen Vorlauf. In dieser Zeit
haben die Politik und Teile der Gesellschaft, die die Deu-
tungsmacht innehaben, offenkundige Probleme erfolgreich
verdrängt. Wenn der britische Premierminister Tony Blair
überrascht feststellt, er wisse gar nicht, was an der Globali-
sierung schlecht sei und wogegen die Menschen demon-
strieren, kann das eigentlich nur eines bedeuten: Die
Kämpfe gehen weiter.

Der Tod in Genua

Von Markus Deggerich

Die Stimmung war aufgeheizt, durch Medien, arrogante
Volksvertreter, politisierte Jugendliche und betonierte
Strukturen, die ein Gefühl von Ohnmacht vermittelten.
Dann erschoss ein Polizist einen Demonstranten. Ein
Symbol, ein trauriger (vorläufiger) Höhepunkt und ein
Wendepunkt. Denn nach dem Tod von Benno Ohnes-
org spaltete sich die 68er-Bewegung. Die einen besan-
nen sich, suchten den „Marsch durch die Institutionen“,
um zu gestalten. Die anderen versuchten das „Scheiß-
system“ wegzubomben.

Sind das die einzig möglichen Konsequenzen aus dem
Tod in Genua? Der Vergleich der Bewegung an Globali-
sierungskritikern mit den 68ern hinkt. Die Protestgene-
ration von heute (die mehrere Altersgenerationen um-
fasst) ist internationaler, aber auch extrem heterogen:
Da marschieren Nonnen neben Gewerkschaftlern,
Studenten neben Ökonomen, Menschenrechtler neben
Umweltschützern. Ihnen gemeinsam ist das Gefühl der
persönlichen Ohnmacht, und das Unbehagen gegen-
über einer Politik, die einer entfesselten Globalisierung
in ihren Augen tatenlos zusieht. Die Macht der Märkte
unterhöhlt das Primat der Politik. Jede Bewegung
kennt viele Splittergruppen aber auch ihre Helden,
Vordenker und Märtyrer. Egal ob sie Che Guevara
heißen, Habermas oder Rudi Dutschke. Das fehlt den
Globalisierungskritikern heute. Das einzige, was sie
bisher zusammenhält, ist nicht ein gemeinsames Ziel,
sondern ein gemeinsames Feindbild.

Deshalb ist der Tod in Genua so gefährlich. Seit Seattle
1999 ist die Protestwelle permanent gewachsen und mit
ihr die Gewalt, die staatliche Aufrüstung, die mediale
Ausbeutung. Die tödlichen Schüsse in Genua sind der
Höhepunkt. Und keiner weiß, wie diese Bewegung, die
so schwer zu fassen ist, nun reagiert. Resignation?
Auflösung in nationale und soziale Untergruppen? (In-
ternationaler) Terrorismus? Supranationaler Dachver-
band? Oder alles zusammen?

Seit Genua ist nichts mehr wie vorher. Die Bewegung
steht am Scheideweg. Aber auch die G-8 kommen ins
Grübeln. Haben solche Gipfel noch einen Sinn?

Rechtfertigen sie den Aufwand? Welche Ziele verfolgen
sie? Tatsache ist, dass ein solches Treffen, bei dem
Märkte aufgeteilt werden, nicht demokratisch legitimiert
ist. Der Club der Starken darf sich nicht als Weltherr-
scher aufspielen. Der Einwand, es ginge nur um öko-
nomische Fragen, ist Unsinn. Ökonomie hat Auswir-
kungen auf alles: politische und soziale Systeme.
Und das ist auch das Grundproblem: Der global funk-
tionierenden Wirtschaft stehen keine entsprechenden
politischen Strukturen gegenüber, die steuernd und
ausgleichend eingreifen. Der Uno-Generalsekretär darf
für einen Abend mitessen und für seinen Aids-Fonds
betteln. Ein paar Präsidenten ärmerer Staaten dürfen
ihre Sorgen vortragen. Der eine oder andere Gewerk-
schafter übergibt am Abend vor der Eröffnung ein Posi-
tionspapier. Danach kämpft wieder jeder für sich.
Die Randalierer von Genua liefern den Staatschefs nur
einen Vorwand, sich noch stärker abzuschotten. Dabei
hatte die Gegen-Bewegung bisher durchaus kleine
Erfolge zu verzeichnen. Die starken Männer werden
gezwungen Position zu beziehen zur Besteuerung

internationaler Finanztransaktionen, zur Entschuldung, zur Umwelt, zum Zugang zu Märkten.

Die Gegenbewegung muss sich organisatorische und inhaltliche Strukturen schaffen. Sie darf bunt bleiben, weil es auch zeigt, dass die Rechte von Kindern in Pakistan durchaus zusammenhängen mit Finanzmärkten in Asien oder Umweltfragen in Südamerika. Aber sie muss verhandlungs- und arbeitsfähig werden. Und die G-8 müssen einsehen, dass ihnen trotz der Randalierer Partner gegenüber stehen, die ein Recht haben, von ihren Volksvertretern gehört zu werden. Wenn die einen nun zerfallen und sich teilweise radikalisieren und die anderen sich weiter abschotten, dann war die Gewalt in Genua nicht der Höhepunkt, sondern nur ein Vorspiel.

© SPIEGEL ONLINE 2001 Alle Rechte vorbehalten Veröffentlichung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet AG

5-der neo-liberale weltgeist – und gegenrede...

Liberalisierung der Energie-Märkte in Nord-Amerika

From: Ellen Gould
Date sent: Mon, 01 Jan 2001 21:45:17 -0800
Subject: [GATSCrit] GATS and the US position on energy

"And what the Agreement on Internal Trade is hinting at the WTO agreement on services - the GATS - will make irreversible. The US released its services negotiating position on energy on December 21st. It is clear that the Americans intend to press with all their might for new WTO rules over energy. They are proposing: 'Non-discriminatory third-party access to and interconnection with energy networks and grids, where they are dominated by government entities or dominant suppliers.' In other words, the California model applied worldwide."

<http://www.nationalpost.com/search/story.html?f=/stories/20001226/417390.html>

The Financial Post, December 26, 2000
By Murray Dobbin

The energy crisis: Ideology trumps common sense

There is a delicious free trade irony in the energy deregulation fiascos unfolding in California and Alberta - especially in the stunned disbelief coming from business. Here we have Jayson Myers, chief economist for the Canadian Manufacturers and Exporters Association (CMEA) on Alberta's sky-rocketing natural gas prices: "I think it's a major crisis. If companies have to cut costs, there will be an impact on their employment."

Earth to Mr Myers: What did you think the FTA was about? The Canada-US free trade agreement (FTA) handed the United States guaranteed access to Canadian oil and gas. During the 1988 election the CMEA was one of the most aggressive promoters of the agreement -- a deal which virtually wrote in stone that Canadian prices for natural gas would be determined by peak American demand. But, of course, it doesn't stop there -- it's the nature of ideology that the more you swallow the hungrier you get. Having given the US guaranteed access to our oil and gas (we can't reduce exports to increase domestic supply or use differential pricing) the Canadian government and the provinces are hell bent on giving up all regulatory influence over electricity prices through massive deregulation. In California, the North American pioneer in electricity deregulation, prices have actually tripled in many areas and

doubled in most, prompting the politicians to scramble for their political lives and put a cap on prices. This desperate effort to shut the barn door after the horses have escaped has brought once powerful corporations to the brink of bankruptcy: Pacific Gas and Electric and Edison face the prospect of eating \$8 billion in energy costs they can't pass on to consumers.

Kaiser Aluminum has shut its two US smelters because they can make more money by selling their electricity, and several fertilizer companies have shut down plants. Major shortages of those products are predicted for next year.

Ralph Klein is having night sweats over his political future, too, as his deregulation experiment careens out of control. The Alberta Power Pool auction of electricity in early December pushed generation prices from \$40 per megawatt hour to more than \$130. The Industrial Power Consumers Association are in full panic mode: "For some of my members it is catastrophic," said president Dan Macnamara. "These new price levels are downright scary."

Ontario's move to a deregulated market and the dismantling of Ontario Hydro has prompted power generators and marketers to talk openly about getting substantially higher prices in adjacent American jurisdictions. This will inevitably result in higher prices in Ontario.

It is a neo-liberal article of faith that deregulation increases "choice" and reduces prices. In practice it is doing neither, but when the medicine fails, the prescription is to give even stronger medicine.

Canadian governments are thus pursuing even more deregulation through more trade deals. First, there is the Agreement on Internal Trade (AIT), and then there is the services negotiations at the WTO which would make global energy deregulation literally irreversible. AIT negotiators will present provincial trade ministers with an energy chapter in February next year. If agreed to, it will most likely lead to what is called "retail wheeling" - in effect creating electricity spot markets in every province and a virtual futures' market for electricity speculators. This is a formula for wild price volatility and would make the goal of long term price stability virtually unachievable.

And what the AIT is hinting at the WTO agreement on services - the GATS - will make irreversible. The US released its services negotiating position on energy on December 21st. It is clear that the Americans intend to press with all their might for new WTO rules over energy. They are proposing: "Non-discriminatory third-party access to and interconnection with energy networks and grids, where they are dominated by government entities or dominant suppliers." In other words, the California model applied worldwide. This little holiday announcement is like the Grinch who stole Christmas for hard-pressed Californians threatened with the potential collapse of their entire electrical system. Yet with no appreciation of the irony involved, the US claims that this new energy regime will make energy supplies "reliable" and "...benefit residential consumers and social services, as well as employment .."

Canada is apparently supporting the US position. Electricity and gas are not just products like toasters and light bulbs. They are critical elements in the functioning of the economy. If you list all the factors that contribute to competitiveness, and to economic stability, predictable energy prices rank high on the list. Actively pursuing policies that create price volatility is ideology run amok. Imagine interest rates being decided not by the Bank of Canada, but by picking the rate from a hat every two weeks.

~
The CMEA's Mr. Myers told me he wasn't familiar with the GATS energy negotiations. Maybe he should pick up the phone and call Canada's negotiators -- before it's too late.

Document: WTO DECISION ON IMPLEMENTATION

(Quelle: TWN AND SUNS INFO SERVICE ON WTO ISSUES, 11 Jan 2001)

Further to the article we sent you earlier today on the report and analysis of the outcome of the WTO on implementation issues, we are attaching below the actual decision made by the WTO General Council on 15 Dec 2000.

With best wishes

Martin Khor

Third World Network

JOB(00)/8205/Rev.2 - (8234) - 15 December 2000

Implementation-Related Issues and Concerns: Draft General Council Decision Revision

The General Council,

Having regard to Articles IV.1, IV.2, IV.5 and IX.1 of the Marrakesh Agreement Establishing the World Trade Organization (WTO);

Considering the importance which Members attach to implementation-related issues and concerns as reflected in paragraphs 8 and 9 of the Geneva Ministerial Declaration, in the preparatory process for the Third Ministerial Conference and in numerous subsequent discussions in the General Council;

Considering that the Decision of the General Council of 3 May 2000 provides that the General Council in Special Sessions shall address issues and concerns raised by Members in connection with the implementation of some WTO Agreements and Decisions;

Recalling further that the Decision of 3 May 2000 provides that the General Council shall assess the existing difficulties, identify ways needed to resolve them, and take decisions for appropriate action;

Taking into account the work programme on implementation issues agreed by the General Council at its first Special Session on 22 June 2000 which provides that, in the light of the progress made until then, the third Special Session will take decisions for appropriate action where possible;

Recalling the mandate given to the Chairman of the Council for Trade in Goods and the consultations held on the issue of transition periods under the Agreement on Trade-Related Investment Measures;

Taking into consideration the requests made to the Director-General to work with the relevant international standard-setting organizations and relevant intergovernmental organizations on the issue of the participation of developing countries in their work;

Recalling further that the following implementation-related issues were referred to the relevant WTO bodies at the Special Session held on 18 October 2000:

-- in the area of Agriculture, the development of internationally agreed disciplines to govern the provision of export credits, export credit guarantees or insurance programmes pursuant to Article 10.2 of the Agreement on Agriculture, taking into account the provisions of paragraph 4 of the Decision on Measures Concerning the Possible Negative

Effects of the Reform Programme on Least-Developed and Net Food-Importing Developing Countries;
--- in the area of Sanitary and Phytosanitary measures, the concerns of developing countries regarding the equivalence of such measures;
--- in the area of Technical barriers to Trade, the problems faced by developing countries in both international standards and conformity assessment;
--- in the area of Customs Valuation, the idea of information exchange between customs administrations on export values in doubtful cases, the addition of the residual method of determining customs value under Article 7 of the Customs Valuation Agreement; and,
--- in the area of Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS), the issue of the relationship between the TRIPS Agreement and the Convention on Biological Diversity and the issue of the implementation of Article 66.2 of the Agreement on technology transfer.

Noting the reports on the above issues from the Chairpersons of the Council for Trade in Goods, the Council for Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, and the Committees on Agriculture, Sanitary and Phytosanitary Measures, Technical Barriers to Trade and Customs Valuation, and from the Director-General;

Decides as follows:

1. Agreement on Agriculture

1.1 Members shall ensure that their tariff rate quota regimes (TRQs) are administered in a transparent, equitable and non-discriminatory manner. In that context, they shall ensure that the notifications they provide to the Committee on Agriculture contain all the relevant information including details on guidelines and procedures on the allotment of TRQs. Members administering TRQs shall submit addenda to their notifications to the Committee on Agriculture (Table MA:1) by the time of the second regular meeting of the Committee in 2001.
1.2 The Committee on Agriculture shall examine possible means of improving the effectiveness of the implementation of the Decision on Measures Concerning the Possible Negative Effects of the Reform Programme on Least-Developed and Net Food-Importing Developing Countries and reports to the General Council.

2. Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures In accordance with the request to the Director-General to work with the relevant international standard-setting organizations on the issue of the participation of developing countries in their work, these organizations are urged to ensure the participation of Members at different levels of development and from all geographic regions, throughout all phases of standard development.

3. Agreement on Technical Barriers to Trade In accordance with the request to the Director-General to work with the relevant international standard-setting organizations on the issue of the participation of developing countries in their work, these organizations are urged to ensure the participation of Members at different levels of development and from all geographic regions, throughout all phases of standard development.

4. Agreement on the Implementation of Article VII of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994 Noting that the process of examination and approval, in the Customs Valuation Committee, of individual requests from Members for extension of the five-year delay period in Article 20.1 is proceeding well, the General Council encourages the Committee to continue this work

5. Agreement on Rules of Origin Members undertake to expedite the remaining work on the harmonization of non-preferential rules of origin, so as to complete it by the time of the Fourth Ministerial Conference, or by the end of 2001 at the latest. The Chairman of the Committee on Rules of Origin shall report regularly, on his own responsibility, to the General Council on the progress being made. The first such report would be submitted to the council at its first regular meeting in 2001, and subsequently at each regular meeting until the completion of the work programme.

6. Agreement on Subsidies and Countervailing Measures
6.1 Taking into account the unique situation of Honduras as the only original Member of the WTO with a GNP per capita of less than US\$ 1000 that was not included in Annex (VII)(b) to the Agreement on Subsidies and Countervailing Measures (SCM Agreement), Members call upon the Director-General to take appropriate steps, in accordance with WTO usual practice, to rectify the omission of Honduras from the list of Annex VII(b) countries.

6.2 The Committee on Subsidies and Countervailing Measures (SCM Committee) shall examine as an important part of its work all issues relating to Articles 27.5 and 27.6 of the SCM Agreement, including the possibility to establish export competitiveness on the basis of a period longer than two years.

6.3 The SCM Committee shall examine as an important part of its work the issues of aggregate and generalized rates of remission of import dues and of the definition of "inputs consumed in the production process", taking into account the particular needs of developing-country Members.

7. Further Work

The General Council's Decision of 3 May 2000 on Implementation-Related Issues is reaffirmed. The General Council shall address the outstanding implementation-related issues and concerns, including those set out in paragraphs 21 and 22 of the revised Draft Ministerial Text dated 19 October 1999 (Job(99)/5868/Rev.1), as well as any other implementation-related issues raised by Members, as envisaged in the Decision of 3 May and the work programme agreed on 22 June 2000, with a view to completing the process no later than the Fourth Session of the Ministerial Conference.

WTO: IMPLEMENTATION PACKAGE IS A "GLASS WITHOUT WATER"

By Chakravarthi Raghavan in Geneva,
South North Development Monitor

Numbers 4805, 4806 (15, 18 Dec 2000)

The General Council of the World Trade Organization adopted on Friday 15 Dec a decision on implementation issues that the Chair itself said was 'modest', but which many developing nations described variously as "extremely disappointing", a 'glass without water', and an outcome with 'non-existent results'. The very skimpy results in the draft decision that had been subject of informal General Council consideration in three meetings on 14-15 December became skimpier in the final version adopted, with the elimination of any reference to the General Agreement on Trade in Services and Mode 4 for supply of services.

The decision of the General Council, covering only a few of the implementation issues raised by developing countries, is as sparse in operative decisions as atoms in outer space. There were in fact only two operational decisions: one relating to Honduras, which was a six-year belated attempt to rectify an error of the secretariat in preparing the Marrakesh documents in having left out mention of Honduras in the list of Annex VII(b) countries, and the other on further work on implementation issues. In the Honduras case, that country had negotiated its accession to GATT during the Uruguay Round and joined

end 1993 or early 1994, and went to Marrakesh where it signed the agreement. The fact of the omission of Honduras name from the list of countries with a per capita below \$1000, entitling it to be included in the list of Annex VII(b) was discovered by that country when the WTO came into being, but its efforts to get it rectified all this time proved unavailing.

The Further Work on implementation, in para 7 of the decision said:

"The General Council decision of 3 May on Implementation-Related Issues is reaffirmed. The General Council shall address outstanding implementation-related issues and concerns, including those set out in paragraphs 21 and 22 of the revised Draft Ministerial Text dated 19 October 1999 (Job899)/5868/Rev.1) as well as any other implementation-related issues raised by Members, as envisaged in the Decision of 3 May and the work programme agreed on 22 June 2000, with a view to completing the process no later than the Fourth Session of the Ministerial Conference." Though the General Council decision uses in several places the mandatory 'shall', in substance it is no more than a 'best endeavour' package -- with the mandatory language 'shall' rendered meaningless by using it only for examination or consideration or take into account etc -- by the countries or the WTO bodies. Perhaps the only real 'mandatory' language is to reinforce the notification requirements in some areas where even other industrial countries have an interest - such as one on transparent and non-discriminatory administration of tariff rate quota regime in agriculture. The eliminated para about supply of services in Mode 4 had also contained some mandatory language requiring steps to be taken to ensure that administrative practices do not impede full and effective implementation of commitments on supply of services through movement of natural persons (Mode 4) -- which incidentally also sometimes involves movement of managerial and highly technical personnel for supply of services through commercial presence etc.

"It is a nicely wrapped, Xmas package, without any content, and its only merit is that the implementation issues have not disappeared and cannot be brushed under the carpet in the preparations for a new Ministerial meeting in 2001," a trade diplomat observed. The WTO and its agreements are full of such 'best endeavour' language on questions that involve some benefits to developing countries, and after six years of the WTO, developing countries have gained nothing. And while developing country trade ministries and establishments are trying to fend off internal opposition from legislatures, domestic enterprises and civil society, about the benefits of a rules-based system, these are increasingly wearing thin, the diplomat noted. And a year spent on 'confidence building' measures have merely eroded confidence further in the system. Developing country diplomats talking outside said that save for the long-overdue rectification of an error relating to Honduras, this last para of the decision, ensuring the continuance of the implementation issues on the WTO agenda, was the only outcome for them. But even this would move forward only when the developing countries continue the process and keep up the pressures in the New Year, and not allow themselves to be fooled that a new round would solve these issues. Some industrialized countries, who had unsuccessfully attempted through the Chairman's statement to link the future work on implementation to a "wider work programme ... with a broad and balanced agenda overall" but had to agree to this-being dropped, came back to the issue Friday.

The United States said that the process of dealing with the implementation issues next year should not be a burden on the principal work of the General Council next year, namely preparing for the 4th Ministerial and

that many of the new would need new negotiations. Poland (speaking for the central, east European and some Balkans, all seeking accession to the EU, and thus following EU-acquis) said the launching a new round should not be made hostage to implementation. Pakistan from the opposite side of the debate said it was very important not to link implementation issues to wider negotiations since this could have "negative synergies" that have a "chilling effect on the rest of the organization."

And India, which with Pakistan and other members of the Like-Minded Group has been a major force in bringing the implementation issue to the top of the WTO agenda, said the results were at best "a minimal first step", and in countries like India the implementation issue and how it was resolved would alone build confidence in the WTO and enhance its image. The Chairman of the General Council, Amb. Kare Bryn of Norway, in another context at the GC Friday, had said he estimated he had spent some 800 hours this year on the various formal and informal consultations on this issue. Many developing country delegates thanked him and said outside the meeting that Bryn had made sincere attempts, but nevertheless the outcome has to be judged in terms of its operational benefits for developing countries and whether the inequities and asymmetries of the past would be redressed even partially.

A frank assessment must lead to 'an emphatic NO' as the answer. Far from building confidence in the system, developing countries are ending the year of confidence-building exercise, with even less to show than when they began the year – with the General Council decision to start a confidence-building measures. Even the only operational feature of the decision Friday, namely, for continuing the work on the implementation issues and completing the process before the next Ministerial Conference (in 2001) may well get submerged in the preparations for the 4th Ministerial Conference, or tying solutions to the new Round, unless the developing countries who have forced the majors to deal with the issue, persist in the New Year and not allow the WTO leadership and the major trading nations and their 'allies' in the South to sweep these issues off the table. And judged by past experience, the latter is a distinct possibility: developing countries have no institutional memory, and their many intergovernmental bodies and think-tanks, depending on the North for finance, have not been very successful either. And with a new crop of trade diplomats who would replace the current ones, the issues may well be relegated to the background as in the past. Only domestic businesses and industry in major developing countries, as well as their civil society groups, have become aware of the WTO and its implications, and the history of the Uruguay Round and Marrakesh accord cannot be replicated.

In introducing his draft decision for adoption, Bryn outlined the various stages of the consultation processes, including the referring some of the issues to the relevant WTO bodies. From the reports of these bodies, he said, work on the issues referred to them would continue, but the GC retained the overall responsibility: the results of the work referred to subsidiary bodies must come back to the GC. The draft decision, he stressed, was the outcome of consultations conducted by the DG and himself, and the informal discussions at the GC. The result of the work "although modest" is important in that "it is a clear indication of the collective will to take decisions on implementation-related issues and concerns, and also to continue to find solutions in this area." Earlier, the Uruguayan diplomat, Mr. William Ehlers, speaking on behalf of the Uruguayan ambassador, Perez del Castillo (chairman of the Council on Trade in Goods) dealing with the transition period extension issues of TRIMs noted that he had already presented to the GC "elements of an approach" to take account of various positions on the issue. And while it had attracted considerable support, the question remained whether it would be possible to reach agreement based on the elements in all nine cases where extension of time had been requested.

[In at least one case, that of the Philippines, the US has chosen to invoke the dispute settlement process.] Several countries took the floor to make comments after the decision was adopted. Colombia, speaking on behalf of the countries who have sought extension of the transition period for the TRIMS (made on behalf of the countries that have sought an extension) stressed the importance they attached to progress on the issue in the CTG and hoped one would be reached early in the new Year. Brazil's Celso Amorim said he did not want to place a value on the document, after the Chair had done so viewing it as "modest". Even if the GC had not decided anything, it had treated the issue seriously. From Brazil's point of view, the results were "almost non-existent." In a reference to the preambular paragraph about development of internationally agreed disciplines (in the area of Agriculture) on export credits, credit guarantees or insurance programmes (as provided in Article 10.2 of the Agriculture Agreement), Amorim also objected to the idea that rules on these and other issues could be created in international organizations outside the WTO and imposed on WTO members.

Art. 10.2 envisages the WTO members undertaking this work, but this has been stalled by the US and others, pending the outcome of their own negotiations on the same issue at the OECD. As a result, the issue has not been resolved in terms of the 'implementation issues'. The United States said that the continuance of the process on implementation (at the General Council) next year should not become a burden on the Council in its main work of preparing for the 4th Ministerial. Some of the 'implementation' issues would require new negotiations. The US did not believe continuing the present process would be to any advantage and advised other members to take a "realistic approach". Poland speaking on behalf of a number of east and central European countries suggested that many of the issues under implementation could be resolved only in the context of broader negotiations (a view that the EC has been pushing). Implementation should not overwhelm the work programme, and a future round should not be held hostage to implementation. Egypt's Amb. Fayza Aboulnaga said the outcome was "extremely disappointing". It did not help convey a sense of confidence.

She referred to the failure to address the issue of the negative effects of the Agriculture Reform on the Least Developed and Net Food-importing countries (as decided at Marrakesh). Even the very small reference to the Mode 4 (movement of natural persons) for supply of services had been deleted from the text. The decisions taken was at best "an interim decision." [In the 13 December draft, now eliminated by US opposition, said: "Members shall take steps so that administrative practices do not impede the full and effective implementation of their commitments under the General Agreement on Trade in Services (GATS), particularly as regards the supply of services under Mode 4 as provided in Article 1.2 (d) of the GATS.]

Uganda's Amb. Nathan Irumba said the text was "extremely modest", and things of importance to Uganda such as the Technical Barriers to Trade and the Sanitary and Phytosanitary Agreements had not been touched. Nor was there any mention of the steps under Art. 66.2 of the TRIPS agreement providing for measures to be taken by industrial countries for transfer of technology by their corporations. Uganda also complained about the deletion of the references to GATS and Mode 4. Pakistan's Amb. Munir Akram underlined that of all the trade-related issues for developing countries, 'Implementation' was the most important issue on the agenda of the General council. Progress on the issue was supposed to build confidence after Seattle. While he appreciated the patience and efforts of Chairman Bryn, it was clear that most of the concerns of the developing countries had not been addressed and the results

were modest indeed. After all the hours spent only nine of the 55 indents in para 21 of the Mchumo text had been dealt with. In responding to the usual comments about half-empty or half-full glass, Akram said the 'glass had no water'. There was nothing on textiles and mode IV under GATS. But the para 7 on future work was important. In Pakistan's view it was important not to link implementation to wider negotiations. To do so would create negative synergies and this would have a chilling effect on the rest of the organization, he warned. India's Amb. S.Narayanan expressed his appreciation of the Chair's efforts, but expressed his country's "profound disappointment". The major delegations themselves had characterised them as "modest and meagre". For India, he said, it was "less than modest or meagre; it is below our lowest expectations." In the Chair's draft of 29 November (for consultations), he had incorporated possible decisions on 28 tirets (indents) of the 54 in para 21. The draft of 13 December had contained possible decisions on nine. And while the draft of 14 Dec contained possible decisions on nine, there was a quantitative rather than qualitative equality. The indent on Services in the 13 Dec draft had been eliminated, and made good (quantitatively) by including another one in subsidies, in the nature of a referral to the Subsidies Committee. Of the 54 items in para 21, the decision covered nine, and of these five merely were referrals to subsidiary bodies and two 'appeals' to other international organizations. There were only two meaningful decisions - one of rectification of an error in Honduras case, and another on the tariff quota regime in Agriculture. Qualitatively, the fact there had been no decisions in Textiles, Anti-Dumping and Subsidies "spoke eloquently" for the real impact of these decisions in terms of trade or economics for developing countries. It was also regrettable that the Services, that had figured in the 13 December draft, was not included. During the informal consultations (a reference to closed green-room type consultations that Bryn had held) everyone had agreed to a simple decision on Mode 4, movement of natural persons, and India went along with the draft suggested by Bryn and had even agreed to a further dilution. This now did not even find a place and this was extremely disappointing. The results achieved, Narayanan added, was at best "the first minimal step". India had always maintained that the issues raised under 'Implementation' required a certain amount of 'political sensitivity' and could not be dealt with in a 'narrow and legal straitjacket'. This was why India had been reluctant to refer these issues to subordinate bodies, but in a spirit of compromise and in deference to Bryn's wishes, India had agreed to refer some issues to subsidiary bodies. Since then, said Narayanan, he had read the reports of the subsidiary bodies.

Having gone through those on TRIPs and Customs Valuation, for example, India was disappointed at the lack of substantive results on progress. In the TRIPs Council for example, it had not even been possible to grant observership to the secretariat of the Convention on BioDiversity (the US has been opposed), much less conduct a serious examination of the relationship between TRIPs and the CBD on the basis of a Chairman's check list on a factual note of the secretariat. And for the Customs Committee, India had sent an expert all the way from Delhi to participate in the meeting. But despite clarifications provided, India had not been able to persuade that Committee to accept "even a simple proposal on exchange of information on export values in doubtful cases, with a view to reducing the scope for fraud." Narayanan added: "... our earlier scepticism about referring matters to subsidiary bodies has been vindicated. We note again, in accordance with the 3 May decision, we should refer matters, only where absolutely necessary, to the subsidiary bodies with a clear mandate and within a specific timeframe. "Referring to what he called a 'minor issue', Narayanan said that even in matters as a 'best endeavour clause' or a desirable course of action, already in various agreements, "any move to making it meaningful was being resisted by some delegations on the ground it would require changes in domestic laws."

"It is a matter of serious concern," he added, "that the best endeavour clauses in existing agreements do not figure in the domestic legislation of some of our major trading partners. Even if it is a best endeavour clause, we think it is important that this be clearly provided for in legislation, if not already provided for. This would be in line with the letter and spirit of the WTO agreements..." The exercise on Implementation-related issues and concerns was, and should continue to be about confidence-building. This could be achieved only through a combination of political will and good faith. The results achieved demonstrated that these factors were not available to the extent needed. Some delegations had said the fault lay in the process. "We could not disagree more strongly," the Indian envoy said. The General council had decided on 22 June that this meeting (on 15 Dec) would decide on the organization of future work in this in 2001. It was a matter of regret that this Special session had not been able to devote attention to this and decide about the organization of work on the implementation-related issues and concerns to be carried out next year. India hoped that the chair through informal consultations could decide on this well in advance of the next General Council meeting set for 8 February 2001. India hoped that in the new Year, delegations would find the necessary political will, god faith and courage to address the remaining Implementation issues and find meaningful solutions well before the deadline for the 4th Ministerial Conference. "This alone will build confidence in the WTO and enhance the image of the WTO in countries such as mine. On our part, we shall continue to persevere in our efforts to persuade major trading partners to be more forthcoming and demonstrate greater political will to find meaningful solutions to the outstanding implementation-related issues and concerns." This will be the most important common endeavour for all the delegations in the year ahead," Narayanan said. .

(SUNS 4805 and 4806)